

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - SÜDTIROL

Ufficio resoconti consiliari
Amt für Sitzungsberichte

SEDUTA
55.
SITZUNG

21. 12. 1976

Presidente: VAJA

Vicepresidente: NICOLODI



Disegno di legge n. 63:

"Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1977"

pag. 3

Gesetzentwurf Nr. 63:

"Haushaltsvoranschlag der Region Trentino-Südtirol für das Finanzjahr 1977"

Seite 3

Disegno di legge n. 58:

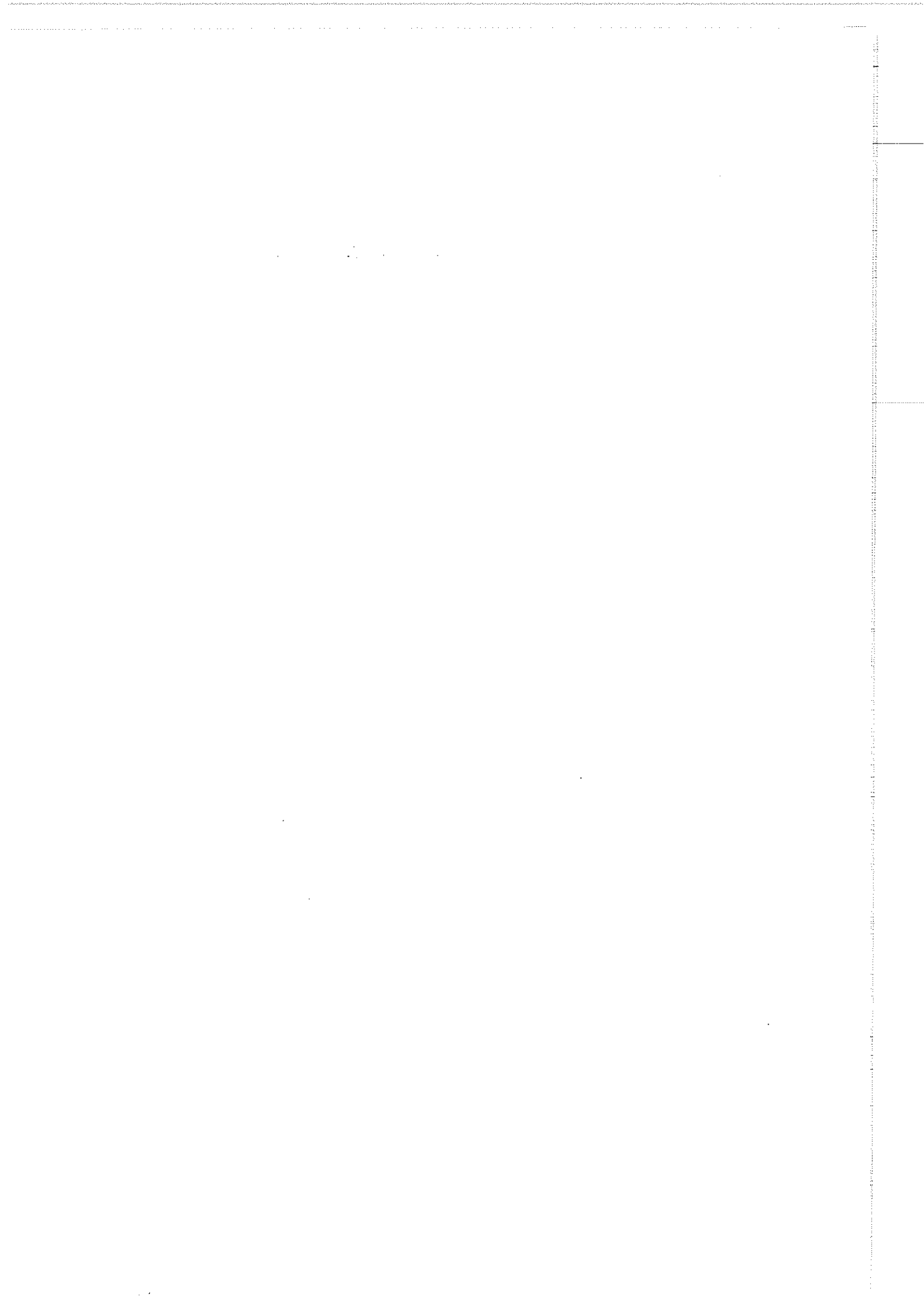
"Autorizzazione alla spesa di lire 150 milioni per l'acquisto di attrezzature speciali a favore dei Corpi dei vigili del fuoco volontari"

pag. 59

Gesetzentwurf Nr. 58:

"Ermächtigung zur Ausgabe von 150 Millionen Lire zum Ankauf der Sonderausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren"

Seite 59



Ore 10.25

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 17.12.1976.

DEMETZ (Segretario questore - S.V.P.): *(legge il processo verbale).*

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Ich teile dem Regionalrat mit, daß heute unwiderrufflich die letzte Sitzung in diesem Jahr stattfindet, da der Vizepräsident, der am Freitag den Vorsitz führte, sich bereit erklärt hat, am Nachmittag auch Sitzung abzuhalten.

Nachdem ich am Nachmittag früher weggehen muß, möchte ich mir erlauben, den Kollegen des Regionalrates jetzt schon alle besten Wünsche für die kommenden Weihnachtsfeiertage und für das neue Jahr auszusprechen. Gleichzeitig möchte ich diese Wünsche auch unseren Mitarbeitern, den Vertretern der Presse und des Fernsehens entbieten und für die nützliche Mitarbeit danken. Ich hoffe, daß wir auch im nächsten Jahr eine gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Bevölkerung haben werden.

Comunico al Consiglio regionale che questa è irrevocabilmente l'ultima seduta dell'anno, in

quanto il Vice-Presidente, che aveva assunto la Presidenza venerdì, si è dichiarato disposto di far proseguire la seduta anche nel pomeriggio. Siccome nel pomeriggio dovrò allontanarmi anzitempo, mi permetto di formulare già ora ai colleghi del Consiglio regionale i migliori auguri per le prossime feste natalizie e di Capodanno, auguri che vorrei estendere pure ai nostri collaboratori, rappresentanti della stampa e della Tve ringraziarli per la loro utile collaborazione. Spero di poter contare anche l'anno prossimo su una buona collaborazione per il bene della nostra popolazione.

Passiamo al punto 7) dell'ordine del giorno: **Disegno di legge n. 63: "Bilancio di previsione della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1977"**.

La discussione generale è aperta. Chi chiede la parola?

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich habe den Bericht des scheidenden Präsidenten hier mitangehört und dann noch einmal überlegt, worauf ich zu folgender Stellungnahme komme:

Im Bericht des scheidenden Präsidenten kann man zwischen Tätigkeitsbericht und Programm einerseits und der politischen Philosophie, womit das Fortbestehen dieser Region untermauert werden soll, andererseits, unterscheiden. Meine Stellungnahme zu beiden Themen ist unterschiedlich. Ich muß sofort sagen, daß ich die rechtsphilosophische Begründung nicht teilen kann. Wenn man etwa nach dem Vorbild der Philosophie Thomas von Aquin zwischen Form

und Materie unterscheidet und die Regionalautonomie als Begriff im allgemeinen, als eine der gesamteuropäischen Entwicklung angemessene Form der Bewältigung öffentlicher Aufgaben auf der Ebene zwischen Gemeinde und Staat ansieht — siehe die Entwicklung zur Regionalautonomie in Großbritannien, wobei Schottland und Wales, gleich wie Südtirol, durch die ethnisch-sprachlichen Gegebenheiten in erster Linie für die Selbstregierung vorherbestimmt sind —, dann ergibt sich, daß die aus den Provinzen Bozen und Trient bestehende Materie — der politische Rohstoff — nur eine diesem Rohstoff angemessene politische Form der Autonomie erhalten kann. Wenn also die Regionalautonomie, auf die Provinz Bozen bezogen, nennt sie sich Provinzautonomie, das Angemessene ist, woran heute in Italien niemand mehr zweifelt, dann wird die die zwei autonomen Provinzen umfassende Region zum überflüssigen Überbau. Dazu sagt Thomas von Aquin, den ich, nachdem es sich um politische Philosophie handelt, mir erlaube, kurz zu erwähnen. Er sagt: "Quando perfectior forma advenit, fit corruptio prioris ita tamen quod sequens forma habet quiddam habebat prima et ad huc amplius". Das heißt: Wie eine vollkommenere Reform angewendet wird, wie in unserem Falle eben der Ausbau der Provinzautonomie, erfolgt die Zersetzung, Korruption, der früheren Form, jedoch so, daß was die neue Form hat, nicht nur das ist, was die neue Form erwirbt, sondern auch das was die frühere Form gehabt hat und darüber hinaus. Ich füge hinzu: Wenn die Autonomie der Provinz Trient nur durch das Fortbestehen dieses Überbaus gerechtfertigt werden kann, dann ist es um die Autonomie des Trentino schlecht bestellt, denn was in der Rede des Präsidenten Mengoni an Gründen angeführt ist, ist entweder bei den Haaren herbeigezogen oder es eignet sich, wenschon, als politisches Argument für eine

Sonderautonomie des Trentino neben der Südtirol-Autonomie. Die heutige Region ist weder Mittlerin — das möchte ich betonen — zwischen den Volksgruppen in Südtirol, noch etwa Schutzmacht der italienischen Gruppe in Südtirol. Dafür sind in die neue Provinzautonomie andere Kontrollen eingebaut und uns aufoktroiert worden. Ich meine die Haushaltsgarantie, den Rekurs an den Verfassungsgerichtshof und an den Staatsrat von seiten der italienischen Gruppe. Daraus ergibt sich auch, daß diese Region nicht, wie es heißt, "der unentbehrliche Mitstreiter für die Entwicklung der Provinzautonomien sein kann".

Von wirklich schlechtem Geschmack, Herr Präsident, ist die Stelle, wo davon die Rede ist, daß die Region den Polizisten spielen muß, sollten die angeblichen Verpflichtungen zum friedlichen Zusammenleben und zur konstruktiven Zusammenarbeit nicht eingehalten werden. Im Trentino gibt es deutsche und ladinische Sprachinseln. Um sie zu schützen und zu erhalten, braucht es, zum Unterschied vom Veneto, kein neues Staatsgesetz aufgrund des Artikels 6 der Verfassung, denn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen sind in den Artikeln 2, 4, Einleitung, 99 und 102, bereits für beide Provinzen gegeben, so daß sowohl die Region als auch die Provinz Trient ermächtigt sind, hinsichtlich des Schulunterrichts und hinsichtlich des Sprachgebrauches in gewissen Gemeinden die Durchführung des Sprachminderheitenschutzes in die Hand zu nehmen und auf diese Weise eher an europäischer Eigenart zu gewinnen, allerdings mit echten Förderungsmaßnahmen und nicht solchen, die nur auf dem Papier gute Figur machen. Diese Region hat keinen wie immer gearteten Titel, als Synthese beider Provinzen aufzutreten; sie könnte jedoch, solange sie besteht, auf den wenigen ihr verbliebenen Sachgebieten gewissermaßen stellvertretend für beide Provinzen die Anpassung

der chaotischen staatlichen Gesetzgebung an Ort und Zeit vornehmen. Dazu gehört zum Beispiel und hätte auch schon längst vorgenommen werden können: die Enteignung durch halbstaatliche Körperschaften wie das ENEL, wo durch Regionalgesetz die Geltung der jeweiligen Landesgesetze ausgedehnt werden könnte.

Mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen wir die Ankündigung, daß die Übertragung an die Provinz der gesamten Feuerwehrverwaltung, mit Übergang der Liegenschaften und des Personals, bevorsteht. Es handelt sich um eine verfassungsrechtlich verfügte Übertragung, wobei die Gesetzgebungs- und Verordnungsgewalt, sowie das Erteilen von Richtlinien, bei der Region verbleiben; die aktive Verwaltung muß den Provinzen überantwortet werden. Herr Präsident Mengoni! Ich weiß nicht, von wem diese Stilblüte stammt, jedoch es ist wirklich abwegig zu behaupten, man könne nicht übertragenweise denken. Ich zweifle, ob sich der Schreiber des Unsinnes dieser Redensart bewußt war. Ich nehme an, daß nicht Sie es geschrieben haben. Erstens heißt es im Statut nach wie vor, daß die Region ihre Verwaltungsbefugnisse normalerweise durch Übertragung an die Provinzen und andere örtliche Körperschaften ausübt, so daß wir zumindest nicht auf Befugnisse, die seit 1964 im übertragenen Wirkungskreis ausgeübt werden, verzichten wollen — ich meine hier das Gesetz zur Förderung des Genossenschaftswesens — und zweitens kommt die Übertragung der Gesetzgebungs- und der Verordnungsgewalt sowieso nicht in Frage und was darüber hinaus notwendig ist, um einer öffentlichen Aufgabe gerecht zu werden, nennt sich eben Verwaltung. Ich habe das erste Mal gehört, daß beim Verwalten die Denktätigkeiten aufhören. Die Region verlangt zum Beispiel vom Staate die Übertragung neuer Funktionen; wir unterstützen das; wie zum Beispiel die Katastralverwaltung. Hoffentlich nicht, weil man dabei nicht

zu denken braucht!

Was die sogenannten Stadtviertelräte betrifft, so bin ich der Ansicht, daß das jüngste Staatsgesetz in Südtirol nicht anwendbar ist, weil es dem Grundsatz des Artikels 61 widerspricht. Wenn die Volksgruppen das Recht haben, in den Kollegialorganen der Gemeinden verhältnismäßig vertreten zu sein, können nicht wie immer geartete neue Kollegialorgane geschaffen werden, die nicht mehr die Gemeinde als solche, sondern de facto-Unterteilungen dieser Gebietskörperschaften verwalten, so daß die jeweilige Volksgruppe — es geht hier um die deutsche und die italienische Volksgruppe — nicht mehr ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Gemeinde entsprechend Gemeindeangelegenheiten mitentscheiden kann. Es genügt nicht, mit Regionalgesetz zu bestimmen, daß die Stadtviertelräte entsprechend dem Proporz im Teilgebiet der Gemeinde zusammengesetzt sein müssen, weil das Ganze größer ist als sein Teil. Wenn ich das Recht habe, am Ganzen in einem gewissen Verhältnis teilzunehmen, darf dieses Verhältnis nicht dadurch gefälscht werden, daß das Ganze in Teile zerlegt wird, an deren Verwaltung ich teilnehme, als ob es sich um ein neues Ganzes handeln würde. Dann müßten statt der Viertel neue Gemeinden geschaffen werden, neue Körperschaften also, auf welche der Grundsatz des Artikels 61 als solcher anwendbar ist.

Was die noch offenen Fragen hinsichtlich Nachtragszahlung durch die Konzessionäre von Großableitungen für die Zeit 1961 bis 1974 betrifft, kommt mir vor, daß diese Verpflichtung — da es sich um eine verfassungsrechtlich festgesetzte Verpflichtung handelt — nicht einer Schuld gleichgesetzt werden kann, von der man nicht weiß, wieviel geschuldet ist, sondern auf jeden Fall, daß es sich um eine nicht rechtzeitig bezahlte Schuld handelt, für welche nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen Zinsen geschuldet sind und gezahlt werden müssen, um so

mehr als wir — und das, glaube ich, müssen wir eben zugeben — keine Kaufkraftklausel, Geldentwertungsklausel geltend machen können.

Was das Personal der Krankenkassen aller Art betrifft, verstehe ich nicht, warum die Region jetzt, höchstens sechs Monate vor deren Übergang (also innerhalb Juni 1977) auf die Provinzen das Dienstrecht neu regeln soll. Ich sehe darin nur eine Verfestigung des Dschungels ungleicher Behandlung von öffentlichen Angestellten, während die Vereinheitlichung durch den Widerstand zu vieler privilegierter Gruppen — dabei meine ich zum Beispiel auch das Personal der Institute für den geförderten Wohnbau oder die Etschwerke — erschwert und verzögert wird.

Ich habe in dieser Legislaturperiode Jahr für Jahr immer wieder begründet, warum wir für den Haushalt stimmen und ich möchte das kurz jetzt abschließend noch sagen.

Trotz der nicht haltbaren Philosophie über die Notwendigkeit dieser Region, sind wir der Ansicht, daß die Regionalverwaltung bisher die verbliebenen gemeinsamen Belange zu unserer Zufriedenheit verwaltet hat und zwar im Sinne der verfassungsrechtlich im Autonomiestatut vorgeschriebenen paritätischen Verabschiedung des Regionalhaushaltes, also eines paritätischen Verbandes, welche Formel durch das echte Schiedsverfahren bei Nichtgenehmigung durch eine Provinz, wie es in den Durchführungsbestimmungen eingeführt worden ist, bestätigt wurde und meiner Ansicht pragmatisch — ich sage pragmatisch ohne Philosophie — die beste Gewähr bietet, daß diese Region zumindest keine politische Funktion mehr ausüben kann.

(Ho seguito la relazione del Presidente uscente e fatte le mie considerazioni, per cui desidero ora prendervi posizione:

La relazione del Presidente uscente può essere

distinta in due parti e cioè nella parte programmatica ed in quella politica, filosofica, con la quale si intende sostenere la sopravvivenza della nostra Regione. La mia presa di posizione a questi due argomenti non è pertanto identica. Devo subito anticipare di non poter condividere la motivazione giuridico-filosofica. Volendo distinguere, secondo l'esempio della filosofia di Tommaso d'Aquino, forma e materia, e considerando l'autonomia regionale qualè concetto generale, come una forma adeguata allo sviluppo europeo per adempiere compiti pubblici sul piano Comune - Stato — vedi lo sviluppo dell'autonomia regionale in Gran Bretagna, in cui la Scozia e Wales sono predestinate, come l'Alto Adige, data l'esistenza soprattutto di gruppi linguistici — etnici diversi, all'amministrazione autonoma — risulta che alla materia, consistente nelle Province di Bolzano e Trento, — la materia prima politica — può essere data un'unica forma politica di autonomia, che si addica a questa materia prima. Se quindi l'autonomia regionale, che riferita a quella di Bolzano, si chiama provinciale, è la conformità, di cui nessuno in Italia ne dubita, la Regione, che abbraccia le due Province autonome, diventa una sovrastruttura inutile. Trattandosi di filosofia politica, mi si permetta di citare brevemente, quanto afferma a tal proposito Tommaso d'Acquino: "Quando perfectior forma advenit fit corruptio prioris ita tamen quod sequens forma habet quidquid habebat prima et ad huc amplius." Vale a dire: quando si applica una forma più perfetta — come nel nostro caso l'ampliamento dell'autonomia provinciale — la corruzione della forma precedente avviene in modo tale, che la nuova forma non conterrà soltanto la precedente, ma molto di più. Aggiungo inoltre: se l'autonomia della Provincia di Trento può essere giustificata soltanto con l'ulteriore sopravvivenza di questa sovrastruttura, l'autonomia del Trentino è messa

piuttosto maluccio, poichè le motivazioni contenute nella relazione del Presidente Mengoni, o sono tirate per i capelli, o atte semmai, quale argomento politico per una autonomia speciale a favore del Trentino, accanto all'autonomia dell'Alto Adige. L'attuale Regione non è nè mediatrice, la qual cosa desidero sottolineare, fra i gruppi etnici dell'Alto Adige, nè un potere tutorio del gruppo italiano altoatesino. Per questo motivo nella nuova autonomia sono stati previsti ed imposti altri mezzi di controllo. Intendo soprattutto la garanzia per il bilancio e cioè il ricorso alla Corte costituzionale ed al Consiglio di Stato da parte del gruppo italiano. Da ciò risulta che questa Regione non può essere, come si legge, l'indispensabile copropugnatore per lo sviluppo delle autonomie provinciali. Veramente di cattivo gusto, Signor Presidente, è il passo in cui Lei afferma, che la Regione deve vigilare, qualora non venissero rispettati i presunti impegni per la pacifica convivenza ed una collaborazione costruttiva. Nel Trentino esistono isole linguistiche tedesche e ladine. Per tutelarle e mantenerle non necessita, a differenza del Veneto, una nuova legge statale a sensi dell'articolo 6 della Costituzione, in quanto le premesse costituzionali sono contenute negli articoli 2, 4, nell'introduzione, negli articoli 99 e 102 per ambedue le Province, per cui sia la Regione, come pure la Provincia di Trento sono autorizzate a prendere in mano l'attuazione della tutela dei gruppi minoritari, per quanto riguarda l'istruzione e l'uso della lingua in determinati Comuni, guadagnando in tal modo in singolarità europea. Si attuino però vere misure promozionali e non provvedimenti che figurino bene soltanto sulla carta. Questa Regione non ha alcun titolo per rappresentare la sintesi delle due Province; fin quando esisterà potrebbe adeguare, nell'ambito delle poche competenze rimastele, sostituendosi in certo qual modo alle due

Province, la caotica legislazione statale al luogo ed al tempo. A ciò appartiene, ad esempio, la qual cosa avrebbe potuta essere attuata già da tempo, l'esproprio per mezzo di enti parastatali, come l'ENEL, potendo all'uopo estendere la validità delle rispettive leggi provinciali con legge regionale.

Con soddisfazione prendiamo atto dell'annuncio, che è imminente il trasferimento alla Provincia dell'intera amministrazione del servizio antincendi, ivi compresi gli immobili ed il personale. Si tratta di un trasferimento imposto dalla legge costituzionale, pur rimanendo alla Regione il potere legislativo, direttivo, e di ordinamento; l'amministrazione attiva invece, va conferita alle Province. Presidente Mengoni! Non so da quale penna sia uscita questa perla stilistica, è comunque erroneo affermare, che non è possibile pensare nel senso lato. Dubito che l'autore sia consapevole dell'assurdità di simile modo di esprimersi, per cui ritengo che non sia stato Lei a scriverla. Innanzitutto dallo statuto risulta ora come prima, che la Regione esercita normalmente le proprie competenze amministrative, mediante delega alle due Province ed altri enti locali, dimodochè non intendiamo rinunciare almeno alle competenze, che dal 1964 vengono esercitate per delega — mi riferisco alla legge concernente l'incremento della cooperazione — ed inoltre la delega del potere legislativo di ordinamento è comunque fuori discussione e ciò che si rende necessario oltre questo limite, per poter adempiere compiti pubblici, si chiama amministrazione. Ho sentito oggi per la prima volta, che l'amministrazione rappresenta il confine dell'attività mentale. La Regione richiede, ad esempio, il trasferimento di nuove funzioni e noi sosteniamo tale richiesta, come ad esempio l'amministrazione catastale e non mi auguro che tanto si voglia, poichè a tal proposito pensare non occorre!

Per quanto concerne i cosiddetti comitati di

quartiere, sono dell'avviso che la recente legge statale non è applicabile in Alto Adige, in quanto contrastante con il principio dell'articolo 61. Siccome i gruppi etnici hanno il diritto di essere rappresentati proporzionalmente in seno ai consigli comunali, non si possono creare nuovi qualsivoglia organi collegiali, che non amministrano il Comune come tale, ma di fatto soltanto una parte di quest'ente locale, dimodochè il rispettivo gruppo etnico — trattasi di quello italiano e tedesco — non è più nelle condizioni di incidere nella decisione su questioni comunali secondo la propria forza proporzionale. Non è pertanto sufficiente determinare con legge regionale, che i consigli di quartiere devono essere composti secondo la proporzionale del rispettivo quartiere, essendo il tutto maggiore di una parte. Se è mio diritto partecipare al tutto in una determinata proporzione, questa non va falsata, frazionando il tutto in parti, alla cui amministrazione partecipo, come se si trattasse di un nuovo insieme. Diversamente i quartieri dovrebbero diventare veri e propri Comuni, vale a dire nuovi enti, ai quali sia possibile applicare il principio dell'articolo 61 come tale.

Per quanto concerne i problemi ancora aperti, riguardanti il pagamento degli arretrati da parte dei concessionari di grandi derivazioni a scopo idroelettrico per il periodo 1961-1974, mi sembra che questo impegno — trattandosi di un obbligo ancorato in una legge costituzionale — non possa essere equiparato ad un debito, di cui non si conosce l'importo, essendo in ogni caso un debito non saldato in tempo utile, per cui in base ai criteri giuridici generali sono maturati interessi, che vanno pagati, tanto più — si deve ammettere — che non si può far valere alcuna clausola di acquisto o di svalutazione.

Per quanto riguarda il personale delle Casse di malattia di ogni genere, non comprendo per qual motivo la Regione debba regolamentare ex novo l'ordinamento sei mesi prima del passaggio

(entro giugno 1977) alle Province. In simile atto vedo soltanto un ulteriore consolidamento della giungla retributiva dei dipendenti pubblici, mentre l'unificazione viene resa difficile e ritardata dall'opposizione di molti gruppi privilegiati, quale è ad esempio il personale degli istituti dell'edilizia agevolata o dell'azienda elettrica consorziale.

In questa legislatura ho illustrato di anno in anno i motivi, per i quali noi approviamo il bilancio, per cui mi si permetta di esporli brevemente prima di concludere il mio intervento.

Nonostante la non accettabile filosofia sulla necessità di questa Regione, siamo dell'opinione che l'amministrazione regionale abbia amministrato soddisfacentemente le comuni esigenze ancora rimaste e cioè nel senso dell'approvazione paritetica del bilancio regionale, dunque di un associazione paritetica, come previsto dallo statuto di autonomia, formula che è stata confermata mediante una vera e propria procedura arbitrale, come previsto dalle norme di attuazione, in caso di mancata approvazione da parte di una Provincia. Detta conferma è a mio avviso prammatica, non nel senso filosofico, e offre la miglior garanzia, che questa Regione non possa almeno esercitare alcuna funzione politica).

PRESIDENTE: La parola al cons. Jenny.

JENNY (S.F.P.): Signor Presidente, quando lei si è insediato le ho parlato in lingua italiana e credo che questo sia un po' il suo canto del cigno, dal punto di vista regionale, perchè temo che non ci resterà come Presidente, e lo prenda come un atto di omaggio, ma anche come un discorso che io rivolgo a lei e al suo partito, e non credo che ci sia nessuno che si risenta del fatto che io parli italiano, perchè sanno che parlo bene anche il tedesco.

Mi permetta di dire due cose, anche se non sono così esperto in filosofia come il cons. Benedikter, e parlerò forse un po' terra-terra. Quello che io critico nella sua relazione e che critico anche in rapporto a quello che lei disse quando si insediò alla Regione, è il fatto che praticamente ben poco è stato fatto; cioè mi pare che, senza entrare nel merito della discussione sul ruolo della Regione, ecc. ecc., mi pare che l'ambiguità profonda caratterizzata da un governo regionale, in cui è parte preminente un partito che nega la necessità politica della Regione, significa già il blocco totale di qualsiasi attività, e questa ambiguità non la rinfaccio a lei, ma praticamente dico che questa ambiguità rende penose le sue parole "il volto nuovo della Regione". Non esiste il volto nuovo della Regione, magari esistesse! E lei sa che io ho sempre detto che il volto nuovo della Regione per me poteva essere tutto quello che una volta disse Kessler: il fatto di non poter più avere nemmeno il simbolo dell'oppressione, ecc. ecc., poteva dare a questa Regione un ruolo culturale, un ruolo politico ben al di là della sua importanza legislativa. Purtroppo non se ne fa niente, mi sembrano un po' velleitarie queste sue parole del volto nuovo della Regione. Ci resta la doccia fredda che ci dà Benedikter; è nuda questa Regione, c'è poco da dire. Benedikter poi le dà un gran calcio e insomma... la verità è quella. E in questo senso la critico, mi permetta, signor Presidente, perchè questo è uno zuccherino un po' troppo falso, c'è un po' di zucchero all'intorno e sotto c'è l'amaro, un odore proprio nauseabondo. Perchè non è vero che la soluzione odierna sia la soluzione migliore; è una soluzione ambigua, difficile, una soluzione che proprio ci fa chiedere qual è questo nuovo ruolo della Regione. Questo non lo dico come nemico della Regione, per carità, sono convinto che proprio l'assoluta autonomia delle due Province poteva essere una garanzia per un buon sviluppo. Il

fatto che non ci fosse nemmeno la prospettiva che i trentini o i sudtirolesi si facessero da padrini a vicenda; del resto questo sarebbe anche il ruolo che noi, non so, io come socialista, ma credo che tutti noi che abbiamo vissuto esperienze penose, nazionalistiche, vorremmo dare a questo fatto regionale. Noi sappiamo che oggi la programmazione economica, se noi andassimo a dire che vorremmo fare la programmazione economica in provincia di Bolzano, in sedi serie ci cacciano via, ci prendono per mitomani. Noi la programmazione la intendiamo in senso europeo, per dare a questa Europa una certa importanza e vitalità. Ecco questo poteva essere il ruolo della Regione, ma vedo che il suo partito, e questo lo dico con tutta franchezza, non ne fa nulla. Io capisco che ci sono delle difficoltà di fondo, delle difficoltà politiche, ma a un certo punto si darà ragione a chi effettivamente considera la Regione come il ministero dell'Africa italiana dopo aver perso l'impero. E tutto il resto, tutti questi bei discorsi, non servono a cambiare la realtà. Dubito anche su molte di queste affermazioni sul testo originale dell'Accordo, ecc. ecc.; mi dispiace che lei non sia stato presente alla discussione sull'autonomia avvenuta, tramite la stampa locale, e dove erano invitati venti giorni fa anche il ministro Gruber, uno storico, l'on. Berloff. Tutti hanno detto delle cose completamente differenti, tant'è vero che la stampa poi ha rabberciato un po' la cosa e non ne ha parlato molto, ma lo spirito dell'Accordo era scarso! Cioè non si può dire, come lei dice, che la soluzione appare frutto di meditato equilibrio, no, è una soluzione che con situazioni varie, ecc. ha migliorato qualche cosa, ma è ben lontana, e lo ha detto Gruber, che certamente non può essere sospettato di essere succube di interessi dello Stato italiano, è ben lontana dallo spirito originario. La nostra stampa molte volte riporta in maniera ben distorta, proprio per non ferire

determinati interessi. No, l'Accordo di Parigi, che poteva essere un accordo in senso europeo, a distanza di tempo e a giudizio dei protagonisti, non è stato soddisfatto. Questa Regione poteva avere un apporto culturale, poteva portare un messaggio a queste popolazioni, e infatti questa Regione poteva provvedere, come lei dice giustamente nel tema finale, alla protezione delle minoranze, e io direi anche alla protezione delle minoranze politiche e non solo etniche. Io capisco Benedikter che si scaglia in questo senso con estrema veemenza, perchè la S.V.P. ha poche idee, poche ma dure, e non sempre le dice, perchè la S.V.P. si comporta, a mio parere, un po' come quei signorotti del Sacro Romano Impero, che quando l'imperatore era impegnato con i turchi, ecc. raziavano un po' prerogative imperiali, ma non per amministrare meglio i loro sudditi, ma per raziare anche i poveri sudditi. Ma questa è una teoria che potrà essere contraddetta, non voglio fare la polemica politica, perchè non è il compito della Regione. Il compito della Regione poteva essere quello dell'ordinamento, in cui i vari interessi vengono subordinati a un interesse maggiore, se così posso esprimermi. E' chiaro che il ruolo di questa Regione è anche il ruolo dello Stato. Quando lei parla della svolta politica del 20 giugno e fa questo riferimento fra Stato centralizzato e le Regioni, io dico che abbiamo delle grossissime perplessità, perchè francamente la mancanza completa dell'autorità dello Stato è un fatto negativo per le autonomie provinciali e anche per le autonomie regionali, anche se in un primo momento può sembrare che gli amministratori di enti locali possono appropriarsi di queste prerogative; è un errore. Forse adesso voi mi direte che sono un uomo dell'ordine. Effettivamente tutti i nostri ordinamenti si riflettono in un determinato ordine che noi accettiamo e che la nostra Costituzione ci impone di accettare, e questa è la nostra

Magna Carta, e non credo che ci possa essere un ordinamento concreto regionale e provinciale, se non c'è un ordinamento dell'autorità dello Stato. E qui non sono d'accordo solo con lei quando parla di crisi economica, perchè la crisi morale, la mancanza completa, la deficienza dello Stato è una preoccupazione anche per noi amministratori regionali, politici, o semplicemente cittadini regionali e provinciali. E qui è la grossissima difficoltà, lei ha evitato un po' questo discorso. Io ricordo una cosa che mi ha molto sorpreso e che posso dire: circa dieci anni fa, ci fu una conferenza a Merano fra i vari partiti socialisti, c'era il cancelliere Kreisky che allora era semplicemente il capo dell'opposizione, c'era Ferri, ecc. si parlava del futuro dell'Alto Adige e in questo senso, e insieme altri compagni io mi sono lamentato della sopraffazione della S.V.P. e in un modo un po' brusco lui mi ha detto: "Ma tu sai, per la minoranza politica la vera difesa sono le leggi dello Stato italiano, non lamentarti". E in un primo tempo questo mi è sembrato un po' strano: come, il capo dell'opposizione austriaca che dice questo a un partito di minoranza!!!. E' verissimo questo. La difesa delle minoranze è data dalla forza dello Stato, dal rispetto dello Stato. E per questo io critico violentemente, e lo dico con franchezza, perchè c'è assoluta mancanza di autorità, che non è autoritarismo, ma questo disfacimento degli organi dello Stato è un pericolo grandissimo per le nostre istituzioni regionali. Disfacimento, non voglio parlare sulle cause, il che sarebbe molto interessante, ma è un disfacimento preoccupante, perchè qui nessuno governa più; anche noi non governiamo, non facciamoci illusioni, anche i nostri governi non governano, tant'è vero che praticamente qui si va a ruota libera. Anche il fatto che la S.V.P. possa avere determinate pretese, che non ci sia alcun ordinamento fisso e preciso, che non ci siano determinati limiti in cui vengono rispettati

gli ordinamenti in una certa prospettiva di ordine e di giustizia, è un fatto che desta perplessità e che ci pone l'interrogativo: come mai in Italia questo succede? La Costituzione! Ogni giorno si fanno manifestazioni, scioperi, ecc. ma non è che si cambi la situazione. Io lo dico francamente, mi spaventa questa deficienza della classe dirigente, non voglio offendere nessuno, ma molte volte usa lo Stato come una cosca mafiosa. Il rispetto dello Stato, il rispetto degli ordinamenti è sparito proprio per quello. Non potremo mai avere tanti carabinieri, tanta polizia per proteggere tutti gli ordinamenti dello Stato, è impossibile. Non possiamo mica mettere un carabiniere ad ogni traversa ferroviaria; è il senso dello Stato che è venuto completamente a mancare e che ci crea dei problemi, di fronte ai quali la nostra autonomia sarà completamente travolta se non riusciremo a dare un contributo. E' chiaro che una buona responsabilità va senza dubbio alla D.C. che governa lo Stato, e il suo accenno al 20 giugno mi ha lasciato perplesso. Sono stato pochi giorni fa a trovare degli amici e mi hanno detto: "Spiegaci tu, che sei un po' di quelle parti, la storia di questo governo in Italia." Ho risposto: Non pretendete, io non sono un teologo, non posso spiegarvi la concezione di Maria Vergine con la Santa Trinità. Questi sono fatti teologici. Posso spiegarvi determinati rapporti di potere, ma cosa succede adesso, chi governa? Si dice che governa la D.C. non so se governi, non mi sembra che governi. Dico che non può fare diversamente. Il cancelliere Schmidt è stato eletto con un voto e lui governerà e farà quello che gli sembra che la coalizione socialliberale farà o ha intenzione di fare, ma quando verrà a mancare quell'unico voto non potrà governare più, ci sarà l'alternativa. Quindi dissento da quello che dice lei e cioè che il 20 giugno abbia portato un cambiamento. L'ambiguità fondamentale, anche qui è tale che altri ordinamenti

non possono che soffrirne. Certo, non è chiaro chi governa e dà delle indicazioni precise al Paese. E io francamente non mi lamento che ci siano dei disonesti fra quelli che governano. Non posso sperare che venga nel nostro partito uno con le mani un po' leste, perchè da noi, più che rubar francobolli non può fare; sarebbe come invitare Crociani a fare il borseggiatore sul tram di Milano. Non pretendo questo, ma quello che mi dispiace è che ci siano tanti incapaci, e certe volte l'incapacità si somma alla disonestà e questo poi è il risultato pauroso della degenerazione della amministrazione e del funzionamento della cosa pubblica. Il popolo italiano, io lo conosco in guerra e in pace, è uno dei popoli più tranquilli, più pazienti, non ha mai fatto rivoluzioni sul serio, ne ha fatte pochine, poche. Non ci può essere una relazione fra Regione e Provincia, fra Regione e Stato se il tutto non è improntato alla massima precisione e realtà, alla correttezza e all'autorità di tutto il nostro ordinamento.

Mi lascia anche perplesso il discorso che lei fa sull'esigenza prepotente di partecipazione popolare. Sono d'accordo, ma in questi tempi si sta facendo anche una confusione grandissima; cosa si intende per partecipazione popolare? E lo dico così. Io sono membro dell'opera della Università di Trento, lei sa cosa succede? Da un 15 giorni i signori studenti o coloro che si ritengono studenti, praticano l'autoriduzione. Cos'è? Anche il fatto di parlare di autoriduzione non credo sia un discorso qualunquista, è un furto. Se io le rubo il suo cappotto, posso anche chiamarlo esproprio proletario, ma è semplicemente un furto. Io mi sono battuto in quella sede, ma il lassismo, l'indifferenza dei poteri su questi fatti è terribile. Mi spaventano quei borghesi, che, quando ci sono dei rumori in cantina, chiamano la polizia perchè essa si faccia bucare la pancia e poi il giorno dopo vanno in corteo perchè qualche balordo ha avuto una

pallottola nel cervello! Ma questi sono discorsi che bisogna fare e con precisione e chiarezza, perchè è inutile portare alla polizia le corone d'alloro. Per la polizia c'è una legge, ci sono degli impegni precisi, deve sparare quando c'è il delinquente. Mi ha spaventato, e mi spaventa ancora quello che è successo a Milano, perchè non era certo il proletario che è andato a spaccare le macchine, a fare danni per 50 milioni, che poi sono i danni del popolo. Siamo noi che li paghiamo, è il popolo che li paga. Questo non è un discorso qualunquista e fascista, il socialismo è ordine e disciplina anzitutto, perchè non ci può essere massima libertà e massima tolleranza se non c'è questo senso preciso delle leggi dello Stato, e da noi sembra proprio che non governi più nessuno. E le corone d'alloro sono, a mio parere, un obbrobio in certi casi, non bastano a cambiare le cose in questo senso. Forse lei dirà che queste cose non c'entrano col discorso della Regione, ma a mio parere sì: questa prepotente esigenza di partecipazione popolare può avvenire solo nel rispetto delle leggi, che saranno delle leggi mal fatte, ma che devono essere rispettate. E io questo perchè lo chiedo con tanta insistenza? Perchè le minoranze saranno le prime ad essere travolte, quando non ci sarà più questo rispetto. Ricordo che molti intellettuali si sono scagliati contro quello che un governo socialista nella Germania federale ha fatto proibendo l'accesso alle carriere dello Stato ai nemici dichiarati dallo Stato; ammetto che è una cosa molto difficile da fare e abbiamo ammesso anche noi che ci sono state delle degenerazioni. Il fatto che dal nemico dichiarato dello Stato, specialmente da certi intellettuali di estrema sinistra e di estrema destra, che vogliono distruggere lo Stato che noi abbiamo, il fatto che praticamente noi non ci difendiamo contro di loro, è una questione effettivamente, assolutamente grave, io la chiamerei persino indecente. Non si può

andare avanti così. Credo che questo sia sentito da noi come politici e responsabili, e venga sentito soprattutto dalla nostra popolazione, e non solo dalla nostra. Sono stato in questi giorni a trovare dei parenti a Sesto S. Giovanni. Sesto S. Giovanni è una delle ex Stalingrado d'Italia, come la chiamavano; gente laboriosa, seria, non di alto loco, gente che ha fatto il ferroviere, gente che ha fatto il fittavolo, ma anche lì la mancanza assoluta di uno che governa produce un vuoto di potere che credo a un certo punto debba toccare tutti noi. Forse noi nel Trentino abbiamo una situazione migliore, siamo in mezzo al ciclone e in mezzo all'ordinamento caotico della situazione economica, ma credo che tutte queste cose debbano toccarci. Io non critico il discorso Benedikter, perfettamente coerente sulla concezione dell'autonomia, ma noi non possiamo avere questa concezione dell'autonomia; l'autonomia è un punto di riferimento preciso, un diritto delle minoranze che sarà garantito solo quando ci sarà qualcuno che lo garantirà. E questo qualcuno deve essere lo Stato. Si è parlato tanto male dello Stato umbertino, ecc. Io che sono cresciuto un po' negli ambienti della borghesia lombarda, che questo Stato l'ha voluto senza preoccuparsi troppo di quello che pensasse il popolo, affermo che era uno Stato che aveva delle caratteristiche e la paura che questo giovane Stato fosse travolto, questa sacralizzazione dello Stato io l'ho capita, perchè era dovuta al fatto che l'Italia è uno dei più giovani stati d'Europa, diciamo con franchezza. Non pretendo che oggi si ritorni a questo, nessuno può tornare indietro, ma questa ambiguità, questo fatto di amministrare il potere, lo ripeto ancora, come una cosca mafiosa che dà adito a tutte le degenerazioni, credo sia la fine, a un certo punto, della nostra autonomia, anche se ci illudiamo in questo momento di trarre dei profitti dalla debolezza dello Stato, perchè a un

certo punto questo Stato non potrà più nemmeno proteggere noi come minoranza linguistica e politica.

Io altro non ho da dire, e mi scuso di aver detto queste cose a lei, ma volevo esprimerle la mia delusione perchè praticamente siamo rimasti fermi, anzi, lasciamo andare le cose, facciamo delle leggi un po' per soddisfare questo o quello, ma da noi non si governa più. Non è un pessimismo, è una constatazione che mi induce a una certa perplessità: le sue parole sono troppo trionfali, troppo ottimistiche, la realtà le contraddice. Ci sono dei grossi problemi nella Regione. C'è il problema effettivamente di questa convivenza di cui si parla tanto, ma sul piano pratico si fa ben poco; cominciamo adesso a fare qualche cosa per le lingue, per capirci meglio; la prospettiva è a lunga scadenza. C'è il grosso problema della posizione e della collocazione della cosiddetta minoranza italiana in Alto Adige, che risente di determinate posizioni, comprensibilissime. Problemi grossissimi, non se ne parla. Non si può andare avanti così. La storia non aspetta che noi decidiamo; la storia va avanti lo stesso, ma forse andrà avanti in maniera tale per cui non potrà essere influenzata da noi. E questo mi dispiacerebbe. Non ho altro da aggiungere.

Spero che lei, signor Presidente, mi comprenda. Non è stato un attacco personale verso di Lei, perchè la stimo moltissimo, ma ho parlato per una delusione proprio profonda e per la mancanza assoluta di prospettive per il futuro di questa Regione. Io rimango di questo avviso, la nostra Regione ha avuto una funzione storica per secoli, la S. V.P. passa e i popoli rimangono, e in questa funzione noi, come politici, non possiamo solo amministrare, non possiamo creare e poi, quello che è peggio e che sta accadendo francamente, innalzare dei muri fianco a fianco, creare ordinamenti diversi a distanza di 60 km... Quello che vale per la RAI

può essere ripetuto per tutte le cose, creiamo dei doppioni, aumentiamo la confusione. Non parlo, per carità, altrimenti chissà quali malintesi saltano fuori, non parlo per una integrazione, ognuno rimanga del suo parere, rimanga della sua identità, come è rimasto per 600 anni durante il dominio degli Asburgo, ma che ci sia una volontà di cooperazione! Questa volontà di cooperazione ci deve essere, perchè sennò la nostra prospettiva è quella di un campanilismo triste, arido, arrogante e stupido. Vorrei che questa prospettiva almeno qualcuno l'avesse. Era una mia speranza che, purtroppo, è stata un po' delusa da questa sua relazione. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Crespi.

CRESPI (P.L.I.): Signor Presidente, on. colleghi, l'on. Presidente della Giunta ha parlato nella sua relazione di "Regione dal volto nuovo". Confesso che io e con me i miei amici speravamo molto in questo "volto nuovo" dopo l'approvazione del "pacchetto"; lo speravamo soprattutto per la necessaria difesa della popolazione di lingua italiana nella provincia di Bolzano, ormai divenuta minoranza e, se si vuole essere sinceri, dobbiamo dire bistrattata minoranza. Ma questo, come ho avuto l'onore di fare presente più volte in questo Consiglio, poteva attuarsi soltanto in una visione globale europea, in cui la nostra Regione avrebbe potuto collocarsi di pieno diritto e con estrema validità, rappresentando un esempio di civile e fruttuosa convivenza fra gente di lingua e tradizioni diverse, anche se non del tutto dissimili e legate da un filo non certo sottile di secolare interesse.

Da questa visione globale europea siamo però molto lontani, molto più lontani oggi che non ai tempi dell'accordo Gruber-De Gasperi, per cui anche questo volto nuovo rimane solo nelle intenzioni; nobili intenzioni, on. Presidente della Giunta, che noi liberali apprezziamo, rinno-

vandole, a titolo personale, la nostra stima e la nostra amicizia. Ma queste intenzioni, evidentemente, rimangono soltanto tali.

Detto questo, io non credo di avere molto da aggiungere in merito a questo bilancio, o, meglio, mi tocca ripetere quanto ho detto negli anni passati. La Regione, così come sta e giace, ormai non serve più che a finanziare inutili uffici di rappresentanza e a fare da ufficiale pagatore ai consiglieri provinciali di Trento e di Bolzano. In queste condizioni, a noi liberali sembra veramente fuori posto mantenere in piedi una elefantica Giunta regionale, che ha soltanto le funzioni che ho già detto, che sono soprattutto di rappresentanza, attualmente, e se per comprensibile ragione di opportunità politica vogliamo mantenerla in vita, in attesa di tempi migliori, in attesa dei tempi europei di cui parlavo prima e che non si vedono, che sono ancora estremamente lontani, almeno ridimensioniamola, anche a livello politico, fornendola di una Giunta proporzionata alla vera importanza che essa ha in questo momento. Così allora dovremo anche ridimensionare, venendo al particolare, i fondi destinati ai viaggi del Presidente della Giunta e degli assessori, cap. 10, e ridimensionare o addirittura abolire i fondi destinati alle spese del Presidente, cap. 70, e alle spese di rappresentanza del Presidente e degli assessori, cap. 75, e, ancora più in particolare, mi pare infine di dover dire che il cap. 341 riservato ai compensi, indennità, rimborso spese ad estranei dell'amministrazione, a studi, servizi e prestazioni speciali, è un capitolo del tutto inutile, così come è inutile il successivo cap. 395 destinato ad indagini, studi e rilevazioni. E studi, servizi, indagini, rilevazioni, tutte belle parole che poi servono soltanto a fornire contributi agli amici e agli amici degli amici per opere che il più delle volte, oltre a non avere alcun valore scientifico o artistico o

storico, finiscono per andare a marcire negli archivi, perchè nessuno sa cosa farsene, e nessuno neppure le legge. E lo stesso discorso può valere anche per i cap. 425 e 430.

Concludo subito, per dire, in anticipo sulla dichiarazione di voto, che cosa farò in sede di voto. Guardi, on. Presidente, fra l'astensione che sarebbe il segno della noia e dell'indifferenza verso un'istituzione chiaramente sorpassata, che non ha saputo trovare validi motivi, nonostante le intenzioni nobili, ma che comunque in questo momento non ha saputo trovare validi motivi per una rifondazione come da più parti e anche da parte liberale era stata auspicata, in una visione chiaramente europeistica, fra questa astensione e il voto contrario, segno di avversione verso una spesa che mi pare, così come è congegnata oggi la Regione, giustificata e gonfiata, prevale senz'altro l'avversione. Per cui il mio voto sarà contrario.

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Virgili.

VIRGILI (P.C.I.): Grazie Signor Presidente, colleghi consiglieri, il nostro gruppo, ascoltando attentamente la relazione programmatica del Presidente della Giunta, ha ricavato l'impressione, e non è un fatto solo di oggi, che ci troviamo in presenza di una riflessione abbastanza amara, del travaglio che ha vissuto il nostro istituto regionale nel corso di questi decenni, di questi ultimi anni in particolare, e di una situazione quasi di rassegnazione, di fronte a una realtà in cui vediamo che l'istituto viene largamente disatteso, innanzi tutto dagli organi di Governo che dovrebbero essere preposti al suo rilancio, alla sua valorizzazione e dall'altra parte di fronte a un attacco ormai abbastanza esplicito, che viene condotto da parte del partito della S.V.P., e che trova nella rassegnazione dell'altro partner di maggioranza, un terreno facile, proprio perchè tale istituto non possa

vivere e non possa esprimere le funzioni che gli sono proprie. L'impressione della relazione è quella di un rendiconto più che di un impegno effettuale, pratico, serio, che viene indicato a questo e ad altro governo, di un consuntivo quindi più che di un programma, in cui appaiono di più gli elementi retrospettivi, alcune cose quantitative, anche dignitose, che sono state svolte o a livello internazionale o come iniziative di coordinamento, di approfondimento di certa tematica regionale, di un determinato collegamento con le articolazioni presenti nel territorio nazionale, però privo di prospettiva, privo di slancio, privo di carica regionalista, e quindi di credibilità in un processo di articolazione, di decentramento dello Stato, che non può non partire attraverso un rinvigorismento di questa stessa istituzione, nei limiti che sono stabiliti dal nuovo Statuto di autonomia. Tono quindi, dicevo, abbastanza dimesso, sottolineo quindi questo elemento di stanchezza, di sfiducia, di rassegnazione, che metto in rilievo, a giudizio nostro, un vuoto politico e programmatico che ormai si ripercuote e prosegue da anni in quest'aula nella sede del Consiglio regionale, in cui prevalgono invece i giochetti di potere fra le forze politiche della maggioranza o addirittura le allocuzioni, le affermazioni di carattere sovrastrutturale etnico-linguistiche, senza alcun riferimento preciso al dato di classe, al dato sociale, strutturale, presente e caratteristico di queste due Province. Non si può continuamente ricondurre, annegare, annacquare il tutto dietro il fatto esclusivo del rapporto etnico-linguistico, del recupero, della variazione di una certa cultura e, quindi, dimenticare invece che dall'una e dall'altra parte vi sono dei soggetti sociali, dall'una e dall'altra parte vi sono dei problemi drammatici, che vanno affrontati con un riferimento diretto sempre alle forze sociali, ai cittadini che devono quindi trovarsi rappresentati, all'interno di questo istituto, in una

capacità di programmazione, di iniziativa, che sappia accomunare all'articolazione democratica, al processo autonomistico anche una promozione di ordine sociale e culturale. Benedikter ha reso esplicita la pratica politica della S.V.P.: quella della inutilità della Regione; io avevo già sentito questa affermazione in sede di commissione legislativa, e certo non mi ero illuso che fosse soltanto una posizione dell'"enfant terrible del lago di Caldaro" che era uscito con l'affermazione che se c'era un ente inutile in Italia e che andava soppresso era la Regione Trentino-Alto Adige. Però mi preme riprendere questa questione, perchè se c'è qualcuno che ha la responsabilità politica e morale di aver reso, come si dice, superflua, tra virgolette, questa Regione, regolata e regolamentata da una legge costituzionale, da uno Stato unitario, in cui tutti ci dobbiamo ritrovare e ci dobbiamo fare carico dei problemi delle esigenze nazionali, è proprio la pratica politica del governo, che ha guidato nel corso di questi anni il partito di maggioranza assoluta della provincia di Bolzano, e il partito di maggioranza assoluta della provincia di Trento. Ma è proprio così? E' veramente fallita questa Regione? E' del tutto superflua? E' un ente inutile? Dove sono finite allora tutte le ambizioni riformiste che più volte abbiamo sentito riecheggiare in quest'aula negli anni trascorsi da parte delle forze dominanti? Qual è il grado di coscienza, di consapevolezza, di riflessione, sui problemi allora emergenti in questa fase storica della nostra società, che è pure caratterizzata da una presenza, con i pregi e con i difetti, con gli aspetti positivi e con gli errori di questa stessa Regione del Trentino-Alto Adige? Certo, ci sono state e ci sono delle difficoltà a questo processo di comprensione, di collaborazione, di rilancio della iniziativa regionalista, e quindi dell'attività del nostro istituto. Vi è una riduzione concreta, oggettiva dei poteri della Regione rispetto al passato e

nessuno sogna il ritorno di questo genere, però è chiaro che si sono venuti accentuando i contrasti nel corso degli ultimi tempi fra i due partners maggiori. Se dovessimo andare a esaminare le forme dei linguaggi contenuti nelle varie dichiarazioni che si sono avute nel corso degli anni, vediamo che le differenze di valutazione, di orientamenti anche di ordine culturale, di prospettive che si sono più volte espresse, sono veramente notevoli, e pur tuttavia, dopo questi sfoghi e queste considerazioni, noi abbiamo visto una continuità costante in un modo di operare, in un modo di agire, che in fondo poi metteva in ombra continuamente la funzione e il ruolo della Regione nell'ambito del nostro territorio regionale, non solo, ma nel rapporto fra il nostro territorio regionale e il resto del Paese. Ora come mai è continuata questa pratica? A giudizio nostro le cause, certo, sono molto lontane, hanno dei risvolti storici, ma vanno ricondotte in una logica che ha accomunato i due partiti di maggioranza, che è stata, come livello delle rispettive Province, sempre la logica della lottizzazione del potere, della spartizione del governo. Per cui, al di là delle notevoli differenze di ordine politico, culturale, sul piano programmatico, noi abbiamo visto che si è sempre cercato, annacquando quindi le funzioni e le possibilità di operare, di sedere ugualmente allo stesso tavolo del governo regionale, da parte dell'uno e dell'altro partito. E in secondo luogo uno stacco pauroso, progressivo, che si è venuto a determinare fra l'istituto autonomistico e la realtà politica, sociale, culturale, in movimento nell'ambito delle rispettive province nell'insieme del territorio; quasi una casta, chiusa in sé stessa, chiamata ad amministrare per razionalizzare l'esistente in modo ordinario, senza un minimo di respiro, di coraggio, di forza, che cercasse di collegare un certo processo di ordine autonomistico, che veniva in avanti e che favoriva giustamente lo

sviluppo delle Province autonome, senza rendersi conto che doveva essere saldato con i soggetti, a cui quel processo doveva servire come elemento di promozione e di emancipazione. Quindi un impantanamento, una chiusura continua a livello sempre della sovrastruttura, senza calare nella realtà, storicamente determinata, di ogni singola provincia e del territorio regionale. Eppure io vorrei dire ai colleghi della S.V.P., pur rispettosi della loro posizione e delle loro valutazioni, che non devono mai dimenticare che siamo parte di uno Stato unitario nazionale, e insisto, unitario e nazionale, che è stato ed è l'espressione e la garanzia della articolazione pluralistica delle stesse Province autonome di Bolzano e di Trento come la nostra Regione. E non si può pensare di annullare questo dato storico, caratteristico della società italiana dei tempi attuali, con tutto quello che ci sta dietro e con quanto esso può rappresentare come possibilità effettuale, pratica, concreta per lo stesso sviluppo della iniziativa, della personalità, delle responsabilità, delle funzioni di un gruppo etnico linguistico come quello tedesco. Ora noi possiamo esprimere certo una funzione positiva nei confronti del mondo mitteleuropeo, stabilire collegamenti, raccordi, ma dobbiamo tener conto contemporaneamente della funzione che dobbiamo esprimere nei confronti del mondo nazionale nelle varie articolazioni autonomistiche e democratiche che sono venute avanti a livello dello Stato, proprio partendo da queste diversità provinciali, che sono un dato storico, un dato acquisito e che non vanno accentuate per dividere o per giustificare le spinte alla conservazione o alla rassegnazione, ma che vanno considerate per quanto esse sono, per quanto possono dare per le loro peculiarità storiche, culturali, etniche, specifiche, in modo da favorire un processo di carattere generale. Certo che questo richiedeva e richiede ciò che è mancato e che manca ancora, richiedeva e

richiede una proposta politica, che non abbiamo mai avuto in termini precisi, concreti, a livello del governo regionale, uno sforzo di coordinamento, si diceva di sintesi anche e di un collegamento stretto soprattutto con le forze politiche e sociali, non una chiusura come invece è avvenuto nell'arroganza della maggioranza assoluta e del monopolio del potere. Ciò sollecita quindi oggi ancora una visione che sia unitaria, una visione di sintesi del contesto regionale, che è un aspetto, un momento che non possiamo assolutamente dimenticare e non possiamo assolutamente annullare. Noi discutiamo del bilancio regionale per il '77 in un quadro politico nazionale che è sempre più incerto, e poichè ci siamo sempre sentiti e siamo, riteniamo, un momento della repubblica unitaria ed autonomista, è necessario che anche la voce di questa Regione si senta. Ora abbiamo avvertito invece silenzio, vuoto politico nel discorso del Presidente della Giunta. Sappiamo, invece, come egli sia spesso sensibile a questa problematica, forse data dalla situazione anche particolare, ad interim, che caratterizza questo suo periodo della presidenza della Giunta regionale; il fatto è che vi è un elemento di stacco tra la enunciazione di un minimo di programma, di intenzioni tra la discussione di un bilancio anche se in gran parte solo di carattere ordinario e, diciamo, una realtà circostante, alla quale ci dobbiamo rifare e ricollegare, se vogliamo davvero vincere le tendenze di chi vorrebbe annullare in modo completo il momento autonomistico regionale e quindi far svolgere, nel limite delle competenze delle funzioni, le iniziative che sono proprie. Noi siamo fra coloro che credono che la crisi italiana non sia soltanto una crisi economica, ma crisi anche di valori, crisi cioè che ha investito e investe tutte le istituzioni politiche sociali del nostro paese.

E gli elementi che caratterizzano questo

quadro, questo momento nel Paese, sono quelli che in parte il Presidente richiamava: il fatto che oggi si manifesta un nuovo quadro politico nel Paese, dopo il 20 giugno, del quale occorre tenere conto costantemente, al quale ricondurre la nostra proposta, la nostra iniziativa, per fare in modo che essa compia come processo appunto di confronto, di dialogo, di intese, di impegno unitario dell'insieme della società e delle forze politiche organizzate, compia ulteriori passi in avanti, liquidi definitivamente i periodi della guerra fredda, dell'anticomunismo, della contrapposizione frontale e veramente abbia la capacità di ricollegare le forze politiche democratiche del Paese, le forze sociali, attorno a un disegno di progresso economico, sociale, democratico della società italiana. E allora, semmai, quel dato per l'elemento che l'ha caratterizzato come spinta al rinnovamento, all'emancipazione, a un progresso di tipo nuovo, deve sottendere costantemente l'iniziativa e il lavoro del nostro Consiglio nel senso di operare, di lavorare sempre e fondamentalmente, per collegarci allo stesso e per esprimere in modo più compiuto quelli che sono gli interessi delle classi sociali e delle masse lavoratrici del territorio regionale.

Il secondo dato è quello della grave crisi economica, diceva il signor Presidente; certo è un fatto gravissimo, preoccupante, ed è indubbio che su questo piano avvertiamo contraddizioni ancora notevoli, un vuoto di linea politica nel partito dominante, un'inadeguatezza della politica governativa, delle preoccupazioni costanti della società nazionale. Pur tuttavia, è questo un dato di fatto che non può non richiamare la responsabilità di ognuno e quindi di un istituto autonomistico come il nostro, proprio per compiere, non solo l'analisi, ma anche quella verifica della sua azione politica e delle sue possibilità concrete per concorrere nella direzione di un superamento della stessa.

Vi sono, in terzo luogo, dei rischi, diceva il Presidente del Consiglio di controffensiva di carattere antidemocratico, reazionario, di destra, in una prospettiva economica che tende e che potrebbe tendere ad aggravarsi, i dati che ci vengono dall'economia di altri paesi capitalistici europei non sono molto edificanti e rassicuranti, e quindi un ristagno della stessa situazione politica italiana, in cui già si manifestano degli elementi che non possono non preoccupare, come reflussi di carattere qualunquistico, o rigurgiti di ordine corporativo. Oggi, mi pare, vengono messi sempre più in discussione, non può essere solo considerato un dato nazionale esterno, quindi, per molti aspetti del nostro territorio, sono sempre più in discussione i rapporti fra le classi, la stessa struttura del potere, per cui anche il bilancio nostro, la funzione, il ruolo della Regione vanno collocati nella realtà della lotta politica nazionale e nella situazione economica inflattiva e deflattiva esistente, e quindi collegati strettamente all'azione del Parlamento e del Governo, come all'iniziativa delle due Province autonome di Bolzano e di Trento. Ora dove è finita, si è chiesto qualcuno, la Regione? Certo, si ha la sensazione di una sorta di ripiegamento, di chiusura in una amministrazione ordinaria, che è apertamente in contrasto con la straordinarietà della situazione generale del Paese, su tutti i piani. Tante attese e speranze che erano state suscitate escono ancora una volta, largamente deluse. E d'altronde, dov'è che volete collocarvi, partiti di governo, nella prospettiva più immediata e futura? Volete recuperare un certo ruolo, una certa funzione, ponendovi all'avanguardia, con iniziative che tendono ad innovare davvero i nostri istituti, la democrazia, l'autogoverno e quindi che siano veramente di segno riformatore? Volete mantenervi nel mezzo, per vivacchiare, tirare avanti, attendere che altri quindi portino alla liquidazione poi la Regione?

O volete addirittura scendere alla retroguardia, con il rischio quindi di far regredire tutto un processo, che potrebbe rimettere in moto quelle spinte di carattere provincialistico, separatistico, che potrebbero favorire elementi di rottura nell'ambito della unità e della convivenza, faticosamente creata nel corso di questi anni? Al di là di ogni considerazione particolare, la risultante complessiva sottolinea come giudizio di fondo il divario netto, incontestabile, fra quelli che furono gli indirizzi programmatici e la volontà rinnovatrice più volte espressi, e la loro mancata traduzione in concreta, positiva, organica normazione legislativa nei vari campi di intervento definiti dallo Statuto. E' proprio sul terreno dell'azione di Governo che si è manifestato sempre più in modo segnato, colorito, il divario fra statuto e realtà operativa. Guardiamo soltanto all'ambito delle competenze, riaffermato ancora una volta nel secondo pacchetto. Guardiamo il problema dell'ordinamento dei comuni; noi oggi siamo in una posizione di maggiore arretratezza di quanto non siano una serie di altre realtà dal punto di vista dell'ordinamento dei nuovi rapporti che si sono venuti a stabilire fra gli stessi e l'ordinamento regionale. Ma è possibile, che, ripeto, da questo punto di vista noi siamo fermi ancora dopo anni e anni trascorsi per adeguare questa normativa legislativa, nel momento in cui riteniamo di dover recuperare, valorizzare al massimo questi istituti essenziali di base, dell'articolazione democratica dello Stato, che non può e non deve deperire, che rappresenta uno degli elementi di fondo del decentramento e l'autogoverno, che è la caratteristica essenziale del progetto autonomistico regionale?

Guardiamo d'altra parte nel campo dell'ordinamento ospedaliero sanitario: al di là di avere seguito in modo pedissequo l'orientamento, l'ordinamento dello Stato, senza usare fino in fondo della potestà primaria per introdurre un

tipo di riforma, che davvero riuscisse a rompere quella paralisi, quella separazione, quella dicotomia fra ente ospedaliero e attività sanitaria di prevenzione a livello territoriale, noi qui siamo ancora in attesa che altri provvedano, lo Stato in senso generale, ma non ci avvaliamo delle competenze, delle funzioni, che sono nostre, invece per precedere una certa normativa dello Stato, per introdurci come elemento propositivo, che possa favorire quindi una ripresa di dialogo con lo Stato stesso, con le altre Regioni e quindi possa incidere in modo progressivo nell'ordinamento poi dello Stato.

Parliamo del settore del credito. Perché quando si fanno i grandi discorsi sui problemi degli investimenti, sulla finalizzazione della risorsa economica, a determinati obiettivi di crescita sociale e civile, i discorsi sono ottimi, sono buoni, però a un certo momento se non si mette mano in modo serio alla riforma di questo settore, in cui la Regione ha competenza primaria, al modo come utilizzare le ingenti risorse o disponibilità finanziarie presenti e accumulate nelle banche e quindi nel Trentino, ebbene noi rischiamo di fare delle affermazioni generiche, gratuite. Dobbiamo vedere, nel limite della nostra possibilità, come possiamo anche qui riuscire a mettere un certo ordine, a favorire quindi un uso in modo sociale delle risorse che sono presenti.

Non parliamo del campo delle assicurazioni sociali, in cui ci limitiamo a delle leggende tecniche, di riorganizzazione, di sistemazione di precedenti provvedimenti, ma anche da questo punto di vista non abbiamo avviato un progetto nuovo, unificante, che veramente possa significare qualcosa di nuovo per le categorie che sono interessate a questa politica.

Non parliamo poi dei due settori che sono stati richiamati nei giorni scorsi nei dibattiti interni a questo Consiglio, e che appunto vedono ancora una volta la nostra Regione, il Consiglio

regionale non utilizzare appieno le possibilità che ha e riguardano il Tribunale amministrativo e il settore della radio-televisione.

Ora la Regione, a giudizio nostro, avrebbe dovuto e potrebbe significare un nuovo modo di governare e di fare politica, e quindi, come diceva il collega Jenny, fare della programmazione e degli interventi sui territori, un nuovo modo di governo alternativo a quello settoriale e frammentario dei governi nazionali, ma invece ha ricopiato in modo pedissequo quel tipo di logica, quel tipo di politica nel corso di questi anni. Avrebbe dovuto fare della democrazia e della partecipazione il metodo della sostanza e del rapporto fra Regione e cittadini, avviando anche qui un processo nuovo di articolazione, di unità dello Stato, alternativo anch'esso alla logica centralista di vertice, ma sappiamo tutta la vicenda, competenza o meno, a proposito delle comunità montane, dei comprensori, oggi ancora con estrema difficoltà e ritardo sul decentramento dei comuni nei consigli di quartiere. Così non è stato. Perché? Ecco, noi crediamo una riflessione da fare criticamente, rispetto all'esperienza vissuta, rispetto ai momenti storici e politici trascorsi, rispetto all'attuale caduta di tensione regionalista dei partiti dominanti: può o no divenire la Regione nei limiti delle potestà e delle competenze della legge costituzionale dello Stato il vero momento unificante del sistema delle autonomie delle amministrazioni locali nel territorio? Proprio servendosi delle competenze che le sono proprie? Occorre, se questo vogliamo, senza invadere assolutamente la sfera propria delle singole Province, occorre vincere questa situazione di silenzio, risalire questa caduta regionalista, uscire dalla chiusura provincialista, che è sempre più pregnante, pressante, e battere quindi un localismo che viene avanti, che cerca di darsi una sua dignità spesso ideologica, attraverso la diversità, ma che fondamentalmente rimane senza principi, senza

valori morali e etici. E' così che si può contribuire alla affermazione della concezione pluralistica dello stato regionale delle autonomie, è così che si possono introdurre dei nuovi valori al sempre più necessario confronto fra le due Province dalle tante e molteplici specificità, che potrebbero arricchire ulteriormente l'iniziativa e la funzione della Regione.

Perchè la Regione non assume un ruolo di propulsione, anche per ciò che riguarda alcuni settori propri dell'amministrazione pubblica nel suo insieme, per esempio nel settore della stessa contabilità pubblica? Quante volte ci viene promessa, a livello della Provincia di Trento, la legge di cassa, la legge di contabilità, ecc. ecc., semplificare le procedure, favorire quindi uno specchio più chiaro del modo come si utilizza il denaro pubblico, come si spende, le direzioni in cui lo si investe? Però, parole, parole, e gli anni passano, ecc. Perchè la Regione non può forse concorrere, aiutare, contribuire acchè questo processo, sul piano veramente di un nuovo tipo di contabilità, venga avanti, e quindi dare omogeneità a una materia come questa, anche con una sua iniziativa, nel momento in cui tutti rivendichiamo l'esigenza di una unificazione della finanza pubblica in generale nello Stato, che è stato uno degli elementi più caratteristici, in cui, purtroppo, si è finito per disattendere le funzioni, i compiti degli enti locali, per caricarli di debiti, di interessi passivi, impedendo che essi potessero svolgere fino in fondo la loro funzione di promozione degli interessi sociali delle grandi masse popolari? Perchè la Regione ancora oggi si limita, per esempio, al bilancio annuale, invece di predisporre uno di carattere poliennale, che vada un po' più in là della semplice ordinaria amministrazione, assieme a un documento programmatico, che possa almeno ricollegarci a questi ultimi due anni della legislatura, in modo da dare almeno un minimo punto di certezza di alcune cose, di alcune iniziative, di alcune

funzioni che possano essere svolte, collegando quindi l'immediato, l'ordinario, a quelli che possono essere aspetti d'emergenza, soprattutto della programmazione, che devono marciare assieme, di pari passo, e non possono essere costantemente divisi e separati fra di loro, se si vuole incidere in modo concreto anche nei nostri limiti, nella realtà regionale? E, signor Presidente della Giunta, che si fa dell'attuale coalizione che governa la Regione? Abbiamo letto in questi giorni alcuni documenti, alcune affermazioni, ma sappiamo d'altronde esserci a monte alcuni atti politici ormai che si sono manifestati nella provincia di Trento, a livello di quel governo provinciale. L'ampiezza di questa coalizione è stata finora pari alla polivalenza di posizioni che si sono espresse nel suo interno e all'inerzia operativa che la contraddistingue. L'unico elemento di unità è stato quello della logica del potere, del governo fine a sè stesso, del tirare a campare; ora anche qui, perchè non andare, tanto più dopo la vostra esperienza, in presenza di una Regione dotata soprattutto di poteri ordinatori, di funzioni di sintesi, di coordinamento, dice il Presidente, ad un esperimento d'avvenimento più avanzato, unitario, in un momento in cui da tutte le forze politiche democratiche, forze sociali, progressiste, si chiede un impegno, una responsabilità, una presenza ad un processo di difesa e di sviluppo delle nostre istituzioni democratiche, di uscita della grave situazione di crisi che investe le strutture produttive e la realtà economica del Paese? Cioè, voglio dire, perchè non cercare anche qui uno sforzo che cerchi di coinvolgere, in un momento in cui riteniamo opportuno recuperare questo elemento di credibilità regionalista e soprattutto nella autonomia, nel significato che esso può e deve avere una funzione di coordinamento, di sintesi, di unione fra le due Province e fra realtà etniche e politiche così diverse, perchè non coinvolgere negli organi della

Regione e nelle sue diverse articolazioni le forze politiche dell'intero arco costituzionale? Oltre alle iniziative indicate dal Presidente, per esempio quello della conferenza regionale sulle autonomie locali ed altre, noi vorremmo suggerire, per esempio, l'iniziativa, che potrebbe avere la sua importanza, in riferimento alla prospettiva delle elezioni del Parlamento europeo del '78! Non so se la Giunta o il Consiglio non ritenessero di andare, l'anno prossimo, ad una iniziativa, a un convegno seminario, sul problema Regione e Parlamento europeo, che fosse un elemento di informazione, che fosse un elemento quindi di confronto, che consentisse, già prima che le popolazioni venissero poi investite di questa iniziativa, di questa campagna, di cogliere fino in fondo il nesso e il senso che può avere tutto questo con la funzione propria e specifica, che può anche qui svolgere una regione di confine come la nostra e dalle sue peculiari caratteristiche.

Seconda questione, signor Presidente della Giunta, io le chiedo se non sia il caso che, assieme alla Presidenza del Consiglio, dato anche qui la perdita progressiva di confronto dialettico, di dibattito, di respiro culturale che hanno assunto spesso i lavori della nostra Assemblea, si volesse tentare di recuperare questa dialettica, questo confronto, questo sforzo, fra i gruppi consiliari, fra le forze politiche, mediante la trasformazione dell'attuale rivista, che è rivista della Giunta, in uno strumento invece aperto della Giunta e del Consiglio regionale, che consentisse davvero di poter sviluppare, approfondire, attraverso il concorso pluralistico delle diverse forze, una serie di concetti, di esperienze, di esigenze che vengono a manifestarsi ai vari livelli, anche qui credo come contributo di comprensione fra le forze, ma soprattutto di collegamento sempre più stretto fra le stesse e l'istituto nel quale viviamo.

Qual'è, quindi, per concludere, il nostro voto

sul bilancio? E', signor Presidente, un voto di segno contrario; non tanto direi per le cose che vi sono contenute — mi pare che da questo punto di vista il bilancio è abbastanza scarso, modesto, limitato nelle sue risultanze complessive, e in gran parte sappiamo che è un bilancio che ruota attorno ad alcune spese non trasferibili, spese correnti, spese di gestione, ben precise, per cui modeste sono le possibilità di iniziativa legislativa e quindi di investimento di intervento della Regione —, non tanto, ovviamente come giudizio critico, negativo, sui singoli uomini e componenti della Giunta, ma invece come giudizio politico, che noi esprimiamo nei confronti delle forze politiche presenti nell'ambito della Giunta, in ordine quindi al processo negativo che ne ha caratterizzato il Governo nel corso di questi anni. E, quindi, in quanto non accettiamo il senso di rassegnazione che traspare dalle dichiarazioni del bilancio, riteniamo non si debba rinunciare a combattere ogni manifestazione di separatismo fra le due realtà provinciali, e non accettiamo soprattutto, signor Presidente, di delegare soltanto al partito di lingua tedesca, la S.V.P., il monopolio dei rapporti con il mondo tedesco, con le realtà mitteleuropee, ma riteniamo che qui debba essere svolta una funzione da parte dell'istituto regionale nel suo assieme. E proprio perchè siamo consapevoli di una crescita del particolarismo provinciale e del ridimensionamento dell'istituto regionale, il nostro no al bilancio, senza appunto nè fughe in avanti, nè d'altra parte falsi sogni o desideri rispetto al passato, proprio perchè riteniamo che la realtà autonomistica delle Province sia ormai un fatto storico che va salvaguardato, ampliato, rafforzato, ma consapevoli che anche la Regione deve svolgere nei suoi limiti un suo ruolo, una sua funzione democratica, istituzionale, precisa. Vuole essere il nostro no al bilancio un impegno ad affermare le reali e soggettive funzioni della Regione in un contesto di sforzo unitario

dell'insieme degli organi autonomistici, senza preclusione ad alcuna forza politica e democratica. Quindi, ripeto, il nostro è un voto negativo, perchè non ne accettiamo la logica che ha sotteso il governo della Regione nel corso di questi anni; non accettiamo il senso di rassegnazione, di opportunismo che traspare dalle dichiarazioni del signor Presidente della Giunta, e in modo particolare non vogliamo delegare a un solo partito e tanto più al partito di lingua tedesca, quello che invece dovrebbe essere un ruolo, che, nonostante i limiti costituzionali che noi accettiamo, deve divenire sempre proprio di un istituto autonomo, democratico, che è un momento, che rimane un momento essenziale di una repubblica unitaria, nazionale, democratica, che si è realizzata nel nostro Paese e che, quindi, deve vedere il concorso pieno anche dell'istituto regionale del Trentino-Alto Adige.

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Vorrei intervenire brevemente, proprio brevissimamente, lapidariamente, sul bilancio di previsione '77, anche perchè logicamente questo documento è il frutto della nostra collaborazione nel corso del 1976, collaborazione in sede di Giunta regionale. Non entro quindi nel merito delle dichiarazioni del Presidente della Giunta, che approvo e che condivido, nè tanto meno parlerò sul documento contabile in sè e per sè, che è frutto, ribadisco, anche di questa nostra collaborazione, anche se, per la verità, non tutte le nostre richieste, le nostre proposte sono state accolte. Il mio intervento vuole essere perciò una pura e semplice brevissima dichiarazione di voto, che già in questo momento preannuncio, sarà un voto positivo, anche se, torno a ripetere, c'è pure qualche remora, qualche insoddisfazione, data da quanto si poteva anche fare e non s'è fatto

nel corso di questi due anni, e mi auguro che verrà fatto nei due anni ancora che ci dividono dalla fine della legislatura. Sono esente, insomma. Sono anni che parliamo del disegno di legge sulla incompatibilità, ineleggibilità, ecc. dei consiglieri regionali e vuoi per una ragione, vuoi per un'altra, finora non siamo ancora sicuramente a buon punto; ci sono delle idee, ma non si è visto arrivare questo disegno di legge in commissione e in Consiglio.

Voglio solo fare, terminando, un'annotazione: mi rammaricano, anche se non mi stupiscono, le dichiarazioni fatte, a nome della S.V.P., del cons. Benedikter, e chiedo a lei, signor Presidente, quale potrà essere il nuovo ruolo, il cosiddetto volto nuovo, come lei lo definisce nella sua relazione al bilancio di previsione, di questa nostra Regione, quale sarà questo volto nuovo quando una delle due maggiori forze politiche che amministrano questa Regione, si esprime sulle sue dichiarazioni e quindi sul bilancio e sulla Regione stessa, si esprime, signor Presidente, come si è espresso il cons. Benedikter. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Avancini.

AVANCINI (P.S.D.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, le dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta regionale, che mi pare sta uscendo dall'aula e quindi manca per me l'interlocutore, comunque vado avanti perchè vedo che la Giunta è ben rappresentata, dicevo che le dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta, avv. Mengoni, mi sembrano delle dichiarazioni impegnate e realistiche, cioè delle dichiarazioni che tengono conto di una realtà esistente, che non sono quindi trionfistiche o velleitarie. Però questa mattina il primo intervento ha buttato molta acqua sul fuoco, ha buttato molta acqua sull'entusiasmo che da questa relazione in certi punti per lo meno

traspare. E io ho l'impressione che questa relazione sia stata fatta per lo meno in contrasto o quantomeno senza l'approvazione dei membri di lingua tedesca della Giunta regionale, altrimenti non mi sembra logico, non mi sembra possibile che Benedikter questa mattina abbia sparato a zero sulla Regione, tanto da dire addirittura che la Regione è inutile e che è inutile che la Regione continui la sua attività. E' un discorso peraltro che avevo sentito altre volte dal collega Benedikter anche in seduta dei capi-gruppo, e quindi non è giunto del tutto inaspettato. Tuttavia, io desidero dare atto al Presidente Mengoni di questa sua volontà di operare, di questa sua volontà di trovare un ruolo per la Regione, volontà che peraltro viene quasi annullata dalla mancanza di volontà del partner di Giunta, che è così pessimista e così negativo nei confronti della Regione. Ed è strano questo atteggiamento, perchè dopo il 15 giugno del 1975 e direi specialmente dopo il 20 giugno del 1976 le autonomie regionali hanno avuto un'incentivazione, hanno avuto una spinta, c'è un qualche cosa di nuovo nell'opinione pubblica e negli amministratori regionali, c'è una maggiore consapevolezza dell'esigenza di mantenere le autonomie locali, non solo di mantenerle, ma di dare alle autonomie locali una più precisa figura, di dare alle autonomie locali le competenze che spettano per legge, di dare alle autonomie locali l'autorità che ad esse spetta per legge e che quindi possano operare in maniera concreta e in maniera positiva, essendo più aderente alle esigenze della popolazione. Io l'ho potuto constatare in numerosissime riunioni fatte a Roma ed altrove, e organizzate dai presidenti delle Regioni a statuto ordinario, e alle quali siamo sempre stati invitati anche noi e alle quali la Regione Trentino-Alto Adige ha partecipato o con il suo presidente o con un suo delegato. Ecco, quindi, che mentre nel resto d'Italia c'è questo rilancio delle autonomie

regionali, qui da noi la Regione, addirittura da parte di uno dei maggiori partners di Giunta, viene considerata come una cosa inutile. Il 20 giugno, che pure è stato richiamato moltissime volte, specialmente nel Consiglio provinciale di Trento, specialmente dalla D.C. nel Trentino, è stato richiamato veramente come un qualche cosa di nuovo e un qualche cosa di diverso. Però mi pare che qui da noi il 20 giugno abbia insegnato poco, se il risultato per il Trentino è stato quello di costituire un monocolore del sotto-partito della D.C. e qui in Regione non sappiamo ancora come le cose vadano a finire. Un monocolore è stato costituito in provincia di Trento con le sole forze della D.C., senza una precisa motivazione politica, l'abbiamo discusso alcuni giorni fa in Consiglio provinciale a Trento e lì abbiamo avuto occasione di fare le nostre osservazioni. Ma quello che è anche strano della vicenda della Giunta provinciale di Trento è che a parole la Giunta monocolore doveva essere aperta dalle forze soprattutto della sinistra, e in particolare del P.S.I. e il risultato è stato veramente deludente, penso, per il partito di maggioranza, perchè il risultato è stato il no deciso di tutte le forze della sinistra e un sì del P.P.T.T. e dei liberali. Ora, se questo è stato il risultato dell'apertura alle forze della sinistra, lo lascio giudicare a tutti quelli che hanno seguito questa vicenda. Qui in sede regionale ho sentito adesso che il collega Betta ha rassegnato le dimissioni da assessore regionale ho sentito adesso che il collega Betta ha rassegnato le dimissioni da assessore regionale, che peraltro non aveva competenze. Il mio partito è in fase di discussione su questo argomento; io credo, Virgili, che Molignoni sarebbe capace di annunciarle da solo, che non ha bisogno di un interprete. Quindi...

(Interruzione)

AVANCINI (P.S.D.I.): Non è questo un problema... Io dico che dobbiamo essere tutti rispettosi degli organismi del partito; il mio partito sta esaminando a vari livelli la situazione, e a livello provinciale e a livello regionale prenderà le decisioni che sono conseguenti a una valutazione seria, a una valutazione precisa di quello che è avvenuto in provincia di Trento, di quello che sta avvenendo negli enti locali, comune di Trento, comune di Riva, comune di Merano, comune di Bolzano e nella sede del comitato regionale noi prendiamo le decisioni responsabili e serie che competono a quell'organismo. Io quindi non ho qui nessun particolare annuncio da dare, soltanto l'impegno da parte nostra di un esame approfondito di tutta la situazione della Provincia e quindi di tutta la situazione della Regione che comprende le due Province. Un'uscita così, a freddo, soltanto dalla Regione, ci sembrerebbe un discorso non completo per lo meno, e pertanto io credo che la situazione seria e grave che esiste in questo momento, richieda un esame approfondito di tutti gli aspetti di una situazione così difficile e così pesante, particolarmente pesante in sede nazionale per quanto riguarda la parte economica e per quanto riguarda il discorso dell'ordine pubblico. Il governo monocolore a livello nazionale sta facendo sforzi per poter uscire dalla crisi e sta barcamenandosi in una situazione obiettivamente difficile con i partiti dell'arco costituzionale che gli garantiscono soltanto l'astensione e che quindi indubbiamente la situazione sta diventando una situazione di pesantezza, l'economia non subisce miglioramenti, almeno non se ne vedono, e l'ordine pubblico sta andando veramente verso forme inaccettabili, verso forme di violenza, che se è vero che sono di delinquenza comune, è altrettanto vero che ci sono senz'altro delle implicazioni politiche palesi o nascoste, più nascoste che palesi, che certamente turbano l'ordine democratico, tur-

bano la vita civile e laboriosa della nostra Italia. In questo senso io credo che la Regione possa esprimersi con fermezza, possa esprimersi con forza, il Presidente del Consiglio lo ha già fatto, ma anche tutto insieme il Consiglio regionale deve dire, secondo me, una sua parola precisa e forte a questo proposito, perchè certe forme che si nascondono sotto etichette politiche e particolarmente in questo momento etichette politiche di sinistra, sono forme di delinquenza e sono forme indubbiamente che tendono a sovvertire l'ordine democratico e che quindi possono definirsi di marca dittatoriale e possono definirsi senz'altro di marca fascista. Ma, per ritornare al discorso della Regione, noi diciamo il nostro pensiero, anche se noi rappresentiamo una piccola forza, anche se la nostra presenza è una presenza minoritaria. Per conto nostro il ruolo della Regione non è esaurito, perchè se fossimo convinti di questo dovremmo chiedere onestamente di abolire la Regione, di abolire gli uffici, di abolire le spese per la gestione della Regione, dovremmo dire, in una parola, che la Regione non ha più ragione di essere, ma nello stesso tempo non dovremmo nemmeno fare delle proposte, non dovremmo nemmeno arrampicarci sui vetri per dire che approviamo certe impostazioni e certe indicazioni che ci vengono date in questo momento dal Presidente della Regione. E anche noi siamo convinti che bisogna andare alla ricerca del ruolo che deve rappresentare la Regione nel nuovo assetto dell'autonomia. E non è facile, perchè si tratta di coordinare e equilibrare i tre enti: la Regione e le due Province. E ha ragione Virgili, condivido quello che ha detto Virgili, che le Province rappresentano un territorio piccolo, che c'è il pericolo veramente che ci si chiuda in un guscio, che ci si chiuda in compartimenti stagni e che si faccia una vita quasi isolata all'interno delle due province. Quindi una visione più ampia a livello regionale, senza toccare le competenze

delle Province, io credo sia indispensabile, in quanto un funzionamento autonomo per proprio conto delle Province, diventa pericoloso. Quindi, un disegno così globale nel rispetto delle competenze credo possa essere auspicato e possa essere anche realizzato, pur nella diversificazione delle competenze, dei ruoli e delle finalità e anche evidentemente delle risorse. Io credo che parlare del bilancio contabile della Regione non sia il caso, perchè è un bilancio talmente obbligato e talmente rigido che non consente se non lievissime sfumature di programmazione. Quindi, il fulcro della Regione è il ruolo politico, è un ruolo che può essere così inserito nel contesto europeo, che può essere inserito in un contesto più ampio della comunità economica europea, per esempio, nei vari settori di intervento della comunità europea. Credo che questo sia un discorso che può essere portato anche a livello regionale, lo abbiamo fatto a livello provinciale per quanto riguarda soprattutto gli interventi in agricoltura, ma credo sia un discorso che può essere fatto anche a livello comunitario e la conferenza delle Regioni dell'arco alpino può essere un momento di questo proiettarsi della Regione a livello europeo. Io non dico che la Regione debba rappresentare una cerniera delle due autonomie provinciali, perchè forse sarebbe eccessivo, però dico che deve operare in uno spirito di collaborazione, che ritengo ancora utile per la difesa e lo sviluppo della autonomia globale della nostra regione, e quindi anche dello sviluppo dell'autonomia delle due Province. Quindi, una maggiore convinzione forse nel sottolineare e nell'affermare questo ruolo utile ancora nel contesto autonomistico della nostra Regione; respingere la tentazione di isolarsi, di non avere più niente da dire, di chiudersi in se stessa senza sapersi dare un volto preciso, una dimensione, darsi invece un programma anche politico e un programma di studio vasto, che comprenda

rapporti anche con le comunità europee. Un tema importante che abbiamo discusso ieri a Trento riguarda il problema delle autonomie locali, la conferenza degli enti locali, che è stata così preparata con impegno e con serietà da parte della Giunta, da parte dell'assessore competente. Credo che questo sia un fatto molto importante, quello della conferenza sulle autonomie locali, che si svolgerà nel febbraio prossimo a Merano. E' questo uno dei settori che preoccupa di più gli amministratori: la finanza locale, le autonomie locali. Che cosa dobbiamo fare particolarmente in provincia di Trento con i molti comuni, con i 223 comuni che sono ancora funzionanti in provincia di Trento? Che cosa si pensa di fare per la concentrazione, per i consorzi dei comuni? E' vero che si sono fatti i comprensori, ma i comprensori non sono nati per abolire le autonomie locali, ma sono nati per esaltare le autonomie locali, e quindi è questo un discorso molto, molto grosso.

Se noi pensiamo che, soltanto nel Trentino, i comuni hanno un deficit di 60 miliardi, ci rendiamo conto come la situazione sia veramente grave e preoccupante. Perciò il ruolo della Regione come ordinamento è importante su questo settore fondamentale della nostra vita democratica, della nostra vita politica. Dobbiamo individuare il nostro ruolo, sarà fatto nella conferenza sugli enti locali, e già ieri abbiamo sentito qualche anticipazione; già sul rapporto preliminare dei gruppi di lavoro che è stato distribuito ci sono delle indicazioni molto importanti e molto precise, sia per quanto riguarda i livelli ottimali del governo e dell'amministrazione locale sia per quanto riguarda anche la finanza locale che è pure un aspetto importante. Vediamo se dobbiamo fare consolidamenti, se dobbiamo cancellare i debiti e partire da zero. E' anche questo un problema che è stato dibattuto ampiamente al convegno di Viareggio nel settembre scorso, ma che prende

corpo nella conferenza regionale sull'autonomia locale che avrà luogo in febbraio e che ha un aspetto veramente importante per quanto riguarda la nostra Regione, in quanto vi saranno ben cinque relatori che vengono dall'estero, ci saranno due relatori dell'Austria, due della Germania, amministratori di enti locali, e un relatore della Svizzera se non vado errato, oltre al prof. Pototschig, Pastori, De Marchi, Onida e all'avv. Martini per quanto riguarda i relatori invitati dalla Giunta regionale. Credo sia veramente un convegno che va al di là della nostra regione, che raccoglierà esperienze che vengono dall'estero, dalla vicina Austria e dalla vicina Germania e credo proprio che questo sia uno degli aspetti qualificanti e fondamentali della attività della Regione, della attività della Giunta regionale. Veramente qui devo dare atto dell'impegno della serietà dell'assessore Bertorelle, il quale è riuscito anche, oltre a tutto, a mettere insieme studiosi di alto livello, che si sono resi disponibili ieri, ma che si renderanno disponibili nei primi giorni di febbraio e anche di essere riuscito a far venire qui nella nostra regione, a Merano, il sindaco di Stoccarda per esempio e altre personalità del mondo tedesco, cinque relatori che sabato 5 febbraio terranno le loro relazioni nel convegno di Merano. Questo è un dato importante. Io credo sia positivo anche il fatto che la Giunta regionale stia predisponendo un disegno di legge tendente a favorire il decentramento urbano e comunale, promuovendo l'elezione dei consigli di quartiere. Questo fatto è già una realtà in altre zone d'Italia e quindi anche qui il partito socialista democratico italiano concorda con questa volontà, a condizione però che non si creino dei doppioni o delle sovrastrutture nuove o dei centri di potere, che non accentrino le pastoie burocratiche, ma sia dato soprattutto spazio alla partecipazione democratica popolare della gestione pubblica in un quadro legislativo di chiarezza e di

funzionalità. E' questo un altro fatto qualificante e importante della nostra vita democratica e della nostra vita pluralistica. Attenzione: specifica deve essere data ai problemi strutturali della pubblica amministrazione; quindi occorre effettuare una attenta analisi delle strutture pubbliche, che ruotano e operano nell'ambito del territorio regionale, nell'intento di rendere più sciolto e moderno, oltretutto funzionale, l'apparato amministrativo e tecnico. Spero che il 1977 sia finalmente l'anno in cui il personale sarà collocato nel suo giusto posto, che non ci siano più problemi di messa a disposizione, che ci sia finalmente la collocazione precisa del personale messo a disposizione delle Province, che diventi personale delle Province, e quindi pagato dalle Province, che non ci sia questo trasferimento di fondi dalla Provincia alla Regione, personale pagato dalla Regione e la Provincia che rimborsa alla Regione, una cosa tutta confusa, una sovrastruttura per lo meno pletorica che non è certo all'insegna della funzionalità. E' necessario, secondo noi, migliorare la qualità delle prestazioni del personale, che deve essere messo in grado di operare alla luce della nuova struttura dell'ente regione e dei suoi compiti attraverso l'ordinamento degli uffici. Ma questo sarà possibile non appena saranno definite le posizioni del personale messo a disposizione delle Province e quindi quando la Regione avrà il suo assetto definitivo e saprà quanto personale adopera e in quel momento potrà dare al personale delle specifiche competenze, delle specifiche responsabilità, evitando così che ci siano anche alti funzionari che svolgono funzioni veramente modeste, nemmeno a livello esecutivo. Io credo in questa individuazione della struttura burocratica meno pesante, ma che permetta di responsabilizzare i funzionari, che permetta di responsabilizzare tutto quanto il personale della Provincia, e ciò servirà, oltre che per la funzionalità e l'utilizzo delle risorse

umane, per creare un nuovo rapporto fra cittadino ed ente pubblico, e per razionalizzare meglio la spesa. E' positivo anche il fatto che il Presidente Mengoni sottolinei con forza la necessità dell'istituzione dei Tribunali di giustizia amministrativa, dei TAR, che esistono dappertutto, mentre da noi sono ancora lì che attendono di essere costituiti e le pratiche si ammassano, i diritti dei cittadini non vengono garantiti: i cittadini attendono giustizia e la giustizia non viene, perchè non esiste lo strumento per rendere giustizia. Siamo ricorsi a qualche accorgimento, ma sono accorgimenti, non sono del tutto precisi e non del tutto democratici, vedi per esempio il ricorso sulla mancata concessione delle licenze di commercio. Noi abbiamo fatto una legge, approvata dal Governo, per cui è la Giunta provinciale che decide sui ricorsi, ma l'organo giurisdizionale che deve decidere sui ricorsi non è la Giunta provinciale, ma è il Tribunale amministrativo regionale. E non solo in materia di commercio, il tribunale dà garanzia ai cittadini che i loro diritti vengono rispettati e il cittadino ha diritto di sapere se la sua richiesta è accolta o è respinta in termini di tempo ragionevoli, che non si identificano certo in anni, ma che si identificano in settimane. Altrettanto dicasi per l'accenno fatto all'istituto del difensore civico; per il passato abbiamo avuto qualche perplessità, perchè, secondo noi, il difensore civico dovrebbe essere eletto dal popolo, un rilancio della rappresentanza popolare dovrebbe essere fatto anche dalla Regione, anche dalla Provincia, ma anche dal Parlamento nazionale. La rappresentanza popolare in questi ultimi anni è scaduta; è scaduta anche perchè ci sono stati episodi veramente gravi di corruzione e di scarso senso di responsabilità da parte di eletti dal popolo, ma gli episodi isolati non debbono diventare una regola. Io credo sia importante che gli eletti dal popolo abbiano una loro maggiore dignità come

l'avevano una volta e che rappresentino veramente il popolo. Che cosa significa, signor Presidente, il dettato dello Statuto che il Consigliere regionale rappresenta tutta la popolazione della regione, che il consigliere provinciale rappresenta tutta la popolazione della Provincia, che il deputato rappresenta tutta la popolazione della nazione? Me lo dica lei che cosa significa. Non ha più alcun significato, perchè non c'è volontà da parte nostra di dare attuazione concreta al dettato statutario, che pure ha una sua validità e un suo fondamento profondo di rappresentanza popolare. Se noi rinunciamo a questo, abbiamo rinunciato a tutto. Perdere il valore della rappresentanza popolare significa avviarsi lentamente verso la dittatura dove ci sono alcuni che domandano e tutti gli altri tranquillamente e supinamente obbediscono, e quelli che non obbediscono subiscono la sorte che abbiamo tutti constatato anche in questi giorni con deportazioni in Russia e in Cile, condanne al manicomio e ai lavori forzati, ecc. Secondo me, è necessario insistere su questo aspetto: la rappresentanza popolare deve essere rilanciata, l'eletto dal popolo deve riavere la sua dignità e l'orgoglio di essere il rappresentante della popolazione, non solo di coloro che lo hanno preferito o hanno votato il suo partito, ma il rappresentante in generale di tutti gli interessi della popolazione particolarmente della parte più umile e diseredata della nostra popolazione. Io credo in queste cose, le dico con convinzione e con fermezza, altrimenti ciò che è scritto negli statuti e nella costituzione sono parole vuote, parole inutili. Se noi perdiamo la nostra funzione, se perdiamo la nostra dignità di rappresentanti del popolo, i tempi futuri non saranno certo rosei per la nostra democrazia; vuol dire la morte, la fine della democrazia. Ecco, signor Presidente, alcune osservazioni che io volevo fare sulla sua relazione, che continuo a ritenere una relazione seria, una relazione

impegnata, realistica, non trionfalistica.

Un problema che io, prima di andare in pensione, vorrei veder risolto è quello della vertenza fra Regione e Enel, perchè ne sento parlare da sempre. Io mi auguro, collega Pasquali, che venga risolto, è un augurio che lo faccio così, anche sorridendo. Dicevo, prima di andare in pensione mi augurerei di vederlo risolto sui banchi di questo Consiglio, perchè è evidentemente sui banchi di questo Consiglio. Io spero che la Giunta regionale riesca a portare a definizione questo grosso problema, che si trascina negli anni e si trascina nel tempo, e poi finiremo per avere un pugno di mosche, perchè col deprezzamento della moneta, indubbiamente anche i miliardi diventano cifre sempre più modeste, ogni giorno più inconsistenti.

Ho già fatto riferimento al ruolo delle Regioni dell'arco alpino. Sulle norme di attuazione dello Statuto, anche queste ci auguriamo che vengano definite entro breve tempo, l'impegno era entro il 1975, ma gli anni passano e le difficoltà ci sono. Non sono qui per fare una critica, ma dico che anche questa è una cosa che deve pur arrivare alla fine, e non può protrarsi all'infinito, in eterno, questa Commissione dei 12 dovrà concludere i suoi lavori un giorno l'altro e io mi auguro che sia al più presto, che sia entro i primi mesi del 1977. Anche della caserma dei vigili del fuoco di Bolzano se ne sente parlare da sempre, adesso sembra che finalmente si avvii alla conclusione, tutto ha una fine, anche la caserma dei vigili del fuoco di Bolzano sembra stia per finire, perchè è previsto lo stanziamento per l'arredamento della caserma e so che i muri e il tetto sono stati posti. Finalmente si porterà a conclusione un problema che si trascina da molti anni.

Ecco, signor Presidente, le osservazioni che io volevo fare a questo bilancio del 1977, un bilancio che il partito socialdemocratico e il gruppo socialdemocratico giudica positivo, al

quale, pertanto, darà il suo voto favorevole.

PRESIDENTE: La parola al cons. Fedel.

FEDEL (P.P.T.T.): Signor Presidente, signori consiglieri, a nome del gruppo del P.P.T.T. devo dire che noi da buoni autonomisti non possiamo non vedere nel "volto della Regione" ricavato dalla realzione del Presidente della Giunta, un fatto positivo, in quanto questa Regione, così come è oggi, è voluta sostanzialmente dalle popolazioni dopo anni e anni di battaglie nel senso autonomistico, nel senso evidentemente di libertà. Pertanto, è nostra convinzione che il vero volto della Regione sia quello voluto proprio dalle popolazioni e dai vari gruppi etnici qui conviventi.

Detto questo, cerco di sottolineare alcune affermazioni contenute nella relazione. Il problema dell'energia elettrica è un problema che il nostro gruppo politico ha sempre cercato di sostenere sia nei vari consigli regionali, come provinciali, in quanto ritiene che la riconquista di questa energia elettrica sia un diritto delle nostre popolazioni. Nella relazione del Presidente ci sono dettagliati riferimenti a questo problema e sono illustrate le battaglie che la Giunta regionale ha fatto per monetizzare questi nostri diritti idroelettrici, — naturalmente non ci vede che vincitori sotto il profilo politico, in quanto era un punto molto importante della nostra azione politica —, pertanto siamo d'accordo su quanto illustrato nella realzione, in merito a questo tema e non possiamo fare altro che invitare con calore il nuovo Presidente della Giunta regionale a battersi affinché questo tema della rivendicazione dei diritti idroelettrici delle nostre popolazioni abbia ad ottenere.

PRESIDENTE: Prego un po' di calma, perchè l'oratore non può essere compreso.

FEDEL (P.P.T.T.): ... il giusto posto che deve avere fra le rivendicazioni monetarie della nostra autonomia. Perchè sappiamo bene che senza l'autonomia finanziaria nulla si può fare. Senza soldi, in sostanza, l'uomo è l'immagine: più o meno della morte, si dice. E così anche un ente, se non ha di che finanziarsi, non può naturalmente procedere. Oltre tutto rimane sempre a monte il problema del diritto, come questione di principio.

Altro problema che a noi stava a cuore, l'abbiamo ricordato anche nelle dichiarazioni fatte per l'insediamento della nuova Giunta nel Trentino, è quello dell'ordinamento dei comuni: noi vediamo oggi, purtroppo, che l'autonomia dei comuni è notevolmente diminuita; son così vincolati gli amministratori comunali da ordinamenti e da leggi, che praticamente essi non possono essere veramente gli amministratori liberi e autonomi delle loro decisioni, anzi non sono altro che degli strumenti in mano all'organo tutorio, proprio a causa dell'attuale legge di ordinamento dei comuni. Ci sembra di trovare nella relazione del signor Presidente della Giunta volontà di voler rivedere la legislazione comunale, naturalmente noi ci auguriamo che voglia restituire autonomia a questi amministratori comunali e quindi alle comunità locali, ai comuni in sostanza.

Altra affermazione che troviamo, signor Presidente, nella sua relazione, — poi alla fine vedremo di chiederle anche un certo impegno su queste affermazioni —, e che vediamo con simpatia da quegli europeisti che siamo, è che ci sia la volontà nel prossimo futuro di un contatto sempre più franco, più vicino, più reale con le Regioni vicine. La Regione, io credo, al di qua e al di là del reinventare può senz'altro avere questa funzione, questo compito di collegamento con le altre Regioni vicine dell'Europa, dalle quali certamente abbiamo molto da imparare senza voler con questo metterci in

subordine con i popoli vicini, naturalmente, ma il contatto fra i vari popoli è sempre un'esperienza positiva, e questo noi lo vediamo con simpatia.

Lei parla ancora del tribunale di giustizia amministrativa e del difensore civico, che io, per amore alla brevità, cerco di abbinare in un solo problema. Anche qui mi rifaccio a quanto ho già avuto modo di dire e non è a caso naturalmente, signor Presidente, che io mi rifaccio alla discussione fatta in occasione dell'insediamento della nuova Giunta a Trento anche perchè, come lei ha accennato e come abbiamo appreso, lei si troverà ad operare nella Giunta provinciale di Trento. Anche lì ci troveremo in sostanza ad avere più o meno gli stessi problemi e, appunto, affermavo in quella occasione che la nostra gente sente maggiore sete di giustizia e di partecipazione. In sostanza non è che la nostra gente chieda un maggiore benessere, talvolta, ma chiede invece una maggiore equità, una maggiore giustizia, un maggior confronto positivo con gli enti pubblici, e in modo particolare Provincia, Regione, Comuni, ecc. Ora la istituzione di questo Tribunale di giustizia amministrativa, che fu anche oggetto di una mia non lontana interrogazione, e del difensore civico, naturalmente io credo porterà dei vantaggi positivi proprio per il positivo collegamento fra cittadino e ente locale. La giustizia e la partecipazione sono una delle aspirazioni che maggiormente oggi investono le nostre popolazioni e anche soprattutto le giovani generazioni, che talvolta proprio si ribellano oppure contestano non tanto la carenza di benessere economico, quanto invece la carenza di partecipazione, di equità e di giustizia. Ora naturalmente questo non deve limitarsi soltanto a livello di affermazioni, ma deve essere soprattutto motivo di serio impegno. Noi di un partito autonomista, orgoglioso e in un certo senso tutelatore nel senso politico delle minoranze linguistiche, non possiamo non vedere anche con molta notevole simpatia il

problema di cui qui si parla per rivalutare nel contesto generale e con cenni particolari nella Val del Fersina, a Luserna, nella Valle di Fassa, il problema delle minoranze etniche del Trentino. La Regione si fa carico anche di questi problemi, di questi temi; noi siamo evidentemente d'accordo. Non so però fino a che punto la dichiarazione possa veramente corrispondere, signor Presidente, a una reale volontà politica; la commissione regionale ha fatto un sopralluogo a Luserna e in Val del Fersina, ma da parte di qualche esponente politico non abbiamo veduto la genuina volontà di tutela di queste minoranze; mi riferisco alla Val del Fersina, a Luserna e naturalmente anche alla Valle di Fassa. Lei afferma di avere in cantiere una legge per una tutela quadro delle minoranze all'interno della nostra regione; questa è certamente una buona affermazione, è una dichiarazione di buona volontà politica, però sottolineo ancora che noi abbiamo qualche timore sulla chiara volontà politica in questo senso da parte di certe forze politiche e dico anche in un certo senso della forza politica che lei rappresenta, da parte cioè della D.C. Probabilmente ci differenziamo in questo sul tenore di tutela che vogliamo dare a queste minoranze, cioè se vogliamo dare una tutela radicale oppure se soltanto ci limitiamo a qualche concessione sulla scuola o su qualcos'altro. Noi naturalmente vogliamo una tutela radicale che valorizzi queste minoranze etniche del nostro Trentino e, comunque, tutte le minoranze etniche della nostra regione e anche di tutta l'Italia.

Altro problema: qui si è accennato al voto fatto dal Consiglio regionale in merito alle elezioni europee del maggio '78. Lei ha accennato a questo voto e ha espresso, signor Presidente, la convinzione che le elezioni europee abbiano a svolgersi puntualmente nel maggio del '78, ma le dirò che qui non sono molto soddisfatto, avrei voluto una dichia-

razione più convinta sotto il profilo europeistico per questo problema molto importante quale le elezioni europee. Pertanto aspetterò nella sua replica, signor Presidente, un maggior chiarimento su questo tema, perchè non credo sufficiente che la Giunta regionale si accontenti del voto del Consiglio, ma deve sempre ravvivare questa volontà, cercare di agire nel modo che più le è consono e consentito, affinché questo problema diventi veramente una realtà viva e attiva in un certo senso, e non rimanga tanto un desiderio. Bisogna fare di tutto affinché queste elezioni avvengano. Ecco, in questo senso volevo appunto sottolineare questo problema. Il problema delle comunicazioni. Signor Presidente, per termine "comunicazioni", punto 18) dell'art. 8 dello Statuto di autonomia, dalle posizioni espresse due anni fa dal Presidente della Giunta provinciale di oggi, Grigolli, ad ora ci siamo già notevolmente avvicinati all'intendimento, all'interpretazione che vogliamo dare a questo termine, che naturalmente riteniamo come competenza da parte dei nostri organi locali in materia radio-televisiva. Su questo tema, signor Presidente, lei dovrà essere instancabile, perchè se non riusciremo, tramite le norme di attuazione, ad interpretare il termine di comunicazioni, non riusciremo a strappare questa competenza, e avremo perso una notevole fetta della nostra autonomia in un settore estremamente importante.

Altro problema; lei qui ogni tanto ricalca l'affermazione, che abbiamo letto altre volte in relazioni non sue ma di altri uomini politici del suo partito, di reinventare questa Regione. Ebbene, signor Presidente, non c'è niente da reinventare, secondo il nostro punto di vista, c'è invece il problema che la Regione, come un comune, come una provincia, come ogni ente deve saper adeguarsi alla realtà nuova che viene incontro. Probabilmente lei voleva dire questo, la Regione non è da reinventare, è quella che è e

deve saper rispondere prontamente e agilmente alle necessità che i tempi ci impongono di svolgere. In questo senso noi riteniamo il reinventare, cioè nella capacità della Regione di sapersi adeguare e rispondere positivamente alla realtà.

Lei poi ha ripescato un concetto del nostro partito, il concetto dell'autonomia finanziaria, che noi abbiamo lanciato nel Consiglio regionale attraverso il nostro capogruppo di allora, collega Pruner. L'autonomia finanziaria, già nello scorso bilancio, l'avevate ripescata questa parola, l'avete ripescata ancora in questa relazione di bilancio, e noi non possiamo che ribadire anche qui un'altra vittoria politica del partito del P.P.T.T., evidentemente. Non diciamo di più, ma almeno, ci compiaciamo un pochino di poterlo affermare.

(interruzione)

FEDEL (P.P.T.T.): Scusa un po', noi questa battaglia l'abbiamo iniziata nel 1957, su e su e su, quando noi enunciavamo questi concetti politici non so cosa facevate voi, probabilmente non li avete ascoltati, poi c'è voluta tutta una grossa battaglia, un grosso movimento della popolazione, una sensibilizzazione, e alla fine anche voi vi siete adeguati, avete ripescato, accettato questi discorsi. Ora noi non possiamo non ricordare ciò, sarà immodestia la nostra, ma ci consenta almeno di essere immodesti.

La sua relazione chiude, e sto naturalmente per avviarmi alla fine, chiude con un attestato di fiducia alle nostre popolazioni. Signor Presidente, questo attestato di fiducia alle nostre popolazioni credo sia la parte più qualificante, a mio avviso, della sua relazione, perchè riconosce implicitamente che le nostre popolazioni sono assai mature per avere una gestione autonoma della cosa pubblica, sempre e sempre più in questo senso, naturalmente. Infatti, nel momento in cui riconosce alle nostre popolazioni

dei meriti e delle qualità estremamente valide, naturalmente non può non riconoscere anche che esse sono mature e preparate per una gestione e una partecipazione più reale e autonomistica della cosa pubblica.

Signor Presidente, non mi dilungo più, dico che il nostro voto su questa relazione sarà favorevole, proprio per cercare di impegnare la Giunta regionale su alcuni dei concetti che abbiamo sottolineato, per cercare di far sì che questa Regione sia un momento di cooperazione fra tutte le nostre popolazioni, pur nella distinzione dei ruoli che noi da autonomisti, naturalmente, non possiamo non riconoscere. Quindi il nostro è un voto positivo di impegno alla Giunta per portare avanti le affermazioni espresse nella relazione, perchè queste affermazioni abbiano a trasformarsi, signor Presidente, in realtà concrete, in conquiste autonomistiche di libertà per le nostre popolazioni. Grazie.

PRESIDENTE: Die Sitzung ist geschlossen. Der Regionalrat tritt wieder am Nachmittag um 15 Uhr zusammen.

La seduta è chiusa. Il Consiglio regionale si riunisce nuovamente nel pomeriggio alle ore 15.

(Ore 12.45)

Ore 15.15

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al cons. Sfondrini.

SFONDRINI (P.S.I.): Signor Presidente, signori colleghi, sento tutta la difficoltà o, meglio, il disagio di prendere la parola sulla relazione al bilancio 1977 del Presidente della Giunta regionale, disagio che credo sia connotato con

la relazione stessa; del resto gli interventi dei colleghi consiglieri, che mi hanno preceduto, lo hanno ampiamente dimostrato. Se dobbiamo esprimere un giudizio sullo sforzo che il Presidente della Giunta ha compiuto, dobbiamo dargli atto che pensare e scrivere 26 pagine sul nulla è stato uno sforzo encomiabile, ma ciò non toglie che il nulla rimanga. Credo che si possa definire soltanto la testimonianza di un dovere che la liturgia del bilancio richiede. La difficoltà di afferrare il bandolo della matassa di tutto il discorso, è stato reso più semplice dal tono dimesso e rassegnato, che ha i connotati di un *de profundis*, dell'intervento di questa mattina del capogruppo della S.V.P., Benedikter, e ci si è predisposti alla tumulazione, con tanti saluti alla Regione Trentino-Alto Adige, inserita in un quadro, cito testuali parole, quale garante della convivenza pacifica e dello sviluppo, portando così alla rottura di quell'importante filo di collegamento fra le due Province, che, nonostante l'approvazione del "Pacchetto", si era ritenuto di dover mantenere, lasciando sopravvivere l'istituzione regionale. Una rottura che porterà due piccole province, come sono quelle di Bolzano e di Trento, in un assurdo isolamento politico e culturale con tutte le conseguenze negative che possiamo immaginare. Tuttavia si tratta pur sempre di un bilancio di una Regione a statuto speciale, e, tranne che nell'ultima parte, la relazione è fatta in un modo sommario e sbrigativo, ~~nessuno~~ sforzo è stato compiuto per dire qualcosa sulla grave situazione politica e economica che sta attraversando il Paese, ~~nessun~~ tentativo di analisi, ~~nessuno~~ sforzo per capire e spiegare le ragioni di una situazione economica e politica drammatica; ~~nessuno~~ sforzo almeno come contributo originale di una Regione che è stata fra le prime a vivere l'esperienza di autogoverno, come contributo di cui il Paese ha bisogno, perchè rimaniamo nella convinzione sull'importanza degli enti locali per aiutare sè stessi, ma

soprattutto il Paese in generale, ad uscire da un momento così difficile. Ma cosa ci si può aspettare da forze che hanno dimostrato e stanno dimostrando, — sono le stesse forze che governano le due Province —, stanno dimostrando come le istituzioni locali siano incapaci assolutamente a portare un qualsiasi contributo per la soluzione dei gravi problemi derivanti dalla crisi economica, nonostante l'enorme disponibilità di poteri legislativi e di mezzi finanziari che caratterizzano queste istituzioni? Credo e crediamo che qualsiasi relazione di un bilancio di un qualsiasi comune in questo momento non possa prescindere dal considerare l'aspetto politico ed economico di eccezionale gravità, come quello che stiamo attraversando. Se è vero che il dramma della nostra realtà regionale è di non potere fare perchè spogliata di competenze in favore delle province, è altrettanto vero che, laddove le competenze ci sono, siamo rimasti fermi e quel poco che c'era da fare non lo si è fatto. E partiamo dall'affermazione della "riscoperta del legislativo come sede naturale di proposta, di dibattito, di confronto." La mozione sulla RATI-TV, che è stata presentata dal gruppo consiliare del P.S.I., non è certo stata una vicenda positiva che possiamo prendere ad esempio e a confronto della suddetta affermazione. E' vero che la Giunta non è direttamente responsabile di ciò che è avvenuto, ma è altrettanto vero che, proprio per confermare e per dare sostanza a questa affermazione, nulla ha fatto per rimuovere gli ostacoli per una discussione. E che della discussione ce ne fosse bisogno lo ha dimostrato l'avvio al dibattito, se non altro per verificare le concezioni differenti che ci sono nell'interpretare questa questione, soprattutto da parte del gruppo di maggioranza relativa della provincia di Bolzano, la S.V.P. Quando si scambia il pluralismo così come noi lo intendiamo, come lo intendono le forze

democratiche del Paese, con la possibilità di avere a disposizione diversi canali con il mondo di lingua tedesca, con la Svizzera, con Capodistria, con tutte le diverse stazioni che possono essere captate nelle nostre province e si crede di avere raggiunto il pluralismo attraverso questo meccanismo, o si finge di non capire nulla, — e credo che questo non sia perchè il relatore sulla mozione presentata dal P.S.I. dell'esponente della S.V.P. conosce molto bene i termini —, e quindi si voglia eluderli, o si vuole prenderci addirittura in giro, quando si fanno affermazioni di questo genere. Dico che questo è un terreno in cui la riscoperta del legislativo, così come è detto nella relazione del Presidente, è terreno idoneo per il dibattito, per il confronto, per una proposta seria, ma noi sappiamo che se le cose dovessero procedere così come si è proceduto nei confronti di questa mozione, anche questa affermazione che sembra di massimo contenuto, che sembra quella alla quale ci si vuole riferire per dare una funzione che sia degna del suo nome alla Regione, anche quella affermazione sarà purtroppo parola vana per i motivi che ho detto poc'anzi.

Ci si riferisce nella relazione anche alla legge riguardante il decentramento, ma nemmeno si fa cenno al disegno di legge presentato dal gruppo socialista, testo tutto sommato che si rifà alla legge nazionale, adattandola alla situazione locale, e non si dicono le ragioni vere per cui anche questa proposta troverà delle grosse difficoltà sul suo cammino. E ovviamente le difficoltà si sa da che parte vengono, soprattutto. Forse i consiglieri della provincia di Trento non conoscono il modo in cui è strutturata la provincia di Bolzano, per dare un esempio di una mentalità che è prevalente, per quanto riguarda i comprensori o le comunità di valle, così come sono strutturate in un certo modo, in modo abnorme...

PRESIDENTE: Prego il consigliere di parlare nel microfono, altrimenti si sente malamente. Scusi.

SFONDRINI (P.S.I.): Le comunità di valle, per esempio, nella nostra provincia, sono degli enti, i quali sono tutt'altro che rappresentativi. Sul piano democratico non hanno nessuna validità e giustificazione, ed è una lotta che si sta portando avanti da anni, senza trovare nessuna possibilità di dialogo, senza trovare nessuna possibilità di sbocco, di fronte a una proposta che non fa altro che ricalcare le proposte di gestione normale di questi enti nel resto del nostro Paese e nella vicina provincia di Trento. Basti pensare che le minoranze politiche non esistono in questi organismi, sono state cancellate da questi organismi. Esistono solamente i rappresentanti della maggioranza che governano i comuni, i sindaci, e voi sapete che nella provincia di Bolzano la stragrande maggioranza, il 95-96 per cento di sindaci sono rappresentati dagli esponenti della S.V.P., e credo che solo nella comunità di valle della Bassa Atesina siano presenti uno o due elementi della minoranza politica. Non esistono in questi organismi minoranze politiche. Questo esempio l'ho fatto per dire quali difficoltà avranno proposte di questo genere, proposte non solamente che sono state avanzate dal gruppo socialista in materia, ma proposte anche che verranno avanti probabilmente dal gruppo di maggioranza relativa della D.C. in Giunta regionale. Con una mentalità di questo genere passi avanti non ne faremo.

Si è verificato anche nei comuni più grossi della provincia di Bolzano, a Bolzano stessa, che di fronte alla proposta della istituzione delle rappresentanze di quartiere, in un primo momento c'era stato un assenso da parte della S.V.P., successivamente si sono trovate tutte le scuse immaginabili e possibili per non dare spazio a una proposta di questo genere, con la scusa che potrebbe essere anche esaminata e

posto. Quindi anche questo è un problema che è rimasto fermo, le ragioni ancora personalmente non le conosco, ma senz'altro si può attribuire una grossa e grave responsabilità alla Giunta regionale, che non è stata capace di affrontare questo problema, per dare ad esso una soluzione soprattutto in presenza di due enti che continuano ad avere competenze e che continuano purtroppo ad assumere della gente che in maggioranza è dequalificata, anche perchè viene assunta spesso, almeno da noi, senza concorso.

Il discorso del TAR è un discorso che riguarda la Commissione dei 12, ma questa è una giustificazione insufficiente nei confronti dei cittadini, i quali hanno estrema necessità e bisogno di rivolgersi a questo organo di giustizia amministrativa. Noi conosciamo personalmente una serie di casi che purtroppo sono ancora irrisolti, che creano delle situazioni di grossa difficoltà in molti cittadini, i quali sono sempre in attesa di questo organo di giustizia, il quale dovrebbe risolvere dei problemi, superare delle difficoltà, dare ragione, fornire giustizia di fronte a degli atti che sono indubbiamente ingiusti. Ma, purtroppo, si continua ad attendere che questo organismo si costituisca. Di chi è la responsabilità? Sappiamo, per esempio, con certezza, che nella Commissione dei 12 si è chiesto spesso e ininterrottamente che questo organo venga costituito, che venga messo in funzione, conosciamo anche le difficoltà politiche che ci sono state dietro questa norma di attuazione, ma ciò non toglie i disagi e le difficoltà che questi ritardi hanno provocato nella popolazione della regione intera.

Un altro argomento assente completamente dalla relazione del Presidente è l'impegno per quanto riguarda la riforma sanitaria. In occasione della discussione di una legge si è discusso molto sulle competenze in materia della Provincia o della Regione e, di fronte a un provvedimento di legge preso dalla Provincia di

Bolzano e rinviato dal Governo per incompetenza in quanto rimaneva ancora competenza della Regione, si è colta l'occasione per discutere attorno a questo argomento, del resto riconosciuto anche dal capogruppo della S.V.P., e per rilevare l'opportunità di affrontare questa questione, avendo presente che da anni si discute nel Paese a livello di governo di questa riforma, ma che fino ad oggi non siamo altro che di fronte a dei progetti, a delle deliberazioni anche del Consiglio dei Ministri, che però non hanno avuto la loro attuazione a livello di Parlamento e dove si è riconosciuto che la Regione, avendo la competenza, potrebbe anticipare, attraverso un provvedimento legislativo, alcune cose che diano avvio alla riforma sanitaria. Nella relazione non se ne parla, nella relazione non se ne fa cenno, nella relazione non si dice nemmeno una parola.

Ecco, signor Presidente, abbiamo accennato rapidamente ad alcuni argomenti, quelli che abbiamo ritenuto i più rilevanti della relazione accompagnatoria del bilancio. Abbiamo detto anche con rammarico come durante questo periodo in cui si parlava di reinventare la Regione, avremmo creduto venisse fuori una proposta, una volontà, un impegno per attribuire ad essa il ruolo che aveva perduto attraverso il nuovo Statuto di autonomia. Dobbiamo rilevare, signor Presidente, che, purtroppo, nemmeno per i problemi più semplici, per quelli dove la competenza è rimasta, come quelli della sistemazione del personale, per quelli che riguardano il decentramento, la legge sul decentramento, che è qui annunciata mentre nemmeno viene ricordato il testo presentato dal gruppo socialista, nemmeno di fronte a questi problemi si è fatto un passo avanti. Quindi non possiamo altro che riconfermare la nostra posizione negativa. Mi suggeriva il collega anche il disegno di legge sulla ineleggibilità e incompatibilità, che, tutto sommato, non faceva altro che ripetere, riprendere, ricalcare l'atteggiamento che la D.C. molti anni fa assunse nei

valutata la realtà che esiste nella nostra provincia, con la scusa che, oltre alle rappresentanze di carattere politico, esistono anche le rappresentanze di carattere etnico e in una città come la nostra, come capoluogo di provincia, potrebbero determinarsi dei compartimenti stagnò divisi per gruppi etnici, quindi creare delle difficoltà di rapporti all'interno di questi organismi da parte dei gruppi etnici che sono presenti nella realtà altoatesina. Questi esempi li faccio per dire che quel poco che è rimasto ancora di spazio operativo di competenze da parte della Giunta regionale trova un grossissimo ostacolo, l'ostacolo di una mentalità che ancora non ha assolutamente recepito ciò che c'è di nuovo e di avanzato, ciò che è il minimo di filosofia della partecipazione agli organismi di base, mentalità che ha già difficoltà ad andare avanti e a procedere nel resto del Paese, ma che qui trova un ostacolo insormontabile. Quindi capisco anche la reticenza nel riconoscere le difficoltà oggettive per i rapporti politici con il partner che governa assieme alla D.C. la Giunta regionale.

Altro argomento fra quelli più salienti contenuti nella relazione del Presidente è quello sulla cooperazione: anche qui il discorso è liquidato in poche righe, e bisogna indubbiamente interpretare queste righe per capire cosa c'è sotto. Anche qui la cooperazione è intesa, nella classe politica dirigente della provincia di Bolzano, in un modo che non ha nulla a che spartire con i concetti fondamentali della cooperazione così come sono sviluppati nel resto del Paese. Mi rendo conto che con il discorso della delega, cioè non si è delegati a pensare, quindi non si è in grado nemmeno di fare una proposta, ci riduciamo tutt'al più a creare delle consulenze per favorire un ripensamento, un proposta su tutto il settore della cooperazione, ma il significato reale che sta dietro queste parole, è l'assoluta impossibilità di

portare avanti un discorso che sia un discorso compatibile con la mentalità, la visione, la filosofia della cooperazione nella nostra provincia e in particolare nel gruppo dirigente della S.V.P.

Un altro argomento contenuto nella relazione è quello del personale. Siamo in ritardo rispetto all'approvazione del "Pacchetto" e tutti quanti sappiamo il tipo di difficoltà, del resto ammesse anche nella relazione, e il tipo di frustrazione nei confronti di una larga parte del personale, che, a distanza di qualche anno ormai, è in una situazione veramente e semplicemente alienante. Conosciamo le reazioni di questa gente, che non può accettare una situazione di inerzia totale, assoluta, non può accettare di occupare un posto dove — il collega Avancini questa mattina lo ha confermato — dove potrebbe essere utilizzato indubbiamente in modo migliore e anche con più soddisfazione, mentre a questo personale si fa svolgere dei lavori a livello indefinibile. Queste considerazioni le facciamo perchè dietro la affermazione del vuoto ormai, della impossibilità di dare un apporto in mancanza di competenze, per le ragioni che abbiamo detto prima, c'è anche l'inerzia di fronte a dei problemi che dovrebbero trovare la loro soluzione rapidamente. Perchè ci chiediamo cosa fa questa gente durante le ore di lavoro, durante i mesi che passano, gli anni che passano, ci chiediamo cosa fa questa gente, se è possibile, con le difficoltà di carattere economico che investono tutto il Paese, se è possibile mantenere della gente a far nulla, quando sappiamo che la Provincia di Bolzano per quanto mi consta, ha continuato ad assumere del personale, talvolta dequalificato, anzi nella maggioranza dei casi dequalificato e quindi costretto a procedere in diversi settori con enorme difficoltà, con scarsa soddisfazione da parte dei cittadini e degli utenti che si rivolgono a quegli uffici dove trovano, purtroppo, del personale che si sta addestrando sul

confronti di questa delicata questione; anche questo argomento va avanti con grandi difficoltà e con la volontà di snaturarlo, questa è la realtà, cioè va avanti certamente non con lo spirito, non con i contenuti che sono presenti nel disegno di legge presentato dal mio gruppo.

Di fronte a queste constatazioni, di fronte al modo di affrontare i problemi, anche di affrontarli in maniera parziale, o addirittura in maniera reticente per i rapporti difficili e politici che esistono all'interno della Giunta regionale, di fronte a questo atteggiamento non possiamo altro che riconfermare il nostro voto negativo sul bilancio 1977.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pasquali.

PASQUALI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, alcune brevissime osservazioni. Mi pare che anche nell'occasione di questo bilancio stiamo constatando, e ciò si ripete per lo meno dal 1970, un tentativo che emerge anche da un dibattito interessante ed appassionato, come quello al quale abbiamo assistito oggi, che consiste nella ricerca di una definizione di un ruolo della nostra Regione. Puntualmente anche in questa occasione abbiamo assistito a tutta una serie di considerazioni, di osservazioni, di proposte, di valutazioni, anche molto spesso le une contrapposte alle altre. E credo che sia più che legittima la domanda che tutti quanti ci poniamo, anche perchè ci rendiamo conto che trattasi di un ruolo istituzionale e di un ruolo politico. E mi pare che il discorso più interessante, cioè la domanda più interessante emersa dal dibattito di oggi, è quella proprio che si riferisce ai compiti istituzionali della Regione, vale a dire ai compiti che lo Statuto di autonomia e le norme di attuazione, che ad esso hanno fatto seguito o stanno per fare seguito, attribuiscono, ed è un ruolo politico. Mi pare che da questo punto di vista ognuno ha espresso

la sua opinione; lo stesso signor Presidente nella sua relazione ha fatto alcune proposte che noi riteniamo molto interessanti. Per quanto riguarda il profilo istituzionale con espressione molto felice il Presidente ha trovato che fra le proposte più qualificanti e più politicamente motivate, ci sono quelle a livello di ordinamento ordinamentale; così le ha chiamate il Presidente e a questo aggettivo si è spesso richiamato nel suo discorso, nelle sue valutazioni. A me pare sia molto appropriata una simile caratterizzazione sul piano istituzionale delle competenze della Regione, anche perchè lungo il decorso storico, che ha visto Trentino e Alto Adige uniti nella loro unità politica, economica, ecc., le caratteristiche di ordinamento sono quelle che hanno coinvolto assieme le due Province: la struttura amministrativa, le caratteristiche dell'amministrazione, il ricordo di Francesco Giuseppe, il ricordo di un certo modo con il quale si assisteva all'ordinamento della scuola, si andava a scuola, si faceva la scuola, ecc., fanno parte di un patrimonio che, senza dubbio, ha caratterizzato le popolazioni della Regione, prescindendo dai gruppi linguistici che le componevano. Quindi queste competenze di ordinamento, che senz'altro risultano le più importanti fra quelle residue, non sono poche, nè di scarsa rilevanza. Questo mi preme doverlo ribadire. Solo che anche qui noi le vogliamo esercitare, ci sentiamo di esercitarle nel modo che riteniamo più opportuno e più conforme anche al nostro impegno politico. Per dir la verità qui ci troviamo di fronte ad una autonomia, che parte come caratteristica dal 1948, secondo la quale le funzioni di consiglieri regionali sono riferite alle stesse persone anche come consiglieri provinciali, e con il trapasso della maggior parte delle competenze dalla Regione alla Provincia abbiamo assistito a un travaso anche di responsabilità, di impegni, di impegni anche come tempo, di impegni anche proprio come

impostazione che fa riferimento alle nostre intenzioni, alla nostra disponibilità di attenzione a queste cose. Diciamo la verità, l'allargamento di tali competenze a livello provinciale ha costretto quasi tutti noi a fare uno sforzo molto sincero per considerare sempre più prevalente il nostro impegno provinciale nei confronti di quello regionale, anche come sollecitazione di ordine psicologico, e non ritengo che questa sia una cosa di scarsa importanza, ma credo che sia anche questa una valutazione da ricordare. Credo che da questo punto di vista anche le osservazioni che potremo farci, lo scambio di esperienze che potremo riferirci sono importanti, sono notevoli. Io non credo invece che, anche a livello di province, dove pur le strutture autonomistiche sono identiche, perchè il tipo di autonomia della Provincia di Bolzano è identico al tipo di autonomia della provincia di Trento, salvo per quanto fa riferimento ai problemi etnici e linguistici, e anche a livello di partiti politici presenti nella provincia di Bolzano e presenti nella provincia di Trento e che pur formano il corpo della rappresentanza consiliare, io non credo che ci sia uno scambio notevole di esperienze, di impegni politici, di valutazione sulle cose concrete, che in funzione delle stesse competenze nelle due Province si vanno esercitando. Io non credo che questo avvenga; non avviene purtroppo da noi, sono sincero, anche se ci eravamo proposti di farlo, e sarebbe enormemente interessante anche da questo punto di vista assistere a uno scambio di esperienza sul modo come esercitiamo la competenza in determinate materie che sono uguali; sarebbe oltremodo interessante confrontarci, misurarci, verificarci, scambiarci qualche opinione e qualche idea. Ma da questo punto di vista io credo che neppure negli altri partiti questo scambio di esercizi come forse, anzi come sarebbe giusto, proprio in un quadro molto ragionato.

Questo lo sostengo, lo ribadisco per dire che al di là di tutti gli sforzi che stiamo proponendoci, che stiamo cercando di esprimerci, per ridefinire o per dichiarare quale possa essere il ruolo della Regione dopo il nuovo Statuto di autonomia, credo che questo abbisogni anche di un impegno a livello psicologico, proprio per considerare quanto importante sia ancora una funzione residua che ha anche a livello dello stesso piano istituzionale. Quindi sul piano strettamente istituzionale le competenze sono quelle che sono; sul piano strettamente politico io non so se, a sei anni di distanza dalla emanazione del "Pacchetto" e quindi dell'avvio del processo di riforma dello Statuto, siamo obiettivamente nella condizioni di esprimere un bilancio, ma la proposta è venuta fuori, e io considero, al di là delle polemiche che possono intervenire o delle prese di posizioni a volte notevolmente contraddittorie o contrapposte, io considero il dibattito di oggi un dibattito molto interessante, perchè molto libero, molto partecipato. Questo tentativo di ricerca è esistito, interviene solo una volta all'anno, purtroppo, questo lo dico anche per noi, ma è intervenuto forse più puntualmente, forse in termini di maggiore incidenza, in occasione di questo dibattito. La prima domanda che mi viene di fare, dopo aver sentito tutto quello che ho sentito questa mattina, proprio soprattutto nei confronti di coloro che hanno così decisamente diviso il ruolo istituzionale delle competenze residue che la Regione ha dal ruolo politico che la Regione potrebbe avere, la prima domanda, — e qui credo sia un punto fondamentale di discorso da porsi al quale dare la risposta non oggi, ma darcela nel senso di una ricerca da approfondire, anche in termini di maggiore riflessione alla portata di tutti —, la prima domanda è se sia possibile un ruolo politico diverso da quel tanto di politico che è contenuto nei limiti istituzionali che una competenza ha e

dispone. Questo mi pare sia un punto fondamentale: è pensabile che noi si vada a ricercare una funzione politica di questa Regione molto importante nei limiti e nei modi come è stata espressa e indicata questa mattina, ma che debordi in termini sostanziali da quello che è il limite, che di politico, perchè tutto è politico, è contenuto nelle competenze residue che alla Regione sono attribuite e che non sono poche. Questo a me pare sia molto importante, e a me pare che a questo riguardo sia necessario un notevole sforzo di riflessione. E quando dico quadro politico in funzione di una competenza, evidentemente non possiamo rifiutare che a livello di Consiglio regionale si parli di qualunque cosa, e si esprima qualunque valutazione, perchè tutto è politica, perchè è dovere nostro cercare di esaminare, di interpretare, di riferire, ma un conto è fare politica a livello di un confronto di idee, di fare politica a livello proprio per ricercare l'occasione così importante come quella del Consiglio regionale, anche per un dibattito il più ampio e generale, ma che sia abbastanza fine a sè stesso, e un conto è che questo dibattito così importante e così interessante trovi un riscontro puntuale nelle competenze che si vanno esercitando. Mi pare che questo sia un aspetto molto interessante e importante, che ci dobbiamo porre; ci dobbiamo porre anche per non avvilire e umiliare niente, per non dare ad alcuno il pretesto di dire che non si è fatto niente o che si fa troppo. Perchè questo si è sentito oggi: Presidente, sei stato preso esattamente fra due fuochi, in contrapposizione proprio di un discorso politico non chiaro, un po' ambiguo, da una parte vuoi fare troppo, nel senso che attribuisce troppo o vuoi attribuire troppo di funzione a questa Regione, dall'altra parte invece sei un rassegnato, sei un pover'uomo, che cerca di vivere alla giornata. Questo mi pare, cari colleghi consiglieri, che sia uno degli elementi,

uno dei punti fondamentali, nei limiti che io stesso mi pongo, e con ciò io sostengo che al Consiglio regionale non può essere inibita alcuna volontà, alcuna limitazione ad esprimersi politicamente nei termini e nei modi che vuole, ma questo confronto politico e questa capacità che vuole recepire, deve poter però riceverla a un quadro istituzionale, almeno una parte di questa possibilità o capacità del discorso politico che ha. E' confermato che stamattina da questo punto di vista ne abbiamo sentite un po' di tutti i colori, e lo dico con il massimo rispetto nei confronti di coloro che hanno parlato, ma lo dico anche in senso critico nei confronti di quello che noi cerchiamo di proporci come quadro politico istituzionale della Regione. Perchè si è andati dal collega Jenny, il quale, oltre a tutte le altre considerazioni interessanti di un ruolo culturale della Regione, di un ruolo di programmazione, ha parlato anche dei rapporti con l'autorità dello Stato in un discorso interessante da questo punto di vista, ripreso poi dal collega Virgili in una prospettiva diversa, mi pare abbastanza sostanzialmente diversa da quella del collega Jenny, si è andati al discorso del collega Crespi, il quale considera la non funzione o la non ricerca di un ruolo regionale in una ipotesi di scarsa difesa nei confronti del gruppo di lingua italiana, cioè mi pare abbia detto di una bistrattata minoranza nell'ambito della provincia di Bolzano. Anche questo, Crespi, è un discorso molto difficile, molto delicato, che io rifiuto nei termini come è stato proposto, perchè, se così fosse, veramente darei un'insufficiente capacità all'azione politica che stiamo svolgendo, azione politica che, anche se non soddisfacente e anche se piena di insidie, conduciamo avanti secondo quel disegno che questo tipo di autonomia, anche a livello delle Province, soprattutto a livello delle Province, propone alla nostra attenzione e al nostro impegno, e che è

un disegno certamente di tempi non brevi, è un disegno di tempi lunghi, i cui risultati noi crediamo di poterli vedere, perchè crediamo ai valori per i quali abbiamo combattuto, per i quali lottiamo anche in una prospettiva non molto vicina, anche con riferimento a quanto diceva il collega Virgili, che ha parlato con una intensità dialettica molto sentita ed esprimendo delle valutazioni molto interessanti. Ma anche qui, caro collega Virgili, non si tratta tanto di assegnare un ruolo non convinto al discorso del Presidente, quanto di necessità e di esigenza di uscire da una certa ambiguità formata di parole, e con ciò io non voglio dire che il discorso di Virgili, che è stato un discorso importante, sia stato un discorso ambiguo, ma è quel discorso — ecco che inserisco questo inciso per riproporlo — ricco di parole, ricco di valutazioni, ricco anche di osservazioni critiche sulla politica, sul modo di fare politica, su di una ricerca culturale, su di una fantasia di modello politico, di cui si sente tutto l'impegno, di cui dobbiamo sentire molto l'impegno, ma un po' lontano, mi permetto di dire da quell'esigenza anche di pragmatismo politico, che sempre più anche nel nostro Paese, dobbiamo sentire la necessità di esprimere. Noi siamo famosi per essere notevolmente abili nell'avere una fantasia politica e anche una fantasia culturale, legata a quella politica; siamo molto meno abili come espressione di gruppi, come espressione di popolo, — e queste sono valutazioni che dobbiamo avere la capacità di farci nel senso più buono, nel senso più sentito, nel senso più vero della parola —, siamo molto meno abili a recepire in forma pragmatica e concreta quelle talune valutazioni che emergono come esigenza di impegni immediati, di impegni sicuri, di impegni magari gradualmente puntuali, nella misura in cui proprio sono necessari ad andare avanti. Questa era un'osservazione di fondo che noi volevamo fare.

Ripeto ancora una volta — ed ho finito subito — che dobbiamo portare pazienza, anche di fronte al discorso che ha fatto Benedikter, e non completerei la mia analisi se non tenessi conto anche di quello che ha detto Benedikter, il quale, di fronte alle valutazioni che ha fatto il Presidente, ha cercato di liquidare tutto, dicendo: ma noi fondamentalmente alla Regione non crediamo, per noi la Regione è un qualche cosa che è derivata da un accordo, ma per noi la Regione così come è predisposta è un qualche cosa in più, e se anche non ci fosse tutto andrebbe molto bene. Il cons. Benedikter ha sempre il pregio, nei confronti di tutti di dire sempre quello che pensa, e che questo Benedikter lo pensasse non credo sia una verità che ci è stata rilevata questa mattina, evidentemente. Ha detto...

(Interruzione)

PASQUALI (D.C.): Lo fa pensare agli altri che l'abbia detto stamattina, però io certamente non mi sono sorpreso di questo. Ma, tornando a queste valutazioni complessive che sono state espresse, io ritorno ancora di più e con maggiore convinzione a pensare che la Regione è quello che è e che gli impegni che derivano dall'esercizio delle funzioni istituzionali che sono definite dallo Statuto di autonomia sono importanti e che il quadro politico che ne deriva proprio da queste funzioni, anche fine a loro stessi, sono altrettanto funzioni importanti. Basta pensare un pochino all'ordinamento dei comuni, agli enti locali, e mi pare che è una delle espressioni di maggiore interesse nel quadro regionale che la Regione si accinge a fare; mi pare che tutti o larga parte dei consiglieri hanno rilevato una preparazione attenta, precisa, impegnata di quel discorso lì. Ma proviamo a pensare solamente agli enti locali: nel momento in cui riconosciamo alle amministrazioni difficol-

tà di ordinamento, le difficoltà di ordinamento si riferiscono anche alla funzione del Comune, che è uno spazio troppo stretto, alla funzione della Provincia, che è uno spazio troppo largo, all'esigenza, alla incompletezza, lo ricordava prima Sfondrini, delle funzioni della rappresentanza comprensoriale, che sta per diventare per esigenza, per sollecitazione delle cose e dei problemi, uno spazio proprio determinante e che questo spazio, per eliminare tutte quante le incongruenze di carattere politico di rappresentanza politica, di funzionalità di giusto rapporto fra maggioranza e minoranza, aggiungo fra maggioranze e minoranze linguistiche, oltre che politiche, può trovare un riferimento preciso ed attento in quello che saremo capaci di ritrovare e di definire a livello regionale. Basta solo questa competenza per darci uno spazio, oltre a quella della riforma sanitaria e io non sto qui a far perdere altro tempo, per rilevare quanto ancora talune di queste competenze trovino un aggancio istituzionale e politico notevolmente interessante e che deve andar bene per tutti, perchè questa è la legge, è lo Statuto di autonomia che lo dispone e deve andar bene anche per Benedikter. In questo limite, se ci muoviamo con impegno e con interesse, è il quadro giusto entro il quale potersi muovere, entro il quale essere nelle condizioni ancora di poter andare avanti senza troppi affanni, ma con la capacità che ci può essere lasciata ancora ad esprimere una nostra precisa attività e una nostra funzione.

Ecco, queste alcune considerazioni che io volevo fare. Presidente, te ne stai per andare, questo lo hai scritto nella tua relazione, a noi sinceramente dispiace di questo, perchè credo che per lo meno dalla tua relazione sia emerso, oltre molti punti che non hanno trovato soddisfazione a livello dei gruppi, uno dei tentativi più seri che siano stati fatti fino a questo momento per porti degli interrogativi;

evidentemente anche la Giunta se li pone a livello problematico. Chi è sicuro delle cose che andiamo dicendo in questo terreno così minato? Sono valutazioni che si esprimono, che vanno corrette, che vanno ridimensionate, che sono la base di un dibattito molto serio. E io non credo che Mengoni meritasse queste alcune critiche che sono state fatte da alcune parti in termini ancora contrapposti, di rassegnazione, di tono dimesso, di tono così, oppure di tono un po' troppo prepotente, un po' aitante nell'esprimere le cose, o arrogante addirittura. E' saltata fuori la solita arroganza del potere, la lottizzazione, tutte queste cose che veramente, sinceramente non fanno parte di questo discorso politico, carò Virgili! Non puoi obiettivamente, non puoi....

VIRGILI (P.C.I.): (Interrompe).

PASQUALI (D.C.): ... Non puoi nelle serietà del discorso che stiamo conducendo e che è difficile, obiettivamente difficile, porre a monte, come precisi adesso, il discorso della lottizzazione politica, il discorso della divisione del potere; guarda che è vero, io l'ho detto tante volte, siamo colpevoli di una infinità di cose, nella vita di questo Paese, l'abbiamo riconosciuto, io l'ho sempre riconosciuto questo, ma crediamo anche e possiamo chiedere anche uno sforzo di intelligenza, uno sforzo di compartecipazione responsabile al di là di alcune cose; certo che su una base di valutazione di discorso politico, nei confronti del gruppo di maggioranza di lingua tedesca che c'è in provincia di Bolzano, noi dobbiamo prestare molta più attenzione di quanto dobbiate o possiate prestare voi e questo mi pare che sia molto logico, che sia molto evidente, che sia anche necessario da parte nostra.

Ecco, io ho finito, signor Presidente, ho detto quelle alcune cose che, a nome del mio gruppo,

cercavo di dire, attendendo la sua risposta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Penso che dopo quanto abbiamo ascoltato, il mio discorso potrebbe limitarsi a una presa d'atto delle dichiarazioni di tutti i colleghi, e non a caso avviene come ultimo nella discussione generale. Potrei anche fare della facile ironia, perchè, dopo aver ascoltato i discorsi della stragrande maggioranza dei colleghi dei partiti del cosiddetto arco costituzionale, a me non resta che constatare come la maggioranza di detti partiti definisce l'attuale Regione un fallimento. E ho ascoltato discorsi che, per la verità, mi si perdoni la presunzione ed eventualmente il ricordo, i colleghi del gruppo del M.S.I. hanno tenuto in quest'aula come a Trento da vent'anni a questa parte, perchè la situazione è quella che è, come diceva poc'anzi il collega Pasquali, ma perchè dal giorno in cui si è cominciato e si è alzata la bandiera del "los von Trient", si è andati avanti con una certa politica e si è raggiunto un certo traguardo, che era nè più nè meno che il traguardo voluto dalla S.V.P., la quale una volta di più questa mattina, con la franchezza e la fermezza che la contraddistingue quando prende certe posizioni, soprattutto tramite il suo più qualificato rappresentante, dott. Benedikter, aveva detto allora chiaro e tondo che la Regione non la interessava e non la riteneva il mezzo idoneo per risolvere i problemi per cui da tanto tempo combatteva la sua battaglia e oggi, dopo aver ottenuto il "Pacchetto", grazie all'apporto di tutti i partiti, ad eccezione del M.S.I., a maggior ragione può dire che la Regione non serve a niente, e è inutile definirla "cerniera", è inutile definirla "un ponte", è inutile definirla "uno strumento di equilibrio" che non equilibria un bel niente, perchè tanto la vita nella Regione si svolge autonomamente nelle due Province, che si

ignorano a vicenda e che non hanno nessuna possibilità, salvo qualche rara occasione come quella della discussione del bilancio della Regione, di ritrovarsi, per constatare che cosa? Per constatare quello che questa mattina molto egregiamente il collega Jenny, in ottimo italiano — mi compiaccio con lui, e non lo dico, collega, per muoverle un appunto, ma fa piacere ascoltare un bel discorso con il rispetto della *consecutio temporum* e con il rispetto degli aggettivi qualificativi — quello che il collega Jenny questa mattina ha definito così egregiamente; addirittura il collega Jenny si è spinto in certe valutazioni, in certe critiche, che hanno investito i rapporti stessi fra la Regione e lo Stato e, constatando la situazione di crisi più generale che domina il Paese, ha rilevato con rincrescimento la carenza dell'autorità dello Stato; addirittura ha affermato che la vera difesa delle minoranze si può ottenere e si ottiene quando funziona lo Stato e quando l'autorità dello Stato viene degnamente esercitata. E mi permetto di dire al collega Jenny che sottoscrivo pienamente questo discorso; con ciò non voglio dire che esso è un discorso di destra, ma è un discorso che si riferisce a uno stato di diritto che è scomparso in Italia; e con questo credo di potermi esimere da altre constatazioni che il suo intervento brillante ha posto di fronte a tutti noi. Io ho letto, signor Presidente, la sua relazione, e mi permetta di scusarmi se non l'ho potuta rileggere e approfondire, perchè mi è stata consegnata questa mattina, e non per colpa mia, ma devo dirle con tutta franchezza che essa poteva essere sintetizzata, non nelle 24 cartelle che lei ci ha presentato, ma poteva essere sintetizzata almeno nella metà, perchè tutto il resto è una sovrastruttura, e non me ne voglio, ma devo dire che molta parte di essa è quella che comunemente si può chiamare la "sagra delle parole". In fondo io posso capire il suo stato d'animo, lei si era presentato a noi circa un anno

fa con ben altri propositi e con ben altra veste; oggi ci lascia dopo pochissimo tempo e capisco anche che vi sia la necessità in qualche modo di giustificare questo atto politico. Sta di fatto che anche il suo passaggio, il suo ritorno alla Provincia è una dimostrazione da parte del partito della D.C., cui lei ha l'onore di appartenere, di non avere per la Regione quell'affetto, quel rispetto, se mi si consente, che era lecito attendersi dopo che il suo predecessore l'aveva definita addirittura "l'ente pensante". Lei capisce quale impegno vi eravate assunti. Ora cosa avete pensato durante questo periodo? Ma da parte nostra lei capisce è molto semplice, molto facile, ma non per partito preso, non creda che in noi sia prevalente la componente della critica per il gusto della critica e soprattutto essendo noi anti-regionalisti convinti traiamo facile motivo da certe situazioni per confortare i nostri asserti e le nostre posizioni ideologiche, no, è la realtà dei fatti che ci pone davanti agli occhi la sua Regione, la Regione della D.C., che ci fa dire in effetti, ci fa concordare con coloro che definiscono la Regione ormai inutile. 20 miliardi, di cui il 97 per cento sono soltanto spese correnti, e basterebbe questo dato perchè la nostra posizione di opposizione fosse giustificata. Ma io debbo rivolgermi evidentemente anche agli altri partiti che si sono espressi attraverso gli interventi del collega Virgili; i comunisti hanno fatto addirittura il richiamo all'unità dello Stato, all'unitarietà e al fatto che l'Italia è uno stato unitario e nazionale. Io questa mattina ho sbarrato gli occhi di fronte a certe affermazioni del collega Virgili, il quale perentoriamente, come è costume dei comunisti quando danno lezione, si rivolgeva alla S.V.P. ricordando che fanno parte niente po' po' di meno che di uno stato unitario e nazionale, e mi sembrava di aver colto qualche accento che derivava magari dalla valorosa battaglia combattuta nel 1946 in sede

di costituente, quando voi comunisti e anche i socialisti non eravate proprio dei convinti autonomisti e dei convinti fautori del potere regionale e delle Regioni. Pensavo che ne traesse le debite conclusioni; viceversa poi si è perso nelle solite affermazioni di rapporti

VIRGILI (P.C.I.): (Interrompe).

MITOLO (M.S.I.): Collega Virgili, scusi, io non ho l'abitudine di interrompere nessuno. Lei può parlare per fatto personale se le cose non sono esatte, prenda la parola quando le compete e abbia la compiacenza di ascoltare.

Il collega Virgili quindi poi si è perso nelle solite valutazioni, che vengono definite dal collega Pasquali "interessanti interventi", ma che per conto mio fanno soltanto corona alla sagra di chiacchiere che, come al solito, in certe occasioni viene espressa in seno ai dibattiti sui bilanci delle Regioni. E altri colleghi sono intervenuti citando la situazione di crisi più generale che ha investito il nostro Paese, sia sul piano economico, sia per quanto concerne in modo particolare la situazione dell'ordine pubblico. E va bene, il bilancio ci può consentire di divagare su tanti argomenti e oggi sentiamo tutti la necessità di dire qualche cosa su questa situazione; ebbene, questa situazione, cari colleghi, non è il frutto capitato asproposito, un frutto piovuto così senza alcuna preparazione, una bomba che ci è scoppiata fra le mani, ma sono anni che questa situazione va maturando, sono anni che teniamo certi discorsi e facciamo certe valutazioni, a volte chiamandole strategia della tensione, a volte chiamandole strategia degli opposti estremismi, poi come oggi qualcuno osa affermare, ho ascoltato il collega Avancini, osa affermare che la violenza quando c'è bisogna chiamarla col suo nome e cognome, poi non mi è piaciuto nella conclusione, perchè si è contraddetto, perchè oggi non c'è

dubbio che la violenza ha un nome e cognome preciso: si chiama violenza marxista, caro Avancini, e è inutile voler poi girare attorno a nascondersi dietro il dito, per concludere che, comunque, la si può chiamare fascismo. Questo io lo rilevo non per fare un appunto personale, lo rilevo perchè è la dimostrazione di un modo di pensare che è purtroppo semplicistico, che non è, mi consenta il collega Avancini, che non è assolutamente all'altezza della gravità del tema. Dobbiamo smetterla di prenderci in giro, caro Avancini, e dobbiamo dire e fare ogni sforzo perchè trionfi soprattutto il rispetto della verità, che è la condizione prima perchè vi sia poi l'altro trionfo, altrettanto importante, della libertà.

E che dire poi dell'intervento del collega Sfondrini? I socialisti si trovano un po' a disagio da un po' di tempo a questa parte, perchè non riescono, specie in Regione, ad ottenere e realizzare certi sogni che hanno tenuto nel cassetto per tanti anni e non riescono ad arrivare alle soglie del potere, dopo di che assumono certe posizioni di intransigenza e scoprono persino magari le difficoltà del gruppo linguistico italiano in provincia di Bolzano, dopo essere stati anch'essi fautori, collaboratori, cooperatori di una politica che li ha portati, attraverso le norme di attuazione, attraverso il "Pacchetto", alla situazione che tutti possiamo toccare con mano. Mi sembra che da quanto essi hanno esposto vi sia sì un accenno critico, una valutazione critica negativa, ma non vi sia, come sarebbe dovere loro, la capacità di trarne la conclusione: quando si fa la critica a questa situazione si deve avere il coraggio di dire come dice Benedikter, come diciamo anche noi da tanto tempo in sostanza che la Regione l'avete distrutta nel momento stesso in cui credevate, per ascoltare e dare credito alle richieste della S.V.P. e del gruppo di lingua tedesca, di sviluppare l'autonomia delle Province. Il famoso quadro, una volta che esso è stato ristretto alla

provincia di Bolzano e alla Provincia di Trento, è la causa prima dello svuotamento e politico e amministrativo della Regione, non c'è dubbio. E' inutile che noi continuiamo a farci dei grandi discorsi per esaltare una funzione dell'ente pensante e la funzione della "cerniera" e di equilibrio; la realtà è questa: la politica la fanno le due Province, assolutamente senza nessun controllo, perchè glielo consente proprio il quadro istituzionale, la legge costituzionale, si fa addirittura politica estera. Se prendiamo la provincia di Bolzano addirittura, molto spesso ha dei contatti e ha delle iniziative in campo internazionale, di collegamento; sappiamo tutti, Magnago, Benedikter e gli altri, quante volte non vanno a Vienna, a Innsbruck e prendono le loro decisioni autonomamente. E' consentito, quindi da questo punto di vista non so quale cerniera possa rappresentare la Regione. Quindi in questa situazione nella quale ci veniamo a trovare, è inutile lamentarsene una volta che l'abbiamo creata e procurata. O abbiamo il coraggio di dire "le cose così non vanno e quindi bisogna con un tratto di penna, con una modifica statutaria, con quello che volete, eliminare questa sovrastruttura", oppure bisogna fare buon viso a cattivo gioco e accettare così com'è e non ha alcun valore lamentarsi di ciò di cui si è responsabili. Io devo dire con tutta schiettezza, mi dispiace che non sia presente, che il dovere di avvocato d'ufficio svolto dal collega ing. Pasquali lo concepisco soltanto come dovere d'ufficio, ma se dovessi dire di avere effettivamente potuto cogliere nel suo intervento quel qualche cosa, quella scintilla, quell'attimo di fantasia che poteva in qualche modo risolvere questo nostro dibattito, per darci la possibilità di valutare un po' positivamente l'azione della Giunta regionale e l'azione sviluppata dalle forze politiche che la sostengono, direi cosa non esatta. La D.C. è in una posizione difficile, lo sappiamo, è difficile convivere con la S.V.P., a

chi lo dite! Ma a un dato momento bisogna anche avere il coraggio e la forza di porre dei punti fermi e di agire nell'ambito nel quale la Costituzione e la legge ci consentono di agire, perchè i propri diritti e le proprie valutazioni abbiano il rispetto e abbiano la possibilità di sviluppo che esse meritano. Io vedo, purtroppo, troppo spesso, sempre, la D.C. che soffre di questo complesso, che soffre soprattutto in provincia di Bolzano. Checchè se ne possa dire, checchè se ne pensi, la situazione del gruppo linguistico italiano, ormai lo rilevano persino gli uomini di sinistra, ed è un fatto importante, me ne compiaccio, è sempre più delicata e difficile, e non ho bisogno di dilungarmi, perchè tutti i giorni potete cogliere dai giornali motivi che confortano queste tesi.

Ora c'è il grande problema della sistemazione della RAI-TV. E questo è un argomento sul quale evidentemente bisogna stare con gli occhi aperti, ma è uno dei tanti motivi che ci rendono perplessi e ci preoccupano. Io non vorrei dilungarmi oltre, anche perchè penso che non ne valga proprio la pena, e come ho detto all'inizio, mi limito a prendere atto che, in sostanza, molti dei colleghi che mi hanno preceduto, ascoltandoli questa mattina, m'è parso di vederli come davanti al muro del pianto. Certo è triste, dopo circa 30 anni, e nel momento in cui vengono celebrati con il dovuto clamore i patti De Gasperi-Gruber, dover assistere a un dibattito come questo, che si può definire anche ad alto livello, ma è un dibattito che, ancora una volta, dimostra come la soluzione che si è voluta dare al problema della convivenza e al problema della Regione Trentino-Alto Adige, non sia certo una soluzione positiva. Concludo dicendo che noi non approveremo il bilancio, sia per motivi di carattere politico di ordine più generale, sia perchè un bilancio che presenta ben 20 miliardi, di cui il 97, 4 per cento sono soltanto spese correnti, in una situazione quale è quella attuale,

a noi sembra veramente anacronistico e fuori tempo.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

MENGONI (Presidente G.R. - D.C.): Signori consiglieri, a conclusione di questo dibattito, vorrei ringraziare coloro i quali, pur non essendo intervenuti sullo stesso, hanno dato la loro partecipazione attenta, ma soprattutto vorrei ringraziare quei consiglieri che, prendendo la parola, hanno collaborato, anche se in maniera contrastante, in modo estremamente intelligente e prezioso. Di proposito ho ritenuto opportuno ribadire nelle dichiarazioni programmatiche i risultati delle mie riflessioni sulla nuova realtà della Regione. E ciò non soltanto per verificare una situazione che si avvia a non irrilevanti mutamenti sul piano istituzionale, ma anche per sollecitare, nella sede naturale del dibattito e del confronto politico, una approfondita meditazione su questi temi, al fine di rendere meno sfocata l'immagine di questa Regione del "dopo Pacchetto", che è ancora alla ricerca, a mio avviso, di contorni più precisi e più concreti per la sua identità. Mi è sembrato, in altre parole, assai poco realistico ritenere che un disegno sicuramente lungimirante, come è stato quello del costituente, ma concepito all'inizio di un ciclo politico estremamente delicato, non dovesse essere attentamente verificato alla luce di eventi e di esperienze realizzatesi nel corso di metà legislatura. Io credo che il cons. Pasquali — e qui non me ne vogliate se faccio questo accenno — credo che il cons. Pasquali abbia, forse in modo più pertinente, inquadrato quanto meno quella che era la mia intenzione, facendo una opportuna distinzione, una opportuna divisione fra il ruolo politico e quello istituzionale della Regione. Il mio, ripeto, è stato un tentativo a livello problematico di far emergere

un qualche cosa che rendesse meno sfocata la Regione come oggi, e debbo dire che, sotto questo profilo, forse è venuta a mancare nella discussione una adeguata risposta. Evidentemente, vede, cons. Mitolo, io la ringrazio di non avermi dato il suo consenso, perchè altrimenti non mi sarei salvato probabilmente dal pericolo di essere esclusivamente in linea con il suo partito. Sono d'accordo con lei che le 26 pagine potevano anche essere ridotte a 16, ma a me interessavano le prime 16, le altre fu un dovere d'ufficio. E mi rendo perfettamente conto che non tutti appartengano al popolo dei giuristi, di coloro che tentano di comprendere la problematica costituzionale, ma appartengano i più al popolo dei navigatori. Mi rendo perfettamente conto. E il tentativo di prospettare una problematica, che evidentemente è allo studio di ingegneria istituzionale ancora, ma entro i limiti di quei poteri ordinamentali che sono riconosciuti alla Regione, mi rendo perfettamente conto che non può essere, questo tentativo, immediatamente recepito, perchè presuppone ovviamente l'acquisizione di strumenti di base che esigono un ripensamento, esigono uno sforzo. Che dire di questo ruolo della Regione? Pensando oggi e sentendo vari interessanti interventi, sul piano direi però generale, che mi hanno dato nuove idee, io direi che ci sono stati in questo dibattito sulla Regione due tipi di atteggiamento, distinti e forse anche fra di loro contraddittori, che mi sembrano entrambi poco rispettosi della realtà. Sia pure con semplificazione estrema e quindi con riduzione obbligata della loro complessità, essi, sotto il profilo del ruolo politico, si riassumono da un lato nell'atteggiamento di quanti ritengono che si debba caricare di effetti, sia pure nella misura del possibile, il ruolo della Regione, anche se forse soprattutto attraverso un farle fare comunque qualche cosa. Di contro sta l'atteggiamento di coloro che ritengono che la Regione sia

ormai solo e soltanto una sovrastruttura, come a chiare note ha detto il cons. Benedikter, cioè un fatto che, comunque lo si voglia considerare, non può più esprimere nulla di positivo per il futuro. Da questa varianza di atteggiamenti deriva una diversità in linea politica, che, sia pure sul fondamento di un giudizio comunque negativo sul passato regionale, questo mi è parso di intendere, propone da un lato di favorire un risveglio della Regione anche come fatto politico di governo, e dall'altro, di contro, il suo completo abbandono fino a farne sparire in qualche modo la stessa idea nelle popolazioni. Io ritengo, sulla scorta di ragionamenti importanti fatti in questo Consiglio, e per non equivocabili segni di qua e di là dal Brennero, che queste tesi estremizzanti, siano entrambi sbagliate, e che ogni giorno di più si dimostri la loro infondatezza. Un fatto che, a mio avviso, sta emergendo con chiarezza crescente in questi ultimi anni, è quello della ricerca spontanea di nuove occasioni di incontro e di aggregazioni particolari, quest'area nodale dell'Europa, e ciò con iniziative che corrono piuttosto lungo lo spirito che non lungo la lettera della legge, che vivono i confini in termini di incontro piuttosto che di divisione, che sentono in termini di contributo e non di contrapposizione la ricca realtà delle differenze etniche. Questo processo in atto è, a nostro avviso, un fatto importante e irreversibile dell'Europa e interessa ormai non soltanto la parte libera e democratica dell'occidente, ma anche quella oscura e liberale dell'oriente socialista. Questo processo il quale, a mio avviso, ci dovrebbe, con ogni probabilità, concentrare con maggiore attenzione e comunque fuori dai condizionamenti delle prevalenti problematiche statuali, ha bisogno per il suo crescere di utilizzare tutti gli istituti giuridici della rappresentatività popolare, convogliandoli a fini di unione e di intesa, facendone, in altre parole, strumenti e canali per nuovi contatti, per

nuovi incontri, per nuove mediazioni; contatti, incontri e mediazioni che non nascono nel nostro continente all'insegna della casualità, tanto meno del capriccio politico. L'Europa non è un'entità astratta fuori dal tempo; essa è segnata da situazioni storiche, da simboli, da retaggi e tradizioni di cultura, che, se pure in desuetudine, non sono tuttavia morti. E' probabilmente lungo questi tracciati, senza peraltro cadere in tentazioni controriformistiche, oggi non proponibili, che a mio giudizio ci si deve orientare e che si debbono orientare gli istituti partecipativi, di cui oggi si dispone.

Non quindi una Regione che va caricata di effetti, soprattutto nel campo amministrativo e del Governo, ma nemmeno però una Regione che va presentata come un cadavere: un punto di riferimento, quindi, politico e di mediazione politica fra rappresentanti popolari trentini e sudtirolesi, nel contesto di altri contatti e di altre relazioni tutte orientate alla ricerca della integrazione e della pace. Sono problemi questi che fanno in qualche modo pensare, signori consiglieri, e che fanno soprattutto pensare i sudtirolesi in qualche modo e che incombono anche, per altro verso, io credo, e forse in modo anche più preciso e pertinente sui trentini, portati forse oggi e per ragioni oggettive ad eludere o, comunque, a sentir meno questa tematica e quindi a correre il rischio di subire un impoverimento sia in termini culturali come in termini di capacità propulsive e di disponibilità concrete per la costruzione della propria personalità comunitaria. Il nuovo capitolo della Regione potrebbe probabilmente stare anche entro questi vasti confini, quelli cioè di contribuire e orientare verso nuove occasioni di intesa, e operando in modo che a questi appuntamenti non manchino parti che sono state essenziali nella storia. Questo per quanto riguarda il ruolo politico.

Per quanto riguarda il ruolo istituzionale, io

ribadisco ancora, ed è una mia riflessione alla quale però non ho sentito dare puntuale risposta se non sul piano generale, credo che l'impronta dominante di questo nuovo volto che la Regione deve acquisire, sia riconducibile ai cromosomi statutari; una autonomia tripolare di una Regione e di due Province nell'ambito politico costituzionale, uno ed indivisibile della Repubblica italiana. E' ovvio, certo, che questo è il mio punto di vista, e quindi non può essere altro che quello, perchè quando mi sento dire, come mi ha detto il cons. Mitolo e altri, che mi sono discostato da quanto ebbi ad affermare sei mesi or sono e non un anno fa, io mi domando se effettivamente i consiglieri hanno potuto leggere, hanno avuto modo di leggere, hanno usato la correttezza di leggere le dichiarazioni di allora, perchè le dichiarazioni programmatiche di oggi altro non sono se non l'ampliamento, un passo in avanti delle dichiarazioni programmatiche di allora.

(Interruzione)

MENGONI (Presidente G.R. - D.C.): Ma così trovo scritto, io poi non ho registratore qui, ma lei mi ha detto che non abbiamo fatto passi in avanti. Al cons. Benedikter, col quale mi scuso, ma al quale debbo una risposta, anche se non c'è, mi scuso perchè forse la traduzione non mi ha consentito di afferrare appieno quello che è stato il suo pensiero, che doveva essere anche un pensiero interessante se ha scomodato Tommaso d'Acquino, con la forma e la sostanza, e credo che alludesse al passo "quanto perfectior forma advenit fit corruptio prioris", credo, perchè diversamente non c'era una distinzione —, al cons. Benedikter vorrei mettere in evidenza, affinchè il mio pensiero non sia frainteso, che è pieno intendimento della Regione, non soltanto di rispettare, ma altresì di promuovere e favorire tutte le condizioni che rendano effettiva e

operante l'autonomia della Provincia autonoma di Bolzano e in particolare del gruppo di lingua tedesca, che ha costituito la ragione politica e civile più importante per la concessione di questa autonomia. E desidero, peraltro, ribadire che la Regione per la sua stessa funzione istituzionale non può essere disattenta all'esigenza che questa autonomia non si trasformi in un dato autarchico puramente statico. Questa prospettiva, a mio avviso, non si concilia nè con il significato di una unità politica, da nessuno mai messa in discussione, nè con il complessivo disegno costituzionale. Tutti dobbiamo essere, credo, preoccupati del pericolo che una cristallizzazione del processo autonomistico non si traduca in una sostanziale progressiva erosione qualitativa e vorrei dire anche quantitativa della autonomia. Per questa via si creano non delle comunità vive, ma dei corpi separati, e l'autonomia va progressivamente in letargo. Fra i segni dell'evoluzione sociale emergono, come è stato ribadito oggi in questa sede, nell'epoca presente, quelli del pluralismo e della partecipazione; credo che il loro recepimento sia un dovere e un obiettivo politico di tutti coloro che operano responsabilmente nell'ambito territoriale della Repubblica italiana, sotto il segno della medesima costituzione. Non c'è dubbio, pertanto, che questa attenzione al cambiamento sociale deve avvenire, e non soltanto in Alto Adige, con il rispetto dei connotati peculiari, dei modi e dei tempi suggeriti dalle culture di ciascuna comunità interessata, e proprio nell'autonomia trovano lo strumento per poter attuare il loro rinnovamento. La Regione nel proprio ruolo, che io ho definito di coscienza critica dell'autonomia, non intende preoccuparsi tanto dei contenuti che costituiscono patrimonio delle singole entità autonome, quanto del metodo, al cui rispetto anch'essa è chiamata in prima persona ad operare.

Anche per quanto concerne il problema

accennato questa mattina delle deleghe, il pensiero della Regione mi sembra sia stato espresso in modo sufficientemente chiaro, e comunque tale da non poter generare equivoci. L'art. 18 del nostro Statuto è presente agli occhi di tutti e la Regione non intende essere seconda a nessuno nel volerlo rispettare. Farei torto alla intelligenza di chi mi ascolta, se mi soffermassi a domandare se esiste una differenza tra delega normale e delega obbligatoria, e se la Regione può tollerare che le sia eventualmente imposto da altri quando ricorrere e quando no alla delega di funzioni che sono inscindibilmente proprie. Pernon parlare della utilizzazione degli uffici, che pure l'art. 18 prevede. Ma il problema, a mio giudizio, qui è un altro, ed è reso evidente dal riferimento che ho effettuato al fatto che non si può pensare per delega. Esistono delle strutture sottostanti all'esercizio delle funzioni ordinarie, che non sono amministrative; esse si compendiano nello studio dei problemi, come è avvenuto e doveva avvenire per la cooperazione, della documentazione, della ricerca nell'informazione e, se vogliamo, anche della promozione di questa operazione. E' lo spazio sottostante, ripeto, all'esercizio del legislativo, ad esso finalizzato, che la Regione deve gestire in prima persona, così come in prima persona gestisce il legislativo. L'esempio del resto delle camere parlamentari al riguardo è illuminante. E' in questa prospettiva che ho detto, e ribadisco, che qui si gioca l'effettivo destino della Regione: chi intende affossare la Regione eserciti pure le proprie legittime iniziative politiche, ma si assuma anche le conseguenti responsabilità. La Regione, dal canto suo, fino a quando l'attuale assetto costituzionale non venga mutato, difenderà le proprie prerogative con ogni legittimo mezzo a proprio disposizione.

Al cons. Virgili e per quanto ha formato oggetto del suo intervento, devo dire: lei sa, cons. Virgili, che io ho una grande stima di lei e

che l'ho sempre considerata un attento, particolarmente sensibile e dentro limiti anche comprensibili, direi anche un obiettivo esaminatore dei problemi che vengono dibattuti nelle assemblee elettive; oggi però ha un po' sfumata questa impressione che io avevo e forse si è discostato da una logica che non le è consueta e che ha contribuito a creare un salto in queste immagini, al punto tale da farmi sovvenire una reminiscenza latina, che apprendevamo ancora nella classi inferiori: "Cato linguae latinae Siren, non legit libros et facit poetas", Catone, sirena della lingua latina, non legge i libri e fa i poeti. E questo, vede, perchè.....

(Interruzione)

MENGONI (Presidente G.R. - D.C.): Glielo dico perchè credo che da quella relazione esuli il carattere personale; qui è il Presidente della Regione, che quindi rappresenta un ente, che parla e non credo si possa aver avuto l'impressione di una riflessione amara o di una situazione quasi di rassegnazione, di una perdita di slancio, di carico regionalista, che non può esservi se manca un rinvigorismento dell'istituto regionale. Un attento lettore di quella relazione potrà criticarla, integrarla, arricchirla, potrà anche respingerla, ma non credo che non possa dire che in quella vi era un tentativo di far rivivere quella che era l'idea della nostra Regione. Detto questo, sono d'accordo con lei che bisogna portare avanti il processo di autonomia, concepito però non come scorporo del latifondo di un potere politico, ma come rapporto corretto fra il potere proprio delle comunità locali e quella dimensione incompiuta del nostro sistema costituzionale, che è un'autorità centrale. Tante suggestioni circa il potere personale saranno, io credo, vanificate indubbiamente quando avremo definito questo problema mai risolto nella storia costituzionale del

nostro paese, che non riuscì mai ad essere pluralista nella sua struttura, ma non realizzò neppure il disegno originario di creare un autentico potere centrale. Da noi lo Stato non riuscì ad essere liberale, non riuscì ad essere autoritario, democratico forse nemmeno; fu solo una serie di negazioni, che produsse alla fine la negazione totale rappresentata dall'esperienza fascista. Ma lo sviluppo costituzionale, cons. Virgili, e quindi anche quello regionalista e dello Stato nella società italiana, deve essere portato avanti da tutti i partiti, e io credo che il dibattito di oggi, se fosse seguito da altri dibattiti in questo senso, più approfonditi, potrebbero indubbiamente far compiere qualche tappa in avanti in questa direzione.

Al cons. Jenny è l'ultima volta che io posso parlare da questo posto, vada il mio ringraziamento, non soltanto per la attenzione e la sensibilità dimostrata nei miei confronti, che è senz'altro prova di stima e di amicizia sul piano personale, parlando in italiano, ma anche il mio grazie per la obiettività e vorrei dire anche per le idee brillanti e nuove che nei suoi interventi, sia pur critici, si possono sempre riscontrare. Anch'io sono d'accordo con lei, cons. Jenny, che c'è oggi un vuoto di autorità, lei ha detto così. Il regime rappresentativo è per sua natura un gran consumatore di autorità, non produttore di autorità, e le autonomie in quanto partecipano della crisi di coscienza del Paese, risentono indubbiamente anche dei condizionamenti dell'offuscarsi dell'identità ideale dello Stato, che è fonte della coscienza civica del cittadino. C'è una coerenza, ed è una causa profonda della crisi italiana, sia di ordine intellettuale che sociale, di un modello e di una struttura di potere, organicamente coesivi. Sono quindi d'accordo con lei quando parla di vuoto di autorità. E questo vuoto di autorità io credo che possa essere colmato, e di conseguenza possa anche arricchire le autonomie che ne risentono,

probabilmente con un nuovo assetto istituzionale, dove praticamente veramente ci sia un adeguamento delle istituzioni alla dinamica della società civile, elevando fra queste realtà il diaframma vischioso degli interessi corporativi e parassitari, peraltro già accennati in altra occasione anche dal cons. Virgili. Io credo però che il serbatoio di energie civili nella società cui lei ha fatto riferimento, sia pure entro un quadro di limitazioni, allorchè alludeva al pluralismo, che risulta fra il resto confermato dagli stessi fermenti che noi riscontriamo in vari settori della nostra vita sociale, reclamanti una distribuzione più orizzontale del potere, suffraga la tesi che lo strumento più preciso per colmare i ritardi storici della società italiana è il pluralismo delle e nelle istituzioni, precisamente per la ragione che l'autentico nodo critico della storia del nostro Paese è di natura socio-istituzionale.

Il cons. Sfondrini, per quanto riguarda la cooperazione ha dichiarato che nelle mie dichiarazioni programmatiche si era alluso in maniera eclatante come io concepisca e come la Regione concepisca la cooperazione della nuova realtà sociale. Ad ogni modo se forse questa era una sollecitazione di una domanda più pertinente, io dico che il disegno di legge sulla cooperazione elaborava proposte di nomina a breve, medio e lungo termine, soprattutto allo scopo di ridare a questa essenziale attività, quello slancio, quello spirito partecipativo e quei contenuti che ne facessero uno strumento efficace di promozione economica ed umana, oltre che il perseguimento di un nuovo modello di imprenditorialità. E, naturalmente, tutto ciò presupponeva una serie di operazioni sottostanti e finalizzate, che si compendiano in una attività di studio, di attenzione alla realtà non solo nazionale, ma anche alla realtà provinciale. Cioè comportava una verifica attenta e costante dell'esterno di tutte le manifestazioni dell'autonomia e cioè lo stimolo di quel pluralismo, cioè

di quei canali, attraverso i quali le identità culturali si sviluppano e si esprimono. Purtroppo, per ragioni che qui non sto ad analizzare, il disegno di legge è ancora in commissione legislativa e non è stato portato in questo Consiglio regionale. Ad ogni modo io spero che si riesca a comprendere che la Regione non può rinunciare, perchè costituzionalmente così è stato voluto, ad una funzione sua propria ordinamentale, la quale richiede queste operazioni sottostanti e quindi anche la conoscenza, direi delle realtà provinciali, non per ingerirsi, ma veramente per essere puntuale e pertinente nella sua opera di legiferazione.

Per quanto riguarda la rivalutazione del legislativo, io sono pienamente d'accordo con lei, cons. Sfondrini, e mi pare di averlo assolutamente anche accennato nelle dichiarazioni programmatiche.

E con questo ho finito. Certo, il vero problema aperto resta quello di ritrovare, lo abbiamo detto anche nei Consigli provinciali, una funzione propria del Consiglio regionale, di impedire cioè che questo si riduca ad organo di mera omologazione di tutte le manifestazioni di volontà dell'esecutivo. E' tempo di passare dalla intuizione — e qui abbiamo sentito delle idee nei vari consigli provinciali, soprattutto in quello di Trento c'è stato anche un esame approfondito di questa tematica — è ora e tempo di passare dalla intuizione meditata alla applicazione concreta. E questo perchè sentiamo che per questa strada non solo si libereranno tante energie oggi soffocate, ma si creerà una nuova bilancia di poteri, capace di allargare il respiro della nostra democrazia e garantirla in modo più efficace del tradizionale schema di Montesquieu. Quindi io direi, a conclusione di questo dibattito, senza soffermarmi sui temi concreti della relazione, signori consiglieri, che dobbiamo sempre avere un piede anche nella realtà, perchè il nostro bilancio, bilancio rigido, è quello che è

e per il 99 per cento è già ormai ipotecato da spese correnti e da spese di altro genere, ma obbligatorie, e per l'1 per cento consente di muoversi. Quindi, fare discorsi di programmazione di bilanci pluriennali con risorse così scarse e così modiche, è veramente essere velleitari e utopistici.

L'importante è che l'esecutivo tenga fede a quel grande o piccolo accordo di legislatura, che si è dato e che è stato sottoscritto due anni or sono. Io posso assicurare che su questa strada, in ordine a questi adempimenti la Giunta regionale è perfettamente adempiente, perchè anche il disegno di legge sulla ineleggibilità per parte nostra è già stato licenziato da molto tempo e si trova nella commissione legislativa. Quindi certe critiche, che qui oggi ho sentito, sono critiche per le quali io non mi adonto perchè fanno parte della dialettica politica e costituiscono quella parte forse non meditata della divergenza, ma posso assicurarvi e del resto ognuno di voi potrà rendersi conto, che nei limiti della ristretta camicia di Nesso in cui siamo costretti anche a muoverci con il legislativo, l'esecutivo regionale è perfettamente adempiente.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio all'esame articolato: è approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 1 astensione.

Art. 1

Sono autorizzati la riscossione nei confronti dello Stato dei tributi erariali devoluti alla Regione a sensi dello Statuto approvato con legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5, modificato con legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 ed il versamento nella cassa della Regione delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario dal 1 gennaio al 31 dicembre 1977, giusta l'annesso stato di previsione dell'entrata.

Metto in votazione l'art. 1: è approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 2 astensioni.

Art. 2

E' approvato in lire 20.710.000.000 il totale generale della spesa della Regione per l'anno finanziario 1977.

Chi chiede la parola all'art. 2? La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Nur ganz ganz kurz, um an den Präsidenten des Regionalausschusses eine Frage zu richten. Ich hatte die Gelegenheit, schon mit ihm in der Finanzkommission darüber zu reden. Nun möchte ich hier im Regionalrat, nachdem ich keine genauen Angaben in der Bilanz gefunden habe von ihm eine genaue Antwort bekommen. Die Region hat jedes Jahr Beiträge für die Freiwilligen Feuerwehren gegeben und auch im Jahre 1977, wenn ich nicht irre, werden zusätzliche Beiträge gegeben für die Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren. Ich möchte vom Herrn Präsidenten erfahren, welcher Betrag zusätzlich im Jahr 1977 für die Ausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren vorgesehen ist. Weiters möchte ich den Herrn Präsidenten fragen, wie es um die Feuerwehrekaserne in Bozen bestellt ist, denn ich weiß von gut unterrichteter Seite, daß der Bau, so wie er jetzt dasteht, keineswegs funktionell ist und daß er von der Berufsfeuerwehr gar nicht bezogen werden kann, weil gewisse Räumlichkeiten fehlen, und zwar fehlen sämtliche Werkstätten. Man kann sich doch nicht vorstellen, daß eine Berufsfeuerwehr von der Fagenstraße in die Drususstraße übersiedelt, einen Teil ihres Personals in der Fagenstraße in den Werkstätten läßt, denn auch dieses Personal in der Fagenstraße muß ja immer bereit sein, wenn ein Einsatz notwendig ist.

Ich möchte also nur wissen, wie man dieses Rätsel zu lösen gedenkt. Die Kaserne ist nicht funktionell und somit kann sie, wenn dieses Baulos abgeschlossen ist, gar nicht bezogen werden. Will man, um Schwierigkeiten zu vermeiden, sofort ein neues Baulos ausschreiben und auch diese Werkstätten dazu bauen oder ist man nicht in der Lage, dies zu tun. Es ist dies eine Frage, die sicher berechtigt ist, denn es wäre Sünd und Schade und es wäre nicht zu verantworten, wenn man jetzt schon 1 1/2 oder mehr Milliarden Lire investiert hat und diese Feuerwehrkaserne leer dastehen lassen müßte, weil sie nicht den notwendigsten Anforderungen entspricht. Ich möchte auf diese zwei Fragen eine Antwort erhalten!

(Brevemente, per rivolgere al Presidente della Giunta regionale una domanda. Ho già avuto l'occasione di parlargliene in sede di Commissione finanze, ma siccome nel bilancio non ho trovato indicazioni precise, desidero ottenere una precisa risposta qui in Consiglio regionale. La Regione ha erogato ogni anno contributi per i Vigili del Fuoco volontari ed anche per l'anno 1977, se non erro, sono previsti contributi aggiuntivi per l'equipaggiamento dei corpi volontari dei Vigili del Fuoco. Desidero sapere dal signor Presidente, quale sia la situazione della caserma dei Vigili del Fuoco di Bolzano, essendo stato informato da fonti sicure, che l'attuale stato della costruzione non è affatto funzionale, per cui il corpo permanente in parola non potrà prenderne possesso, per la mancanza di determinati locali, vale a dire delle officine. Non è pensabile che i Vigili del Fuoco si trasferiscano dalla via Fago in via Druso, lasciando parte del proprio personale nelle officine di via Fago, dovendo anche quest'ultimo svolgere, se necessario, un servizio di pronto intervento.

Desidero pertanto sapere, come si intenda risolvere tale indovinello. La caserma non è

funzionale, per cui ad ultimazione di questo lotto, non potrà essere utilizzata. Per evitare difficoltà, si intende o meno bandire un concorso per un nuovo lotto, per collocarvi ivi pure le officine, o non si è in grado a provvedervi? Si tratta di una domanda giustificata, in quanto sarebbe un peccato e non responsabile investire 1,5 o più miliardi di lire per una caserma, destinata a rimanere inutilizzata, non potendo la stessa soddisfare le più elementari esigenze. Desidero una risposta a queste due mie domande.

PRESIDENTE: La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.I.): Brevissimamente, signor Presidente, per avanzare una richiesta oltremodo modesta, ma che troverebbe giustificazione nella mole ingente che svolgono i patronati dei lavoratori. Lo stanziamento previsto dal bilancio prevede 200 milioni; c'è stato un leggero adeguamento allo scorso anno, ma un adeguamento che obiettivamente non risponde alle necessità reali delle organizzazioni dei lavoratori. Ora, se teniamo conto che veramente in modo encomiabile i patronati dei lavoratori svolgono una funzione vorrei dire determinante a favore dei lavoratori, funzione che consente un risparmio notevole non solamente di soldi, ma di energie e di tempo da parte dei lavoratori, per le quali evidentemente ci si sobbarca a spese non indifferenti da parte delle organizzazioni sindacali che debbono intervenire necessariamente con le loro finanze a sostegno dei patronati dei lavoratori, dato anche che l'intervento pubblico è in un certo senso limitato, io chiedo al Presidente della Giunta se non sia il caso di prevedere un emendamento che aumenti di 250 milioni ad esempio l'intervento della Regione con una conseguente riduzione del capitolo delle spese per quanto riguarda gli interventi in ordine ai provvedimenti legislativi, ad esempio. E

questo, ripeto, motivato dalle ragioni che così, sinteticamente, ho cercato di esporre. Se la Giunta concorda sulla richiesta che viene avanzata, l'emendamento è subito predisposto o può essere predisposto da parte della stessa Giunta regionale, non avendo importanza da chi è proposto sul piano formale, ma avendo importanza invece lo scopo che ci si prefigge di raggiungere. Grazie.

PRESIDENTE: La parola al cons. Oberhauser.

OBERHAUSER (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf mir erlauben, zu einigen Kapiteln Stellung zu nehmen und einige Fragen an die Regionalregierung zu richten.

Ich möchte wissen, ob man im Kapitel Nr. 1600, in welchem über einen Vorbereitungskurs für Gemeindesekretäre die Rede ist, in Anbetracht daß auch die Provinz Bozen im Jahre 1977 einen Vorbereitungskurs für Gemeindesekretäre abhalten wird, auch dafür die nötige Finanzierung vorgesehen hat. Ich weiß, daß man für die Provinz Trient einen Vorbereitungskurs abzuhalten gedenkt und daß für diesen Kurs eine Finanzierung vorgesehen ist. Ich möchte ankündigen, daß auch die Provinz Bozen, welche bereits einmal schon einen solchen Vorbereitungskurs für Gemeindesekretäre abgehalten hat, im Jahre 1977 wiederum einen solchen abzuhalten gedenkt und der Landesausschuß bereits dessen Abhaltung beschlossen hat, nachdem der Mangel an Gemeindesekretären bei uns immer noch sehr akut und groß ist. Wenn es notwendig ist, würde ich einen Abänderungsantrag einbringen; anderenfalls, wenn die Finanzierung auch für die Provinz Bozen vorgesehen ist, bin ich zufrieden.

Zum Kapitel Nr. 1500 — Gemeindewahlen — möchte ich sagen, daß in der Provinz Bozen im Jahre 1977 in der Gemeinde Sexten Gemeindewahlen fällig sind, nachdem dort der Gemeinde-

rat frühzeitig aufgelöst werden mußte. Deswegen möchte ich die Regionalregierung ersuchen, ehestens und frühzeitig Sorge tragen zu wollen, damit für die Gemeinde Sexten dann wiederum die Gemeinderatswahlen ausgeschrieben werden und auch die notwendige Finanzierung vorgesehen wird.

Ich möchte zum Kapitel Nr. 670, in welchem über Gesetzesinitiativen die Rede ist, mir die Anfrage erlauben, ob die Regionalregierung der Koalitionsverpflichtung nachzukommen gedenkt, im Jahre 1977 das Gesetz über die Ruhestandsbehandlung der Bürgermeister zu verabschieden, das bereits einmal gemeinsam mit der Aufwandsentschädigung von der Zentralregierung rückverwiesen worden ist und daraufhin dieses Gesetz geteilt wurde. Die Aufwandsentschädigung ist über die Bühne gelaufen und hat eine Anwendung gefunden, aber der zweite Teil des ursprünglichen Gesetzes, nämlich die Ruhestandsbehandlung der Bürgermeister ist noch ausständig. Ich habe mir erlaubt, in einer Anfrage den zuständigen Herrn Assessor diesbezüglich einmal zu befragen und er hat angekündigt, daß dieses Gesetz erlassen wird. Ich möchte hören, wann die Regionalregierung glaubt, konkret dieses Problem in Angriff zu nehmen.

Ferner darf ich noch an ein Problem erinnern und möchte das bei dieser Gelegenheit anschneiden. Ich muß der Regionalregierung sagen, daß das Feuerwehrinspektorat besonders in Bozen — und ich spreche in diesem Fall von Bozen — in keiner Weise funktioniert und daß dieser Zustand nicht mehr länger tragbar ist. Ich habe auch diesbezüglich bereits einmal eine Anfrage gerichtet; wenn hier nicht ein Wandel geschaffen wird, müßte ich unbedingt drängen, daß eine Änderung herbeigeführt wird, denn für Gemeinden und auch für Private wird es ein untragbarer Zustand sein, wenn sie Monate, halbe Jahre warten müssen, bis sie ihre Akte

erledigt erhalten. Es ist geantwortet worden, daß zu wenig Personal vorhanden ist und daß man aus Mangel an Personal nicht in der Lage ist, diesem Aufgabenbereich nachzukommen. Aber diese Entschuldigung findet natürlich weder bei den Gemeinden, noch bei der Bevölkerung Verständnis, denn warten, heißt viel Zeit verlieren, heißt Geld verlieren und in einer Inflationszeit bedeutet das einen enormen Verlust. Deswegen möchte ich wirklich eindringlich ersuchen, daß hier ein Wandel geschaffen werde, damit diese Akten beim Feuerwehrinspektorat ehestens und schnellstens immer eine Erledigung finden können, damit sie nicht dort Monate, halbe Jahre und mehr liegen bleiben. Ich möchte wirklich ersuchen, daß hier die Regionalregierung sich konkrete Gedanken macht und einen Wandel schafft.

(Illustrissimo Signor Presidente! Mi si permetta di prendere posizione in merito ad alcuni capitoli e rivolgere qualche domanda alla Giunta regionale.

Desidero sapere, se nel capitolo 1600, che si riferisce ad un corso di preparazione per segretari comunali, sia previsto il necessario finanziamento, in considerazione del fatto che anche la Provincia di Bolzano organizzerà nel corso dell'anno 1977 analogo corso. Sono a conoscenza che la Provincia di Trento intende allestire un corso per la formazione di segretari comunali, per il quale è stata prevista la copertura finanziaria. Mi permetto pertanto annunciare che pure la amministrazione provinciale di Bolzano, la quale ha già fatto una esperienza in tal senso, intende ripetere nel 1977 il corso di preparazione in parola. La Giunta provinciale ha già approvato la relativa delibera, dato che in Alto Adige si lamenta ancor sempre una grave carenza di segretari comunali.

Se necessario, sono disposto a presentare un emendamento, mentre, qualora sia già stato

previsto il finanziamento pure per la nostra Provincia, mi dichiaro soddisfatto.

In merito al capitolo 1500, concernente le elezioni comunali, mi permetto di fare presente che nel corso dell'anno 1977 in Provincia di Bolzano e precisamente a Sesto Pusteria, si dovrà procedere a nuove elezioni, essendo stato ivi sciolto anzitempo il consiglio comunale. Prego pertanto la Giunta regionale di voler affrontare al più presto tale situazione ed indire nuove elezioni per il Comune di Sesto, prevedendo naturalmente il necessario finanziamento.

Il capitolo 670 riguarda le iniziative legislative e a tal proposito vorrei conoscere l'intenzione della Giunta regionale, se intende rispettare l'impegno di coalizione, approvando nell'anno entrante il provvedimento relativo all'assegno vitalizio a favore dei sindaci, che era stato rinviato dal Governo unitamente alla legge sull'indennità di carica, per cui il provvedimento legislativo era stato scisso. L'indennità di cui sopra ha già trovato pratica applicazione, mentre la seconda parte della legge originaria, cioè l'assegno vitalizio a favore dei sindaci, si fa tuttora attendere. Avevo presentato a tal proposito un'interrogazione, alla quale l'assessore competente rispose con l'annuncio, che il relativo provvedimento sarebbe stato sottoposto all'esame del Consiglio. Vorrei sapere entro quanto tempo la Giunta regionale intende affrontare concretamente questo problema.

Vorrei cogliere ancora l'occasione per sollevare e ricordare un altro cocente problema. Mi sento in dovere di portare a conoscenza della Giunta regionale il disservizio che si verifica presso l'ispettorato antincendi di Bolzano — nel caso specifico mi riferisco soltanto a Bolzano — la quale situazione non può essere più a lungo tollerata. Anche in questo caso avevo presentato a suo tempo un'interrogazione; devo assolutamente insistere nel richiedere un intervento, atto a modificare l'attuale stato delle cose, essendo,

come già detto, tale situazione insostenibile, sia per i Comuni, come pure per i privati, che devono attendere mesi, interi semestri, per vedere evase le loro pratiche. Mi è stato risposto che esiste una grave carenza di personale, per cui non si è in grado di far fronte alla richiesta. Simile scusa non è ovviamente accettata dagli enti locali e dalla popolazione, in quanto attendere significa una enorme perdita di tempo, la qual cosa equivale ad un danno economico e ad una enorme perdita di denaro soprattutto in un periodo di inflazione. Desidero pertanto rivolgere una calda preghiera alla Giunta, affinché si provveda a porre fine a tale situazione e garantire un celere servizio presso l'ispettorato antincendi, onde evitare che gli atti rimangano inevasi per mesi o addirittura per semestri. Rinnovo pertanto la mia preghiera alla Giunta, di voler affrontare concretamente tale situazione, riportandola alla normalità.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta.

BETTA (P.R.I.): Molto brevemente, signor Presidente, per riferirmi all'art. 90, ma comunque non ha importanza il capitolo, "spese per i servizi di stampa e di informazione, ecc.". Volevo dire questo: mi pare che fra le spese sopportate dalla Regione ci sia anche una specie di abbonamento o di contratto con l'agenzia Italia per quel bollettino di informazione che viene poi consegnato a tutti i consiglieri, c'è da parte della Regione un intervento in qualche modo. E volevo solo chiarire che mi pare che

questo bollettino, pur essendo di informazione regionale, parli molto di più, sia molto sensibile, segua molto di più i problemi della provincia di Bolzano che non quelli della provincia di Trento, e, per quanto riguarda quest'ultima, cioè la provincia di Trento, i giudizi, le interpretazioni delle presenze dei vari consiglieri, dei vari partiti, ecc., siano piuttosto affrettati e non coerenti con quella che è la realtà. Vedo qualche volta che si citano gli interventi del mio partito, degli altri non lo so, comunque sono affari loro, dove si danno dei giudizi veramente non adeguati e non coerenti con la realtà, il che vuol dire chiaramente che non si segue molto da vicino questo settore, per cui io gradirei che la Giunta, per il futuro, guardasse con particolare momento di attenzione questo problema che ho segnalato e anche la provincia di Trento in questo bollettino possa essere citata per la parte che per lo meno le spetta.

Grazie.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

MENGONI (Presidente G.R. - D.C.): Rispondo molto brevemente a queste domande. Per quanto riguarda l'assessore Dalsass, caserma dei vigili del fuoco di Bolzano, faccio presente che effettivamente il problema esiste e che fino a questo momento sono stati spesi a questo titolo 2.457 milioni e che la Giunta regionale, di fronte al pericolo che si togliessero le impalcature dell'impresa appaltatrice e che quindi si

incontrasse una ulteriore spesa, successivamente quando ci fossero state le disponibilità, ha effettuato, nel decorso anno, un'ulteriore rilevazione fra i propri fondi, reperendo ulteriori 300 milioni per impedire questa improvvisa interruzione. Effettivamente adesso per portare a termine questi lavori, occorrerebbe un'ulteriore somma di 1.427 milioni 837 mila, con tutte le variazioni che poi nel frattempo, dalla data di rilevazione saranno intervenute. Quindi evidentemente un impegno preciso non può essere preso dalla Giunta regionale in questo momento per ovvie e intuibili ragioni. Certo è un problema che noi abbiamo ben presente, perchè quanto rilevato dall'assessore Dalsass e riferentesi alle officine e praticamente ai locali di ricovero delle macchine, è effettivamente un problema che deve essere ancora ulteriormente riveduto e preso in considerazione della Giunta regionale. Non le saprei però dire, proprio per onestà e per correttezza, quanto potremo fare nel 1977, perchè le disponibilità finanziarie della Regione in questo momento consentono esclusivamente di realizzare, e a malapena in qualche caso, quanto è previsto nel bilancio. Sarà però cura, e qui la Giunta credo possa meritare il credito dovuto, soprattutto in considerazione di quanto ha fatto nel passato e anche vorrei dire della tempestività con cui lo ha fatto, in ordine alle richieste avanzate, di nuovamente esaminare se sussistono delle possibilità per trasferire delle entità finanziarie, anche se minime, a questo titolo.

Per quanto riguarda ancora i vigili del fuoco, faccio presente che effettivamente esiste anche nella provincia di Bolzano un disfunzionamento del corpo ed è dovuto soprattutto a carenza di personale, anche perchè la provincia di Bolzano ha forse accollato al corpo dei vigili del fuoco dei compiti nuovi, senza prevedere a dotare il corpo di personale idoneo. Basti pensare che l'ultimo concorso degli ufficiali dei vigili del

fuoco, bandito in provincia di Bolzano, è andato deserto, se non vado errato. Ora si sta provvedendo ad assumere, sempre per concorso, dei vigili e speriamo che questo concorso non dia un esito negativo, di modo che, come è avvenuto per Trento, dove si è avuta una assunzione di circa 25 vigili recentemente, possa esserci un'analogha assunzione anche nella provincia di Bolzano.

Per quanto riguarda la terza richiesta dell'assessore Dalsass, che credo sia fatta più che altro per avere in pubblica assemblea elettiva la riprova del 3, come ci insegnavano alle elementari, io ripeto che per l'anno del 1976 si erano stanziati 150 milioni; ora per il nuovo bilancio il fondo, che viene appunto riservato per questa voce, viene praticamente elevato, per cui si può fare l'assegnamento, come già spiegato in commissione legislativa, di 350 milioni. E' il massimo, che, tenendo conto anche di tutti i fattori intervenuti nel frattempo, la Regione può fare in bilancio per i vigili del fuoco.

Al cons. Oberhauser, in ordine alla domanda dei segretari comunali, io risponderai in questa maniera: cioè la legge prevede che i corsi per i segretari nazionali siano ad anni alterni, tenuto conto delle due Province. Nel '75 il corso si è tenuto a Bolzano con uno stanziamento di 50 milioni, nel '76 si è tenuto a Trento, anzi è tuttora in corso, con analogo stanziamento, quindi nel '77 si terrà nuovamente a Bolzano e il bilancio prevede già uno stanziamento che permetta di portare a termine i corsi.

Per quanto riguarda l'oggetto delle interrogazioni che il cons. Oberhauser ha già inoltrato e per le quali ha già ricevuto risposta, senza voler scavalcare i competenti assessorati, direi che per quanto riguarda il comune di Sesto senz'altro si provvederà, ed anzi potrà trovare un qualche riferimento preciso a pag. 13 della relazione del bilancio di previsione, dove si fa specificatamente riferimento alla provincia di Bolzano. Per

quanto riguarda il cap. 670 "fondo di quiescenza", per la pensione, praticamente, dei sindaci, io direi che, come ha già risposto il competente assessore, la Giunta non ha accantonato questo intendimento, lo ha momentaneamente accantonato in quanto la situazione attuale consiglia, o meglio, rende inopportuno il varo di una legge analoga e qui non sto a soffermarmi e a spiegare i motivi, perchè sono anche intuibili; comunque è intendimento della Giunta regionale di proseguire, di portare a termine anche la seconda "tranche" del disegno di legge.

Al cons. Betta rispondo che, per quanto io so, ma credo di non errare, la Regione non è assolutamente abbonata ad alcun bollettino "Italia"; gli unici due abbonamenti che noi abbiamo sono all'ANSA e all'Austria-Press, per quanto io so. Ad ogni buon conto, se lei non si riterrà soddisfatto di questa risposta, me ne potrà parlare a seduta ultimata, e sarà mia cura farle avere, dopo avere effettuato i necessari rilievi ed accertamenti, una risposta più precisa e più soddisfacente.

Mi perdoni, cons. Manica, e mi devo scusare, ma la giostra è grande su questa carta. Vorrei dire che la Regione credo che abbia, nei decorsi anni, sempre dimostrato una particolare attenzione nei confronti dei patronati, non solo della funzione, ma anche dell'attività svolta dagli stessi, prova ne sia che nei decorsi anni ci sono sempre state delle variazioni di bilancio e anche consistenti, che hanno incontrato la piena soddisfazione dei patronati, anzi addirittura furono grosso modo concordate, e allora ero assessore competente io, con i patronati stessi. Quest'anno la cifra stanziata in bilancio è stata elevata di circa 20 milioni. Non mi illudo, nella maniera più assoluta, che ci sarà una quiescenza e una accettazione pacifica da parte dei patronati, ma ormai è consuetudine che verso maggio i patronati si facciano vedere e bussino come fra

Galdino alla porta del competente assessorato e è pure consuetudine che l'assessore non abbia mai fatto attendere più del necessario i patronati interessati. Quindi ci sarà sicuramente una variazione di bilancio, gliela posso già preannunciare, perchè ci rendiamo perfettamente conto, e vedrà che non succederà che i patronati debbano attendere molto al di fuori della portata del competente assessorato. Tutti gli anni è avvenuto in questa maniera, abbiamo una visione anche noi a metà anno o nei primi mesi più completa del nostro bilancio, che ci permetterà di fare quei reperimenti attraverso le sacche del bilancio che consentono di non correre pericoli per lo stesso.

PRESIDENTE: Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 1 astensione.

Art. 3

E' autorizzato il pagamento delle spese della Regione per l'anno finanziario 1977 in conformità dell'annesso stato di previsione della spesa.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 2 astenuti.

Art. 4

Per l'anno finanziario 1977 le somme, che si iscrivono in dipendenza di speciali disposizioni legislative, che demandano alla legge di bilancio di fissarne l'importo, sono autorizzate nell'ammontare indicato nell'annesso allegato n. 1.

Metto in votazione l'art. 4: è approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 1 astenuto.

Art. 5

Per l'anno finanziario 1977 le somme che si assegnano alle Province di Trento e di Bolzano in forza di disposizioni legislative, che prevedono la delega alle Province medesime dell'esercizio delle funzioni amministrative, sono fissate nell'importo indicato nell'annesso allegato n. 2.

Metto in votazione l'art. 5: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 3 astenuti.

Art. 6

La facoltà di assumere impegni a carico dei capitoli di spesa n. 631 e n. 635, dell'esercizio finanziario 1977, è subordinata all'accertamento sui corrispondenti capitoli dell'entrata di una somma non inferiore all'ammontare degli impegni da assumere.

Metto in votazione l'art. 6: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 3 astenuti.

Art. 7

I capitoli di spesa a favore dei quali è data facoltà di iscrivere somme con decreti da emanare in applicazione degli articoli 20 e 21 della legge regionale 13 aprile 1970, n. 6, sulla contabilità generale della Regione, sono quelli riportati nell'annesso elenco n. 1.

Metto in votazione l'art. 7: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 2 astenuti.

Art. 8

I residui risultanti al 1. gennaio 1977 sui capitoli aggiunti allo stato di previsione della spesa per l'esercizio 1977, soppressi nel corso dell'esercizio in seguito all'istituzione dei ca-

pitoli di competenza aventi lo stesso oggetto, si intendono trasferiti a questi capitoli. I titoli di pagamento già emessi sugli stessi capitoli aggiunti si intendono tratti a carico dei corrispondenti capitoli di nuova istituzione.

Metto in votazione l'art. 8: è approvato a maggioranza con 3 voti contrari e 3 astenuti.

Art. 9

E' approvato il bilancio della Cassa regionale Antincendi per l'esercizio finanziario 1977 allegato al bilancio della Regione.

Metto in votazione l'art. 9: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 3 astenuti.

Art. 10

E' approvato il seguente quadro generale riassuntivo del bilancio della Regione per l'anno finanziario 1977.

Metto in votazione l'art. 10: è approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 1 astenuto.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.-D.N.): On. Presidente, io ho ascoltato le risposte che lei ha dato ai numerosi consiglieri che sono intervenuti e mi sono chiesto subito se lei parlava per convincere noi, se parlava per convincere se stesso o se parlava per convincere il suo successore. Ecco, nel dubbio posso dirle che il tono generale delle risposte apparteneva a Martin Luther King, alla filantropia politica, non alla politica, ragion per cui penso sia doveroso in questo momento riconfermarle i motivi politici del no, che sono motivi politici, e nient'altro, on Presidente. Io debbo constatare con amarezza che la fine del

delfino è fine tragica, e quando di delfino si parlava, non certo si alludeva a quello che compiva i salti nella grande vasca a Rimini, era il delfino del re. Ora il re che aveva scoperta la Regione e la doveva ricostruire se ne è andato a Roma, lei che doveva farne una nuova interpretazione se ne è già andata in Provincia, dove io le auguro di non fare la fine del delfino regionale sullo scoglio dei comprensori. Certo è che la testimonianza viva della invalidità permanente di questo istituto sta nel suo partito e nelle decisioni che lei ha prese. Non è pensabile altrimenti che lei ci abbia spiegato il valore della Regione quando proprio nel suo breve spazio di tempo in cui l'ha diretta, ha acconsentito a che un presidente di commissione legislativa non portasse mai all'attenzione del Consiglio la legge sulla cooperazione, documentando con ciò come non servono i suoi convincimenti, che sono dottrinali, ma servono i convincimenti politici, che non appartengono alla dottrina. E quindi la morte della Regione è certa, come era certa il giorno in cui il padre re, trasferito a Roma, aveva abdicato alla funzione della Regione nella nomina dei commissari delle casse mutue provinciali di malattia, funzione primaria della Regione, delegandola invece alla Provincia. Ecco, i motivi politici che ci dicono come trent'anni dopo sia fallito, nel momento in cui si celebra l'avvenimento dei patti De Gasperi-Gruber, quella autonomia, che non era certamente nelle intenzioni dei proponenti. E qui sta la grandiosità dell'atto politico, allora interpretato, perchè nessuno dei due aveva concepito la politica come strumento di separazione etnica, sono i tardivi epigoni e di Gruber e di De Gasperi che hanno trasformato uno strumento di civiltà in uno strumento di separazione, di non collaborazione, di segregazione. E allora anche qui c'è il motivo politico del fallimento di questa Regione, che lei si ostina a ritenere invece grande strumento per la

pacifica coesistenza. E del resto se n'è accorto, allorchè nel proporre all'attenzione nostra i motivi della sua validità, affermava che nell'istante stesso in cui gli uomini politici, che questi istituti avevano generato, morivano, trent'anni dopo, in concomitanza con il trattato di Osimo, che mette in discussione l'altro confine, l'altra terra d'Italia, con la morte dei politici che avevano voluta questa autonomia che non serve, lei interpreta nei nuovi strumenti di collaborazione, attuati per garantire la partecipazione popolare alle decisioni, alla coabitazione politica e amministrativa, lei individua i nuovi strumenti che devono garantire l'avvenire dell'autonomia. Evidentemente se questi sono gli strumenti nuovi che bisogna mettere al posto degli antichi, sta a significare che gli antichi sono ferro vecchio, sono morti. E allora, ecco qui il fallimento una volta ancora di questo istituto, di fronte al quale il popolo dei navigatori sarà scomparso... Sì, voi ve ne intendete di navigatori, c'era il grande navarca dell'Adige una volta, l'avete un po' accantonato, ma di navigatori ve ne siete sempre intesi e avete scoperto il popolo degli architetti legislativi! Ma nel momento in cui dite questo, già siete su un'altra poltrona, siete in Provincia, perchè lì credete nella validità di un qualche cosa, e lasciate l'eredità degli affetti, delle enunciazioni, delle fedeli e dei programmi a chi, dopo l'Epifania, si sa tutte le feste porta via, dopo l'Epifania verrà qui a tenerci un altro discorso di investitura, in cui, fatto forte di quelli che sono i suoi indirizzi, evidentemente romperà l'ennesima lancia in favore della validità di questo istituto di autonomia. Ma è la politica che condanna le vostre opinioni dottrinarie e non viceversa. Del resto, così è nella dinamica della vita degli uomini e dei popoli.

Pertanto, per riconfermare questa realtà che non ci piace, ma di cui dobbiamo prendere atto, io non posso che ribadire il voto negativo del M.S.I.-D.N. a questo bilancio.

PRESIDENTE: Prego distribuire le schede per la votazione segreta. Incominciamo con la provincia di Trento, votazione come sapete, separata, per il bilancio.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Consiglieri della Provincia di Trento:

Votanti 29 - maggioranza richiesta 19

20 sì

8 no

1 scheda nulla.

Consiglieri della Provincia di Bolzano:

Votanti 25 - maggioranza richiesta 18

20 sì

3 no

2 schede bianche.

La legge è approvata.

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte die Sitzung nicht auf die lange Bank schieben, denn ich weiß, daß Sie noch nach Rom fahren müssen zur Zwölferkommission, aber ich würde mir trotzdem erlauben, einen Vorschlag zu machen, in vorweihnachtlicher Stimmung einen Gesetzentwurf noch zu genehmigen und zwar den Gesetzentwurf Nr. 58 betreffend die Ermächtigung zur Ausgabe von 150 Millionen Lire zum Ankauf der Sonderausrüstung der Freiwilligen Feuerwehren. Ich schlage also vor, daß wir den Punkt 10 der Tagesordnung behandeln und genehmigen sollen.

(Illustrissimo Signor Presidente! Non intendo prolungare la seduta, essendo a conoscenza che Lei deve recarsi a Roma per la commissione dei dodici, ma nonostante mi permetto fare una proposta e cioè di approvare, data l'atmosfera

prenatalizia, il progetto di legge n. 58, concernente l'autorizzazione di spesa di 150 milioni di lire per l'acquisto di attrezzature speciali a favore dei corpi volontari dei Vigili del Fuoco. Propongo pertanto di trattare ed approvare il punto 10 dell'ordine del giorno.)

PRESIDENTE: E' stata fatta la proposta di anticipare il punto 10) dell'ordine del giorno: Disegno di legge n. 58: "Autorizzazione alla spesa di lire 150 milioni per l'acquisto di attrezzature speciali a favore dei Corpi dei vigili del fuoco volontari".

Metto in votazione la proposta: è approvata a maggioranza con 4 astenuti.

Allora trattiamo il *Disegno di legge n. 58: "Autorizzazione alla spesa di lire 150 milioni per l'acquisto di attrezzature speciali a favore dei Corpi dei vigili del fuoco volontari"*.

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

BERTORELLE (Vicepresidente G.R. - D.C.): L'Amministrazione regionale concorre annualmente con stanziamenti di bilancio per far fronte alle spese ordinarie che a quelle straordinarie (per l'acquisto di attrezzature) dei Corpi volontari dei vigili del fuoco regolarmente istituiti nel territorio delle due Province.

La Cassa regionale antincendi eroga annualmente i seguenti contributi ordinari:

lire 245 pro abitante per i Comuni fino a 10.000 abitanti;

lire 400 pro abitante per i Comuni fra i 10 mila e 30 abitanti;

lire 500 pro abitante per i Comuni superiori ai 30 mila abitanti;

esclusi sono i Corpi volontari dei due capoluoghi di Provincia ai quali viene erogato un contributo fisso di lire 400.000. Ad ogni Corpo volontario spetta, oltre alla quota pro abitante del comune, come sopra specificato, anche un contributo

fisso di lire 120.000; ai Corpi di comuni sede di distretto o di comprensorio viene inoltre erogato un contributo fisso di L. 1 milione. La spesa complessiva riferita ai contributi ordinari è di lire annue 136.990.000 per la Provincia di Trento e lire 137.354.000 per quella di Bolzano.

Negli ultimi anni il fondo stanziato nel bilancio regionale per la concessione di contributi straordinari ammontava a lire 70 milioni per Provincia.

In considerazione dell'opera preziosa che detti Corpi svolgono, non solo per la prevenzione e l'estinzione degli incendi, ma anche per la tutela delle popolazioni delle nostre zone, tenuto presente pure il fatto che l'evoluzione della tecnica comporta per i vigili del fuoco sempre maggiori rischi e che pertanto, onde poter intervenire efficientemente, i vigili devono poter disporre di mezzi ed attrezzature sempre rispondenti alle necessità, tenuto conto infine che, rispetto ad alcuni anni fa, i prezzi dei mezzi e delle attrezzature antincendi ed il loro esercizio sono più che raddoppiati, con il presente disegno di legge si vuole venire incontro alle spese straordinarie dei Corpi volontari mediante la concessione di un contributo straordinario di complessive lire 150 milioni, pari a quello erogato nel 1975 con L.R. 11 agosto 1975, n. 8.¹

Tale importo rappresenta il massimo consentito dalle ridotte possibilità del bilancio regionale a seguito delle modifiche introdotte nell'assetto costituzionale della Regione con il nuovo Statuto di autonomia. Detto contributo è destinato all'attuazione di un programma inteso all'ulteriore potenziamento delle attrezzature e dei materiali già in dotazione, onde renderli rispondenti alle effettive necessità richieste dalla natura degli interventi tecnici. Si tenga presente che, secondo studi degli Ispettorati provinciali, la durata dei materiali antincendi si può calcolare secondo la seguente stima:

- a) la vita di un automezzo adibito al servizio antincendi può essere calcolata in 20 anni. Prendendo come base l'esistenza di circa 700 automezzi, significa che annualmente 35 automezzi dovrebbero essere sostituiti per tenere sempre efficiente il parco macchine. Sappiamo che il prezzo di una campagnola o di una jeep si aggira mediamente sui 6-7 milioni di lire, mentre quello di una autobotte può essere quantificato mediamente tra 30-40 milioni di lire;
- b) una motopompa ha una vita di 20-25 anni ed il prezzo attuale si aggira sulle lire 2,5 - 3,5 milioni;
- c) la manichetta in fibra sintetica (dura circa 10 anni) costa circa lire 3 - 4000 per metro lineare;
- d) la vita di un gruppo elettrogeno invece è molto più lunga ed il suo prezzo si aggira mediamente sulle lire 500.000 - 600.000.
- e) l'autorespiratore ad aria compressa costa circa lire 450.000 e la sua vita può essere stimata in 15 anni circa.

Le Unioni Provinciali dei Corpi dei Vigili del fuoco volontari sono state informate dell'intenzione della Regione in merito al presente disegno di legge; l'unione della Provincia di Bolzano ha già presentato un programma di massima inerente alle attrezzature ed ai mezzi più costosi che si rende necessario acquistare nei prossimi 5 anni, programma che può essere così sintetizzato: Mezzi e materiali da acquistare:

- 1) automezzi (compresi autobotti, autoscale, carro attrezzi, campagnole ecc.) n. 140;
- 2) motopompe (comprese le pompe da immersioni) n. 40;
- 3) rimorchietti per trasporto attrezzature: n. 45;
- 4) gruppi elettrogeni di varia potenza: n. 55;
- 5) manichette sintetiche; complessivamente 65.000 metri;

- 6) radio ricetrasmittenti: n. 100;
- 7) autoprotettori: n. 160;
- 8) attrezzatura schiuma: n. 15;

La spesa complessiva per dette attrezzature supera i 3 miliardi.

L'Unione del Trentino, da parte sua, si è espressa favorevolmente circa la formulazione di un piano quinquennale che prevede innanzitutto la suddivisione del fondo a disposizione in base allo schema predisposto, anno per anno, dal Consiglio direttivo dell'Unione stessa, il quale vaglierà le esigenze di tutti i Corpi volontari, dotandoli, in forma prioritaria, di quelle attrezzature in misura indispensabile per poterli mettere in condizione di svolgere dignitosamente e concretamente la loro attività di soccorso.

Secondo le valutazioni delle predette Unioni provinciali, la dotazione minima per ogni Corpo volontario deve comprendere:

- 1) equipaggiamento di ogni vigile consistente in: uniforme e divisa di lavoro, elmo, cinturone, piccozzino, impermeabile e stivali;
- 2) un automezzo idoneo secondo la posizione del Corpo;
- 3) possibilmente una motopompa con relativo carrello;
- 4) 600-800 m. di manichette sintetiche;
- 5) 2 ripartitori;
- 6) 4 - 6 lance;
- 7) una coppia di radio ricetrasmittenti (per Corpi che si trovano in zone disagiate e lontane dai centri);
- 8) una scala italiana ed una scala a gancio;
- 9) 2-4 estintori tipo CO₂ ed a polvere;
- 10) lampade di discreta potenza ricaricabili;
- 11) a seconda della dislocazione del Corpo, materiali per incendi di bosco.

I Corpi dei Centri comprensoriali o distrettuali o di notevole importanza turistica ed

industriale dovrebbero inoltre disporre di un'automotopompa, di gruppi elettrogeni, di autoprotettori, di una buona scorta di manichette (1000-1200 m.) e di attrezzature per calamità (badili, picconi, funi d'acciaio, sacchi di sabbia, motoseghe).

E' opportuno ricordare in questa sede che i Corpi attualmente esistenti sono complessivamente 530 (n. 237 in Provincia di Trento e n. 293 in quella di Bolzano) con una forza complessiva di 14.715 unità (n. 3736 in Provincia di Trento e n. 10979 in quella di Bolzano) Nel decorso 1975 gli interventi dei Corpi volontari in Regione sono stati ben 4773 e gli infortuni occorsi ai vigili sono stati appena 45.

La consistenza delle principali attrezzature e dei materiali dei Corpi volontari della Regione è la seguente:

Provincia di Trento

Autopompe	n. 31;
altri automezzi	n. 240;
motopompe	n. 209;
rimorchietti	n. 112;
motoseghe	n. 26
gruppi elettrogeni	n. 32;
radio ricetrasmittenti	n. 108;
autoprotettori	n. 46;
scale italiane	n. 266;
scale a ganci	n. 301;
tubazioni metri lineari	114.000

Provincia di Bolzano:

Automotopompe	n. 47;
altri automezzi	n. 395
motopompe	n. 447;
autoprotettori	n. 150;
gruppi elettrogeni	n. 152;
radio ricetrasmittenti	n. 134;
attrezzature per sommozzatori	n. 12;
tubazioni metri lineari	242.000

La Giunta regionale è pertanto convinta che, alla luce dei dati sopra esposti, questo ulteriore intervento finanziario a favore dei Corpi volontari dei vigili del fuoco, pur rappresentando la classica goccia nel mare, sia più che giustificato e costituisca prova della fiducia che l'Ente Regione ha in questa istituzione resasi preziosa ed indispensabile per tutta la popolazione residente nel territorio regionale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Paris per la relazione della I commissione legislativa.

PARIS (D.C.): Signor Presidente, comunico che la I commissione legislativa regionale nella adunanza del 16 scorso ha esaminato e votato all'unanimità il disegno di legge presentato dalla Giunta, senza alcun emendamento. A termine di regolamento, quindi, è stata omessa la presentazione della relativa relazione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Sembenotti per la lettura della relazione della II commissione legislativa finanze.

SEMBENOTTI (P.P.T.T.): La Commissione legislativa si è riunita il giorno 17 dicembre 1976, per esprimere il parere finanziario richiesto dal sesto comma dell'articolo 39 del Regolamento interno del Consiglio regionale.

Preso atto dell'esame effettuato dalla competente Commissione legislativa, la quale ha espresso voto favorevole all'unanimità sul provvedimento, la II. Commissione ha espresso il parere di cui sopra a maggioranza con un voto contrario (cons. Lorenzi Iginio).

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno.

La discussione generale è chiusa.

Metto in votazione il passaggio all'esame articolato: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 1

Al fine di potenziare ed integrare ulteriormente i materiali ed i mezzi in dotazione ai Corpi dei vigili del fuoco volontari, è autorizzata la concessione di un contributo straordinario per l'acquisto di attrezzature speciali da parte dei Corpi stessi.

L'acquisto delle attrezzature di cui al precedente comma avviene in base ad un programma organico che tenga conto, sia dei criteri dell'unificazione dei mezzi e dei materiali da impiegare, sia delle caratteristiche tecniche delle attrezzature. Il programma di cui sopra, distinto per provincia, sarà approvato dalla rispettiva Sezione del Consiglio di amministrazione della Cassa regionale antincendi su proposta dell'Unione provinciale dei Corpi dei Vigili del fuoco volontari competenti per territorio e sentito l'ispettore provinciale della rispettiva Provincia.

Metto in votazione l'art. 1: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 2

La concessione dei contributi di cui all'articolo 1 è disposta, per delega della Regione, con deliberazione della Giunta provinciale competente, in base al programma approvato dalla Sezione del Consiglio di amministrazione della Cassa di cui al secondo comma dell'articolo precedente.

Nell'esercizio delle funzioni delegate con la presente legge, le Giunte provinciali devono attenersi alle direttive generali impartite dalla Giunta regionale.

Copia dei provvedimenti adottati dalla Giunta provinciale deve essere inoltrata, entro quindici giorni dalla adozione, alla Giunta regionale, la quale, ove ritenga un provvedimento non conforme alle norme di cui alla presente legge o

alle direttive di cui al precedente comma, trasmette le sue osservazioni, entro quindici giorni dal ricevimento del provvedimento stesso, alla Giunta provinciale competente, e per conoscenza, all'organo di controllo di legittimità.

La Giunta regionale può sempre sostituirsi alle Giunte provinciali nell'esercizio delle funzioni delegate, in caso di persistente inerzia o violazione della presente legge o delle direttive regionali.

Metto in votazione l'art. 2: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Art. 3

Per l'attuazione della presente legge è autorizzata, a carico dell'esercizio finanziario 1976, la spesa di lire 150 milioni.

Sullo stanziamento di cui al precedente comma sono disposte le seguenti assegnazioni:

Alla Provincia di Trento L. 75 milioni;
Alla Provincia di Bolzano L. 75 milioni.

All'onere di lire 150 milioni si provvede mediante prelevamento dal fondo iscritto al capitolo n. 670 dello stato di previsione della spesa per l'esercizio finanziario 1976.

Metto in votazione l'art. 3: è approvato a maggioranza con 2 astenuti. Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Nessuno. Prego distribuire le schede per la votazione segreta.

Faccio presente che l'Ufficio di Presidenza e il capigruppo sono convocati per il 7 gennaio alle ore 10 per discutere in merito alla mozione del gruppo socialista sulla RAI.

Il Consiglio regionale sarà convocato in seduta ordinaria il giorno 11 gennaio alle ore 10.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione:

Votanti 43

35 sì

2 no

6 schede bianche.

La legge è approvata.

La seduta è tolta e il Consiglio sarà riconvocato il giorno 11 gennaio 1977, in sessione ordinaria.

(Ore 18)

